

Sendesperrfrist:
17. Juli 2001, 15:00 Uhr MESZ

Deutsche Bundesbank

Ernst Welteke

Präsident

der Deutschen Bundesbank

DM-Bargeld-Umtausch in Osteuropa und der Türkei

Pressekonferenz in Berlin,
im Haus des Europäischen Parlaments
am Dienstag, den 17. Juli 2001

Deutsche Bundesbank

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Sie zu unserer heutigen Pressekonferenz hier in Berlin begrüßen zu können. Insbesondere heiße ich die Deutschland-Korrespondenten der Medien aus Mittel- und Osteuropa und der Türkei willkommen, die hier in Berlin so zahlreich anzutreffen sind. Denn mit dieser Veranstaltung möchten wir Sie bitten, in Ihren Ländern über den Übergang von der D-Mark zum Euro-Bargeld zu berichten. Darüber hinaus möchten wir Sie über unsere eigenen Pläne zur Information der Bevölkerung in Osteuropa und der Türkei informieren.

|

Wieviel DM-Noten sich derzeit im Ausland befinden, und in welchen Ländern die D-Mark in welchem Umfang als Zahlungs- oder als Wertaufbewahrungsmittel genutzt wird, wissen wir nicht. Bargeld wird anonym von Hand zu Hand weitergereicht und entzieht sich daher einer exakten statistischen Erfassung. Wir haben Mitte der neunziger Jahre einmal versucht, den DM-Umlauf im Ausland zu schätzen. Nach unseren damaligen Untersuchungen befanden sich seinerzeit immerhin **30% bis 40% des deutschen Bargeldumlaufs** im Ausland. Das waren zwischen 65 und 90 Milliarden DM.

Ob diese Größenordnungen auch heute gelten, ist schwer zu sagen. Sicher ist allerdings, dass noch immer große Summen an DM-Noten im Ausland umlaufen. Hierauf deuten insbesondere aktuelle Befragungsergebnisse hin, die wir mit Hilfe unserer Botschaften

Deutsche Bundesbank

ermittelt haben. Außerdem fließen ständig DM-Noten ins Ausland, sei es durch Ausgaben deutscher Touristen in den Urlaubsländern oder durch Bargeldmitnahmen von hier tätigen ausländischen Arbeitnehmern.

Rund ein Fünftel des gesamten Rückflusses der D-Mark aus dem Ausland stammte im vergangenen Jahr aus der **Türkei**. Wir können also davon ausgehen, dass es große D-Mark-Bargeld-Bestände in der Türkei gibt. Der Grund dafür sind sicherlich in erster Linie die engen Beziehungen vieler Menschen in der Türkei nach Deutschland. Deshalb ist die D-Mark dort ein beliebtes Wertaufbewahrungsmittel. Darüber hinaus kursiert die D-Mark in der Türkei in weiten Gebieten als Zahlungsmittel.

Ein zweiter Schwerpunkt der Verbreitung von D-Mark-Bargeld liegt in den **Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien**, wozu auch die Bundesrepublik Jugoslawien selbst zählt. Insbesondere in den mittleren und südlichen Gebieten hat die D-Mark eine überragende Bedeutung als Wertaufbewahrungsmittel und als Zahlungsmittel. Im Kosovo ist die D-Mark offizielles Zahlungsmittel und in Montenegro sogar gesetzliches Zahlungsmittel.

II

In allen angesprochenen Ländern besteht unserer Kenntnis nach eine gewisse Verunsicherung, was mit den D-Mark-Beständen geschieht, wenn das Euro-Bargeld am 1. Januar 2002 kommt. Als Emittentin der Deutschen Mark sieht sich die Bundesbank daher in

Deutsche Bundesbank

der Pflicht, die Bevölkerung in den betroffenen Ländern darüber zu informieren, wie der Umtausch von D-Mark in Euro vonstatten gehen wird.

Wer uns in den letzten Jahren soviel Vertrauen entgegengebracht hat, soll wissen, dass es sich lohnt, das in die D-Mark gesetzte Vertrauen auf den Euro zu übertragen. Die Menschen sollen verstehen, dass **die D-Mark nicht über Nacht ihren Wert verliert**. Wir garantieren den **kostenlosen Umtausch** von D-Mark-Bargeld durch die Zweiganstalten der Deutschen Bundesbank **unbefristet und unbegrenzt**. Damit ist gewährleistet, dass Wechselstuben und Banken in den jeweiligen Ländern ebenfalls weiterhin D-Mark annehmen werden und in Euro umtauschen. Dies können sie zwar nicht kostenlos tun, aber die Bürgerinnen und Bürger in Osteuropa und in der Türkei sollen wissen, dass **keine Eile zum Umtausch** besteht.

Wenn ich sage, dass keine Eile zum Umtausch besteht, soll das nicht heißen, dass wir nicht für einen erhöhten Umtausch gewappnet sind. Es steht genügend Euro-Bargeld zur Verfügung, um alle Umtauschwünsche zu bewältigen. Das benötigte Euro-Bargeld gelangt in der Regel über Korrespondenzbanken in die Länder. Darüber hinaus hat der EZB-Rat inzwischen beschlossen, dass die nationalen Zentralbanken im Eurogebiet vorzeitig Euro-Banknoten an Zentralbanken außerhalb des Eurogebietes abgeben können. Herr Walter wird Ihnen diese Variante des Frontloading gleich noch etwas genauer erklären.

Deutsche Bundesbank

Darüber hinaus ist es wichtig, dass die Menschen erfahren, **wie das neue Bargeld aussieht**. Zwar wird die Informationskampagne des Eurosystems, die im Herbst mit der Bekanntgabe der Sicherheitsmerkmale des Euro ihren Höhepunkt erreichen wird, auch eine internationale Dimension haben. Doch um die Sicherheitsmerkmale des neuen Bargeldes zu erklären, brauchen die Menschen die Informationen vor Ort.

III

Deshalb werden wir gezielt in den Ländern in Mittel- und Osteuropa und in der Türkei über diese Themen informieren. Angesichts der Vielzahl der betroffenen Länder, der vielen unterschiedlichen Sprachen und Kulturen sind wir uns selbstverständlich darüber im Klaren, dass es uns nicht gelingen wird, quasi nebenbei (neben der Aufklärung von über 80 Millionen Einwohnern in Deutschland) flächendeckend mehr als 400 Millionen Menschen auf einer Fläche, die "Euroland" mehrfach übertrifft zu informieren. Trotzdem wollen wir unseren Beitrag leisten. Dabei werden wir unsere Maßnahmen nach Möglichkeit mit allen anderen Stellen abstimmen, die ebenfalls ein Interesse daran haben, die Bürgerinnen und Bürger in Mittel- und Osteuropa und in der Türkei über die Euro-Bargeldeinführung zu informieren. Dazu gehören Regierungsstellen und die nationalen Zentralbanken ebenso wie die Deutschen Botschaften, bei denen die Anfragen nach der Zukunft der D-Mark kontinuierlich zunehmen.

Um Information ihrer Kunden über die Euro-Bargeldeinführung bemühen sich sicherlich auch die Geschäftsbanken vor Ort. Ihnen

Deutsche Bundesbank

wird vor allem daran gelegen sein, ihre Kunden zur Einzahlung der Bargeldbestände auf Konten zu bewegen. Trotzdem werden wir versuchen, auch die Geschäftsbanken für die Verbreitung unserer Informationsmaterialien zu gewinnen.

Doch lassen Sie mich kurz skizzieren, was wir konkret vorhaben:

Wir möchten **Informationsveranstaltungen** in den Ländern mit hohen DM-Beständen anbieten. Wir danken dem Auswärtigen Amt für die zugesagte Unterstützung. Ich werde selbst im Herbst nach Moskau, Warschau und in der Türkei fahren, um die Menschen dort zu informieren. Weitere Veranstaltungen der Bundesbank in einer Reihe von Hauptstädten der Region (15) sind darüber hinaus geplant.

Wir werden **Informationsplakate** entwickeln, die an den Stellen hängen sollen, wo man sich hinwendet, wenn man Geldgeschäfte macht: also möglichst in Banken und Wechselstuben. Diese Informationsplakate wird es auf türkisch, russisch und polnisch geben. Hinzu kommen einige der Sprachen, die in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien und in Mitteleuropa gesprochen werden. Diese Informationsplakate mit den Sicherheitsmerkmalen und der Umtauschgarantie der Bundesbank sollen ab Ende September fertig sein. Bei der Verteilung hoffen wir auf die Unterstützung der nationalen Zentralbanken und der deutschen Botschaften vor Ort.

Darüber hinaus stehen ab November die **Informationsbroschüren** des Eurosystems ebenfalls auf Russisch, Türkisch und Polnisch und in verschiedenen anderen Sprachen zur Verfügung. Darin werden

Deutsche Bundesbank

die Sicherheitsmerkmale des Euro und die Umtauschszenarien in allen Ländern der Europäischen Währungsunion erläutert. Selbstverständlich werden alle Informationen auch im **Internet** in den jeweiligen Sprachen bereitgestellt.

Bei all diesen Bemühungen sind wir auf die Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern in den jeweiligen Ländern angewiesen. Dazu zählen die nationalen Zentralbanken, die Geschäftsbanken und Wechselstuben und die Medien vor Ort ebenso wie Sie, meine Damen und Herren. Ihre Berichte werden ebenfalls in Osteuropa und der Türkei gelesen. Denn so wird die heutige Veranstaltung ebenfalls zu einem Element unserer Informationsbemühungen in Mittel- und Osteuropa und der Türkei.

Sie sehen, die Bundesbank ist bemüht, ihre Informationspflichten nicht nur in Deutschland zu erfüllen. Dies führt mich zu einem anderen Thema. Denn seit einigen Wochen kursieren Medienberichte, in Deutschland würde im Vergleich zu den anderen Teilnehmerländern nicht genügend Geld ausgegeben, um die Öffentlichkeit über die bevorstehende Euro-Bargeldeinführung zu informieren. Diese Einschätzungen beziehen sich auf eine Untersuchung, die die Europäische Kommission im Mai herausgegeben hat. Danach seien es hierzulande insgesamt nur 9,9 Millionen Euro, die in diesem Jahr für die Information über die Euro-Bargeldeinführung aufgewandt werden. Doch diese Zahlen sind **unvollständig**. Denn sie beziehen sich nur auf Projekte mit Regierungsbeteiligung wie die Euro-Zelttour der Aktionsgemeinschaft EURO. Die zahlreichen Aktivitäten der Kredit-

Deutsche Bundesbank

wirtschaft, der Verbände und nicht zuletzt der Bundesbank bleiben außen vor.

Dabei hat die Bundesbank allein in den letzten 18 Monaten bereits gut 11 Mio. Euro für die Information der Bürger aufgewendet. Und ich möchte betonen: Dabei handelt es sich um reine Sachkosten der Dienststelle des Direktoriums. Die Kosten für die teilweise erheblichen Aktivitäten der Landeszentralbanken, die Personalkosten und die drastisch gestiegenen Versandkosten kommen noch hinzu!

Lassen Sie mich kurz erläutern, wofür diese Summe verwendet wurde: Zum Beispiel für die kostenlose Bereitstellung von Informationsmaterial an Bürger, Unternehmen, Schulen und Kreditinstitute. Inzwischen haben wir eine **Gesamtauflage von 37 Mio. Exemplaren** verteilt, Nach- und Neudrucke sind in Planung, z.B. wenn die neuen Sicherheitsmerkmale veröffentlicht werden. In den 11 Mio. € sind aber auch die Kosten für verschiedene Aktionen, wie die Münz-Rückholaktion zum letztjährigen Weltspartag, ein Teil der gemeinsam mit der Kreditwirtschaft getragenen Schlafmünzen-Aktion, die Euro-2002-Konferenz im Mai und weitere Veranstaltungen enthalten.

Hinzu kommt - und das sollte man nicht vergessen - , dass die Bundesbank einer der Kapitalgeber der EZB ist und auf diese Weise den Löwenanteil der Kosten der gemeinsamen Euro-Infokampagne finanziert. Bei einem Gesamtbudget in Höhe von über 80 Mio. € beträgt der Bundesbankanteil ca. 24 Mio. €.

Deutsche Bundesbank

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen allen für Ihr Kommen und hoffe auf eine umfassende Berichterstattung in Deutschland ebenso wie bei unseren nahen und fernen Nachbarn im Osten und Süden.

Sendesperrfrist:
29. August 2001, 11:00 Uhr MESZ

Deutsche Bundesbank

Ernst Welteke

Präsident

der Deutschen Bundesbank

**Wirtschaftsförderung und Mittelstand.
Nationale und Internationale Entwicklungen**

**Rede beim Festakt „50 Jahre InvestitionsBank Hessen AG“
in Frankfurt
am 29. August 2001**

Ein halbes Jahrhundert Wirtschaftsförderung in Hessen, das verdient Beachtung und Respekt. Fünfzig Jahre sind nach menschlichem Maßstab zwei Generationen. Die InvestitionsBank Hessen AG hat mehrere Generationen an Politikern und Vorständen überlebt, zumal politische Generationswechsel manchmal an Legislaturperioden festgemacht werden.

Auch ich gehöre zu denen, die hier mitwirken durften. Vor zehn Jahren habe ich noch als Wirtschaftsminister zum vierzigjährigen Jubiläum gesprochen. Ich freue mich daher besonders, heute an alter Wirkungsstätte zu sein.

Die hessische Wirtschaftsförderung hat nicht nur manche Politikergeneration kommen und gehen gesehen. Sie wurde auch selbst mehreren Namensänderungen und vor allem konzeptionellen Neuerungen unterzogen. Es wäre auch schlimm, wenn über fünfzig Jahre das Konzept der Wirtschaftsförderung eines so dynamischen Landes unverändert bliebe. Die Anforderungen der „New Economy“ des neuen Jahrtausends sind andere als die des Wiederaufbaus nach dem Kriege oder der Zonenrandförderung vor der Deutschen Einheit.

|

Wirtschaftsförderung muss Wandel schaffen und ermöglichen. Darin liegt ihre Ratio in einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Die staatliche Wirtschaftsförderung muss die Wettbewerbskräfte stärken.

Wettbewerb stärkt man am besten durch zusätzliche Wettbewerber – die beleben das Geschäft. In diesen Bereich fällt die Tätigkeit der Gründungsberatung durch die IBH.

Neugründungen von Unternehmen und Ausgründungen von Unternehmensteilen bilden die Grundlage für die vielfältige mittelständische Struktur unserer Wirtschaft. Sie sorgen für Innovationen und bilden ein Gegengewicht zum anhaltenden Konzentrationsprozess.

Dabei liegt ein Grund für die Gründungsberatung in der staatlichen Wirtschaftsförderung selbst. Die Vielfalt der staatlichen Vorschriften, Angebote, Fördermöglichkeiten und Finanzhilfen jeweils von EU, Bund, Land und Landkreis, ist für den Gründer und Unternehmer nicht mehr ohne professionelle Hilfe zu durchschauen. Die Gründungsberatung arbeitet zu einem Gutteil als Pfadfinder durch den Dschungel staatlicher Regulierungen und gutgemeinter Hilfsangebote.

Hier drängt sich eine grundsätzliche Klärung der Zuständigkeiten zwischen den Gebietskörperschaften auf. Einfache und transparente Zuständigkeiten liegen im Interesse des Landes und der Wirtschaft. Aus meiner Sicht bietet sich die Ebene der Länder und Regionen mit der regionalen Wirtschaftsförderung als ideales Scharnier zwischen den Problemen vor Ort und der großen Politik in Brüssel oder Berlin an.

Neben der Gründungsberatung erfüllt die IBH noch weitere staatliche Aufgaben. Sie stellen Informationen für die Wirtschaft bereit, Sie helfen, Ineffizienzen auf den Kapitalmärkten zu mindern, und Sie betreiben Standortmarketing für das Land.

Zur Aufgabe, Informationsdefizite abzubauen, zähle ich die Bemühungen um vermehrte Innovationen und eine verbesserte Diffusion neuer Technologien (z.B. neue Medien). Sinnvollerweise erfolgt dies in Zusammenarbeit mit Hochschulen und Fachhochschulen.

Natürlich versteht sich die InvestitionsBank auch als Ansprechpartner für öffentliche und gemeinnützige Einrichtungen, insbesondere Kommunalverbände, Kammern und Nicht-Regierungs-Organisationen. Besonders gefreut hat mich, zu hören, dass seit 1998 im Euro Club Hessen Hilfe für die Euro-Einführung in kleinen und mittleren Unternehmen geleistet wird.

Die InvestitionsBank heißt nicht nur Bank, sondern sie arbeitet auch daran, bestehende Kapitalmarktineffizienzen marktneutral zu beseitigen. Unter Primärhaftung der jeweiligen Hausbank können insbesondere mittelständische Kreditnehmer an den verschiedenen Kreditprogrammen teilnehmen. Die Übernahme von Bürgschaften und

die Vermittlung von Mitteln des Europäischen Strukturfonds bilden wichtige Ergänzungen.

Wichtig ist stets, dass die Wirtschaft die Richtung vorgeben kann, und die staatliche Hilfe sich auf regionale Strukturpolitik beschränkt. In diesem Sinne will auch der relativ neue Venture-Capital Fonds als Initialzünder für private Risikofinanzierung wirken.

Das Standortmarketing eines Landes ist auch in einer wirtschaftsnahen Einrichtung gut aufgehoben. Hessen als bedeutende Wirtschaftsregion – auch im europäischen Maßstab – braucht für seine mittelständische Wirtschaft die Erschließung von Auslandskontakten. Neben der Zusammenarbeit mit Partnerregionen spielen Messeteilnahmen dabei prominente Rollen.

Von außen betrachtet, fällt Hessen mit dem Finanzplatz und dem internationalen Flughafen auf. Wer Hessen aber näher kennt, weiß, dass auch hier die kleinen und mittleren Betriebe das Rückgrat der Wirtschaft bilden. Für diese sind die beschriebenen Hilfen außerordentlich wertvoll.

Gerade eine grundsätzlich marktwirtschaftlich ausgerichtete Volkswirtschaft bedarf der gezielten Wirtschaftsförderung, damit der Wettbewerb erhalten bleibt. Wirtschaftsförderung muss erfolgsorientiert sein, darf nicht zu viel vorgeben im Sinne einer Investitionslenkung und sollte möglichst marktneutral erfolgen. Eingriffe in das Preisgefüge und Dauersubventionen sind keine geeigneten Mittel der Wirtschaftsförderung.

II

Wirtschaftsförderung – richtig verstanden und marktkonform angewandt – spielt auch für den Notenbanker eine wichtige Rolle. Dabei denke ich weniger an das für ein Land wichtige Standortmarketing als vielmehr an die Stärkung unserer Wettbewerbsordnung.

Die Vielzahl der kleinen und mittelständischen Unternehmen sorgen für Wettbewerb und erhöhen die Innovationskraft unserer Wirtschaft. Dabei sind gerade die ersten Jahre die schwersten. Nur die Hälfte eines Gründungsjahrganges überstehen als Selbständige die ersten fünf Jahre. In Deutschland hat sich die Zahl der Unternehmen seit der deutschen Einheit deutlich erhöht. Mehr als eine halbe Million Gründungen jährlich sprechen für Unternehmergeist. Aber mehr als 450.000 Geschäftsaufgaben belegen, dass das Wort vom harten Wettbewerb keine leere Floskel ist.

Intensiverer Wettbewerb ist ein Teilziel der notwendigen Strukturreformen in den Teilnehmerstaaten der Europäischen Union. Er führt zu verstärkten Innovationsbemühungen und beschleunigt so den technischen Fortschritt. Mehr Unternehmen bedeutet auch mehr Beschäftigungschancen und mehr Investitionen.

Alle drei Faktoren, von denen das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft abhängt – Erwerbstätige, Kapitalstock und technisches Wissen – werden durch die Erhöhung der Wettbewerbsintensität vermehrt. Auf diese Weise begünstigt wettbewerbsintensivierende Wirtschaftsförderung das Wirtschaftswachstum und beschleunigt den strukturellen Wandel. Tatsächliches und potentielles Wachstum nehmen zu.

Die Folgen für die Geldpolitik liegen auf der Hand: Wettbewerb an sich führt schon zu tendenziell eher sinkendem Preisdruck. Durch höheres Potentialwachstum steigt zudem das Niveau des inflationsfreien Wachstums und damit der Spielraum der Geldpolitik. Außerdem wird der Wirtschaftsablauf stabilisiert, weil eine größere Zahl an Unternehmen die Wirkungen einzelner Schocks leichter abfedern können.

In diesem Sinne bin ich als Notenbanker durchaus am Erfolg der Wirtschaftsförderung interessiert. Aber ich tue auch etwas dafür.

Unternehmer, und gerade kleine und mittelständige Unternehmer, deren Möglichkeiten zur internationalen Diversifikation geringer sind, benötigen verlässliche politische Rahmenbedingungen. Dazu gehört neben mittelfristig vorhersehbaren Abgaben und

einer Wirtschaftspolitik, die sich an marktwirtschaftlichen Grundprinzipien orientiert, auch stabiles Geld.

Eine stabile Währung gewährleistet die Verlässlichkeit der Preise als Knaptheitsindikator. Wenn das System der relativen Preise die tatsächliche Knaptheit der Güter widerspiegelt, wird das Risiko für Unternehmen gemindert. Investitionen, insbesondere in Projekte mit längerer Amortisationsdauer, werden erleichtert. Der Wirtschaftsablauf stabilisiert sich.

Natürlich bleibt das Risiko von Strukturbrüchen, Nachfrageverschiebungen und Angebotsschocks. Aber ein verlässliches Preissystem mit einer stabilen Währung ermöglicht den Marktteilnehmern, diese Schocks und ihre Implikationen schneller zu erfassen.

Daher bildet ein stabiles Preisniveau die Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung in unserer Wirtschaft.

III

Wie steht es nun um die wirtschaftliche Lage bei uns und in der Welt?

Die konjunkturellen Perspektiven sind von hoher Unsicherheit geprägt. Seit der Ölkrise der siebziger Jahre erleben wir zum ersten Mal wieder einen weitgehend synchronen Abschwung der drei dominierenden Wirtschaftsräume der Welt. Die Ausgangssituation und die Gründe dafür waren jeweils verschieden. Doch verglichen mit dem überaus guten Jahr 2000 müssen die Wachstumserwartungen für die Triade USA – Westeuropa – Japan merklich reduziert werden. Das Wachstum könnte erst im vierten Quartal dieses Jahres wieder anziehen.

In den USA gibt es bislang keine verlässlichen Hinweise darauf, dass die Konjunktur wieder Fahrt aufnimmt. Mit einer Erholung kann wohl frühestens im Verlauf des Herbstes gerechnet werden, wenn die positiven Impulse der Geld- und Fiskalpolitik stärker greifen. Zum Teil richtet sich der Fokus wieder auf die strukturellen Ungleichgewichte: private Verschuldung und hohes Leistungsbilanzdefizit.

Zwar sinkt die Kapazitätsauslastung sehr schnell und Überkapazitäten werden aufgedeckt. Zugleich passen sich die Unternehmen rasch an die veränderte Marktsituation an. Positiv bleibt, dass der Konsum der privaten Haushalte sich als relativ stabil erweist. Bei der letzten Zinssenkung betonte das Federal Open Market Committee, dass die langfristigen Aussichten für Produktivitätswachstum und die Volkswirtschaft günstig sind.

In Japan steht die neue Regierung vor einer Reihe von ungelösten Strukturproblemen, Deflationstendenzen und fehlendem konjunkturpolitischen Spielraum. Die Staatsverschuldung wurde binnen des letzten Jahrzehnts von 60 auf 120 Prozent des BIP verdoppelt – bei stark steigender Tendenz.

Die Zentralbankzinsen liegen de facto bei Null. Es scheint, als könne die neue Regierung die Vertrauenskrise beenden. Doch die Lösung der Strukturprobleme wird längere Zeit in Anspruch nehmen. Die Weltwirtschaft und die asiatische Region insbesondere können einstweilen aus Japan kaum positive Impulse erhoffen.

Bei den Schwellenländern richtet sich die Aufmerksamkeit auf Argentinien und Türkei als potentielle Krisenherde. Dennoch zeigt sich die Lage deutlich stabiler als bei der Asienkrise 1997/98. Der Anteil der Kurzfristverschuldung ist heute geringer, die Inflationsraten konnten in den Emerging Markets im Schnitt deutlich gesenkt werden, und flexiblere Wechselkursregime ermöglichen schnellere Anpassungen.

Die schwierige Lage der Weltwirtschaft hinterlässt auch in Euroland Spuren. Insgesamt zeigen die vorliegenden Zahlen eine Abschwächung der konjunkturellen Dynamik im 2. Quartal. Die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe sinkt im Euroraum, liegt aber mit rund 83 Prozent noch über dem langjährigen Durchschnitt. Die standardisierte Arbeitslosenquote verharrt bei 8,3 Prozent.

In Deutschland, das rund ein Drittel der Wirtschaft des Euroraumes ausmacht, stagnierte die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal. Die wichtige Frage wird sein, wie

sich die Binnennachfrage entwickelt. Die jüngste Revision der deutschen BIP-Zahlen zeigt für das erste Halbjahr einen positiven Konjunkturbeitrag des privaten Konsums. Offensichtlich ist die Steuerreform doch nicht ganz spurlos an den Haushalten vorübergegangen. Die Investitionsdynamik dagegen hat nachgelassen.

Einige Frühindikatoren zeigen eine mögliche Erholung der Wirtschaft an. Beispielsweise waren die letzten Geschäftserwartungen im Ifo-Index im Monatsvergleich leicht besser. Auch andere Frühindikatoren berechtigen zur Zuversicht.

Der Preisauftrieb hat sich im Euroraum merklich abgeschwächt. Im Mai wurde mit 3,4 Prozent der bisher höchste Wert in der Währungsunion erreicht. Seitdem nimmt die Steigungsrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindexes ab. Im Juli lag der Anstieg bei 2,8 Prozent und neueste Schätzungen aus einigen Regionen deuten weiter fallende Tendenz an. Dafür sprechen auch die moderat steigenden industriellen Erzeugerpreise und der Rückgang bei den Rohstoffpreisen.

Der Preisbuckel in diesem Frühjahr geht zu großen Teilen auf Sondereffekte zurück. Das Ziel des EZB-Rates in dieser Sondersituation, die Gefahr von Zweit- und Drittrendeneffekten einzudämmen, wurde bislang erreicht.

Das niedrige Zinsniveau – am langen Ende bei etwa fünf Prozent – deutet nicht auf hohe Inflationserwartungen hin und spricht auch nicht für eine restriktive Wirkung der Geldpolitik. Das Niveau der Zinsen am langen Ende in Euroland lag bis vor wenigen Tagen unter dem US-amerikanischen Niveau und wird jetzt geringfügig von diesem unterschritten.

Für die im nächsten Frühjahr anstehenden Lohnverhandlungen ist ein günstiges Preisclimate die beste Startbedingung. Ohne die Gefahr steigender Preise können die Tarifpartner moderate Kontrakte mit längerer Laufzeit abschließen.

Die Geldmenge, welche wir in der ersten Säule der geldpolitischen Strategie analysieren, ist zuletzt etwas stärker gewachsen. Das Wachstum der Geldmenge im

Jahresvergleich lag im zurückliegenden Dreimonatszeitraum bei 5,9 Prozent gegenüber zuletzt 5,3 Prozent.

Von März 2000 bis März 2001 konnten wir einen Abwärtstrend im Geldmengenwachstum beobachten. Dieser hat sich im April dieses Jahres umgekehrt. Der EZB-Rat hat aber auch darauf hingewiesen, dass das aktuelle Geldmengenwachstum durch einige Faktoren nach oben verzerrt ist. Die große Liquiditätshaltung angesichts der schwierigen Lage an den Kapitalmärkten und die flache Zinsstrukturkurve tragen das ihre zum Geldmengenwachstum bei.

In der intensiven Debatte um die richtige Geldpolitik angesichts der unsicheren konjunkturellen Aussichten müssen zwei Aspekte noch einmal betont werden:

- Erstens Der EZB-Rat hat nicht den Auftrag, die Konjunktur zu steuern, sondern, den Geldwert zu stabilisieren. Preisstabilität bildet das oberste Ziel des ESZB.
Die US-Notenbank hat einen anderen Auftrag, der auch Wachstums- und Beschäftigungsziele einschließt.
- Zweitens Die Möglichkeiten der konjunkturellen Feinsteuierung werden offenbar überschätzt, die Wirkungsverzögerung geld- und fiskalischer Impulse werden offenbar unterschätzt.

Der beste Beitrag der Geldpolitik zu Wachstum und Beschäftigung liegt in stabilen Preisen.

IV

Über den besten Beitrag der Fiskalpolitik wird angesichts der Lage ebenfalls intensiv diskutiert. Die konjunkturelle Lage bringt fiskalische Mindereinnahmen und Mehrausgaben mit sich, wodurch sich der Saldo der öffentlichen Haushalte verschlechtert. Der Fiskus wirkt auf diese Weise – ohne aktives Zutun – automatisch im Sinne einer konjunkturellen Stabilisierung. Das Wirken dieser sogenannten automatischen Stabilisatoren wird im Rahmen des Stabilitätspaktes ausdrücklich begrüßt.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt verdient beide Teile seines Namens. Er ermöglicht wachstumsorientiertes Verhalten der öffentlichen Haushalte in konjunkturellen Schwächephasen. Er fordert aber zunächst stabilitätsförderndes Verhalten durch ausgeglichene oder überschüssige Haushaltspositionen über den Konjunkturzyklus. Automatische Stabilisatoren sollen wirken, die Haushalte sollen allerdings strukturell ausgeglichen sein. Beides gehört zusammen.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde 1997 beschlossen. Mittlerweile weisen die meisten Teilnehmerländern der Währungsunion auch strukturell ausgeglichene oder überschüssige Haushalte aus. Dort kann der Stabilitäts- und Wachstumspakt ohne Probleme angewandt werden. Eine Minderheit an Ländern, auf die aber etwa 70 Prozent der Wirtschaftskraft Eurolands entfällt, hat jedoch auch für 2001 noch merkliche strukturelle Defizite geplant. In diesen Ländern führt nun das Wirken der automatischen Stabilisatoren zu einer zusätzlichen Verschlechterung des Haushaltsdefizites. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wird infolgedessen von einigen als zu restriktiv empfunden.

Auch Deutschland hat für 2001 ein Haushaltsdefizit von 1,5 Prozent des BIP geplant. Die leichte Verbesserung der Haushaltsposition in den vergangenen Jahren ging hier primär auf Einmaleffekte und konjunkturelle Verbesserungen zurück. Die strukturelle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sollte ehrgeiziger vorangetrieben werden.

Vor diesem Hintergrund sind auch die jüngeren Debattenbeiträge um die Interpretation des Paktes zu sehen. Das Bundesfinanzministerium hat klargestellt, dass nicht an ein Aufweichen der Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes gedacht ist.

Die fiskalische Zielgröße, auf die der Pakt zielt, ist das Haushaltsdefizit. Ausgabenniveau, -struktur und -quote sind geldpolitisch weniger bedeutsam, solange ihre Finanzierung solide erfolgt. Die Ausgabenquoten der einzelnen Länder spiegeln ihre Traditionen und Präferenzen für Staatseingriffe wider. In der EU liegen sie zwischen 62 und 31 Prozent (in Schweden respektive Irland). Der Stabilitäts- und Wachstumspakt respektiert diese Unterschiede.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat sich bewährt. Er hat zur Reduktion der staatlichen Defizite beigetragen. Er ermöglicht flexibles Reagieren der öffentlichen Haushalte, weil er sie zu strukturell ausgeglichenen Haushalten führt. Seine Regeln sind einfach, transparent und gut zu vermitteln. Wir sollten deshalb an Geist und Wort des Paktes festhalten.

V

Neben der Stabilitätsorientierung ist aber auch Wachstumsorientierung gefragt. Strukturreformen sind nötig, damit die Grunddynamik der europäischen Volkswirtschaften größer wird. Richtig ist, dass die Zeiten des konjunkturellen Aufschwunges am besten zu nutzen sind für strukturelle Reformen.

Die Europäische Union hat auf dem Gipfel in Lissabon im Frühjahr 2000 eine Zukunftsstrategie entwickelt. Bis 2010 soll die EU „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden, einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erreichen.“ Die Ziele wurden auch konkretisiert: Ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von drei Prozent, die Schaffung von 20 Millionen neuen Arbeitsplätzen und eine Beschäftigtenquote von etwa 70 Prozent werden angestrebt.

Im Jahre 2000 wurden in der EU etwa 2,5 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, das Wachstum lag mit 3,3 Prozent über dem angestrebten Durchschnitt und die Beschäftigtenquote konnte in den letzten drei Jahren von 60 auf über 63 Prozent angehoben werden. Doch der gegenwärtige Konjunktureinbruch verhindert, dass in diesem Jahr weitere Fortschritte in der angestrebten Richtung gemacht werden können.

Der Europäische Rat in Lissabon hat strukturelle Reformen insbesondere für die nationale Ebene beschlossen. Dabei konzentriert sich die EU auf vier Politikbereiche:

- Beschäftigung und sozialer Zusammenhalt,

- Innovation und wissensbasierte Gesellschaft,
- Wirtschaftsreformen und Liberalisierung sowie
- Verbesserung des Unternehmensumfelds.

Diese Agenda wird weitgehend auf nationaler Ebene umgesetzt, damit auf strukturelle Besonderheiten Rücksicht genommen werden kann. Auch hier darf man auf die Kraft des Wettbewerbs vertrauen. Reformen in einem Land werden aufmerksam in den anderen beobachtet und im Erfolgsfall auch imitiert. Benchmarking der nationalen Politik ist in Mode gekommen. Durch die Währungsunion ist zudem der Schleier einer nationalen Geld- und Währungspolitik entfallen, so dass die Erfolge oder Defizite der einzelnen Staaten in den Strukturreformen deutlicher erkennbar werden.

Ein Manko bilden noch immer die Arbeitsmärkte. Hier wurden strukturelle Schwächen noch nicht ausreichend angegangen. Die Arbeitsmarktdynamik hängt von der Regulierung der Arbeitsmärkte ab. Ein hohes Regulierungsniveau weisen innerhalb der EU insbesondere Portugal und die drei großen – Deutschland, Frankreich und Italien – auf. Ein relativ niedriges Regulierungsniveau wie in den Niederlanden und Irland geht mit niedriger Arbeitslosigkeit einher.

Die grenzüberschreitende Mobilität der Arbeitnehmer in der EU ist weiterhin gering. Nur 0,4 Prozent der Bevölkerung wechselt im Jahr in ein anderes Mitgliedsland. Hindernisse sind die Sprachbarrieren, aber auch differierende Sozialversicherungs- und Steuersysteme. Die Übertragbarkeit von Ansprüchen und die unterschiedliche steuerliche Behandlung von Rentenbeiträgen und –ansprüchen behindern die Mobilität.

In den anderen vom Europäischen Rat angesprochenen Politikbereichen sind deutlichere Fortschritte erkennbar.

Auf dem Weg in die wissensbasierte Gesellschaft macht die EU große Sprünge und holt gegenüber der führenden USA auf. Die europäischen IT-Märkte wachsen weiterhin überdurchschnittlich. Die skandinavischen Länder erreichen bei IT-Nutzung zum Teil schon vergleichbare oder höhere Werte als die USA. In der gesamten EU hat sich der

Anteil der Haushalte mit Internetanschluss zuletzt binnen eines Jahres verdoppelt. So verfügen in Deutschland zur Jahresmitte 40 Prozent der Haushalte über einen Internet-Zugang. Das sind schon wieder zehn Prozentpunkte mehr als Ende des letzten Jahres. Die Zahl der Online-Konten in Deutschland betrug Ende 2000 über 15 Millionen und hat sich binnen Jahresfrist um 5 Millionen erhöht.

Auch die sonstige Innovationsfähigkeit und –orientierung der Wirtschaft ist gewachsen. Der Anteil der Markt- und Produktneuheiten am Umsatz stieg in deutschen Industrieunternehmen zwischen 1995 und 1999 von 39 auf 45 Prozent.¹

Das hat sicher auch mit erfolgten Strukturreformen in den vergangenen Jahren zu tun. Der Binnenmarkt, die erfolgten Liberalisierungen auf Güter- und Kapitalmärkten, die umfangreichen Privatisierungen sind Strukturbrüche, deren Implikationen langsam, aber langfristig spürbar sein werden.

Die Liberalisierung in Europa geht weiter. Die Einheitlichkeit des Binnenmarkts wird weiter verbessert. Die Öffnung der Märkte und die Beseitigung der nicht-tarifären Handelshemmnisse schreiten voran. Die Abschaffung des deutschen Rabattgesetzes ist nur ein kleines Beispiel. Durch die Vollendung des Binnenmarktes nimmt die Preistransparenz zu. Nach Angaben der EU-Kommission konnte von 1995 bis 1999 die Spanne der Preise um den durchschnittlichen EU-Preis um vier Prozentpunkte auf +/- 14 Prozent gesenkt werden. Der Verkauf von PKW bildet eine Ausnahme: Hier weichen die Vorsteuerpreise sogar um mehr als die Hälfte voneinander ab. Die Einführung des Euro-Bargeldes wird die Preistransparenz weiter erhöhen.

Die Privatisierung vieler Staatsbetriebe bildet einen ähnlichen Strukturbruch, der Europas Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen wird. Dabei findet Privatisierung weltweit mehr Anhänger. Allein im letzten Jahrzehnt wurden staatliche Unternehmen im Wert von fast einer Billion US-Dollar privatisiert. In den Staaten der Europäischen Währungsunion beschleunigte sich dieser Trend seit Mitte der neunziger Jahre. Die Bemühungen, die Maastricht-Kriterien zu erfüllen, spielten dabei eine wichtige Rolle. Im

¹ Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft, Köln, iwd Nr. 31 vom 2. August 2001.

letzten Jahr entfiel fast die Hälfte der weltweiten Privatisierungserlöse auf die Europäische Union. Europas Wachstumsdynamik wird dadurch mittel- und langfristig erheblich gewinnen.

Darin steckt ein Stimulus für die Kapitalmärkte, der auch Auslöser zahlreicher Unternehmenszusammenschlüsse und Übernahmen war. Es entstand eine breite Aktienkultur einschließlich einer Debatte über die Verantwortlichkeiten der Unternehmensleitung und des Aufsichtsrates.

Doch weitere Liberalisierungen und Privatisierungen stehen an und werden Zug um Zug abgearbeitet. Neben dem öffentlichen Bankenwesen, geht es um einige Ver- und Entsorgerbranchen wie Gas, Elektrizität, Wasser, Abwasser und Müll sowie um die Postdienste und den schienengebundenen Verkehr.

Kommen wir schließlich noch zum vierten Politikbereich, dem Unternehmensumfeld. Das mit Abstand wichtigste Thema hier ist die Abgabenbelastung. In der EU traten in 2000 und 2001 in einigen Staaten Steuersenkungen in Kraft. Mit der deutschen Steuerreform wurde die nominale Steuerbelastung dem niedrigeren Niveau im Ausland angenähert.

Mit der Rentenreform wurde ein entscheidender Schritt getan für die Stärkung der Kapitaldeckung im Rentensystem. Die demographisch bedingte hohe Belastung der kommenden Beitragszahlergeneration wird dadurch nicht wegreformiert, aber gemildert. Darüber hinaus, dürfte der Kapitalmarkt langfristig erheblich von den zufließenden Mitteln profitieren.

Der Europäische Rat sieht vor, bis 2005 einen gemeinsamen Finanzmarkt in Europa zu etablieren. Zu diesem Zwecke listete der Rat eine Reihe von Harmonisierungs- bzw. Reformvorschlägen auf. Die Expertengruppe um Baron Lamfalussy hat dazu im Januar einen Bericht vorgelegt, der im Kern die Beschleunigung der entsprechenden Gesetzgebungsverfahren enthält.

Schon jetzt sehen wir einen erheblichen Wandel auf Europas Finanzmärkten, der auch durch den Euro begünstigt wird. Der weltweite Konzentrationsprozess macht auch vor Europa nicht halt. Im Gegenteil, gemessen am Wert der getätigten Transaktionen bei Zusammenschlüssen und Übernahmen im Finanzsektor lag Europa in den letzten beiden Jahren vor den USA.

Jüngere Entwicklungen im Sparkassenbereich, im genossenschaftlichen Bankensektor und bei den privaten Banken zeigen, dass auch das deutsche Bankenwesen sich im Umbruch befindet. Strukturen brechen auf, Anpassungen werden vorgenommen, und die Flexibilität der bestehenden Institutionen beweist sich erneut.

VI

Meine Damen und Herren,

der Bogen von der hessischen Wirtschaftsförderung zur Politik in Europa ist nicht weit. Die Geld- und Währungspolitik wird europäisch gemacht. Und die wichtigsten Impulse für strukturelle Veränderungen kommen aus europäischen Reformbestrebungen. Ihr Part in der IBH ist es dann, dazu beizutragen, dass die daraus entstehenden Chancen auch ergriffen werden, vor Ort in den Unternehmen.

Einige Jahre dieses halben Jahrhunderts konnte ich an der hessischen Wirtschaftsförderung direkt mitwirken. In meiner jetzigen Position arbeite ich für stabile ökonomische Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft. Stabiles Geld bildet die Grundlage für Wachstum und Beschäftigung, für Innovation und auch für den Mittelstand. Hessen profitiert von der Stabilität des Geldwertes und der einheitlichen europäischen Währung. Das größte Finanzzentrum des Kontinents, der größte Flughafen und die starke exportorientierte Industrie dieses Landes profitieren von der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Daher wünsche ich Ihnen in unser aller Interesse Erfolg bei Ihrer weiteren Arbeit in den nächsten fünfzig Jahren.

Deutsche Bundesbank

Edgar Meister

Mitglied des Direktoriums

Der Deutschen Bundesbank

1. Beginn des Frontloading:

Der Euro ist unterwegs

2. Präsentation der Sicherheitsmerkmale der Euro-Banknoten

In Frankfurt am Main,

am Montag, 3. September 2001

- Es gilt das gesprochene Wort -

1. Frontloading

Die Einführung des Euro-Bargelds erfordert von allen Beteiligten eine hohe logistische und organisatorische Leistung. Mit der heute flächendeckend beginnenden Vorabausstattung der Kreditinstitute und ihrer Geschäftskunden treten die Vorbereitungen für die Euro-Bargeldeinführung in ihre letzte und entscheidende Phase: **Der Euro ist unterwegs!**

Nach wie vor gilt, dass ein hohes und möglichst gleichmäßig über die gesamte Frontloading-Phase verteiltes Frontloading-Volumen ein **unverzichtbarer Beitrag** für einen reibungslosen Übergang zum Euro-Bargeld ist. Nur wenn Banken und Sparkassen, aber auch Handel, Handwerk, Automatenbetreiber, Gastronomiegewerbe und andere professionelle Bargeldakteure sich bereits im Vorfeld des Übergangs mit ausreichend Euro-Bargeld eindecken, kann der Übergang von der DM zum Euro glatt verlaufen, so wie es sich alle Beteiligten zum Ziel gesetzt haben.

Aufgrund der unverbindlichen Mitteilungen der Kreditwirtschaft über das beabsichtigte Volumen der Vorabausstattung lässt sich schon jetzt sagen, dass von der Möglichkeit des Frontloadings im gewünschten Umfang Gebrauch gemacht wird. Das voraussichtliche Volumen beläuft sich auf rund 60 Mrd Euro bei den Banknoten und rund 3,6 Mrd Euro bei den Münzen. Das sind etwa 2.600 Tonnen Banknoten und rund 50.000 Tonnen Münzen.

Alleine bei den Münzen sind dies 1.250 Einzelfahrten mit 40-Tonner-LKWs. Mit dieser Vorabausstattungsmenge ist eine wichtige Voraussetzung erfüllt, dass der Euro pünktlich am 1. Januar 2002 in ausreichender Menge vor Ort verfügbar ist.

Anliegen der Bundesbank als Federführer des Gemeinsamen Inverkehrgabekonzepts war es, sich auf eine faire und ausgewogene **Lastenteilung zwischen den Bargeldakteuren** zu verständigen. In diesem Sinne enthält das Konzept u. a. Empfehlungen, mit denen der **Wechselgeldbedarf des Handels** begrenzt werden soll. Dazu

gehört insbesondere, in den ersten Tagen des Jahres 2002 in erhöhtem Umfang Banknoten zu 5 und 10 Euro über Kreditinstitute (vor allem über Geldausgabeautomaten) auszugeben, die Ausstattung des Handels mit Euro-Wechselgeld vornehmlich in Banknoten zu 5, 10 und 20 Euro sowie die Aufforderung an die Bevölkerung, möglichst betragsgenau zu zahlen. Bekanntlich werden dem Handel über die Kreditwirtschaft rund fünf Millionen Banknotenmischungen mit zusammen je 100 Mio Banknoten zu 10 und 20 Euro sowie 200 Mio Banknoten zu 5 Euro von der Bundesbank entgeltfrei bereitgestellt. Dies entspricht einem Betrag von 4 Mrd Euro. Darüber hinaus werden von Kreditinstituten und deren Geschäftskunden im Rahmen der Vorabausstattung voraussichtlich rund 670 Mio weitere Banknoten zu 5 Euro bezogen und ab 1. Januar in Umlauf gegeben. Ergänzend möchten wir darauf hinweisen, dass sich der **heutige Bargeldumlauf** der Nominale zu 5 und 10 DM – also eine weit gefasste **Vergleichsbasis** – auf nur rund 590 Mio Banknoten beläuft. Zur Befriedigung des Banknotenbedarfs der ersten Tage des Jahres 2002 ins-

gesamt und insbesondere zur angestrebten Begrenzung des Wechselgeldbedarfs im Handel, ist vermutlich eine deutlich geringere Zahl von Banknoten zu 5 Euro erforderlich.

Wir haben uns gleichwohl an der beabsichtigten Vorabausstattung von rund 870 Mio Stück Banknoten zu 5 Euro orientiert und zur Abdeckung des die ursprünglich vorgesehene Produktionsmenge (rd. 600 Mio Banknoten zu 5 Euro und 830 Mio Banknoten zu 10 Euro) übersteigenden Teils einen **weiteren Druckauftrag**erteilt. Damit befinden wir uns auf der sicheren Seite. Die zusätzlichen Banknoten – 360 Mio zu 5 Euro und 90 Mio zu 10 Euro - werden allerdings sukzessive bis zum Ende der Frontloadingphase gedruckt und ausgeliefert. Wir erwarten, dass sich die Frontloading-Aktivitäten – wie von den Konzeptbeteiligten angestrebt – am Anfang der zur Verfügung stehenden vier Monate auf die Münzen konzentrieren und sich im Übrigen etwa gleichmäßig über die gesamte Zeit verteilen. Zeitliche Engpässe werden auf diese Weise vermieden.

Neben der Inverkehrgabe des Euro-Bargelds ist der Rücklauf der DM eine mindestens ebenso große logistische Herausforderung. Um den Rückfluss zu entzerrn, haben wir im Frühsommer dieses Jahres die Aktion „**Her mit den Schlafmünzen**“ durchgeführt. Bis Ende Juli 2001 sind 3,6 Mrd Münzen zu unseren Zweiganstalten zurückgeflossen, und der Rückfluss geht weiter. Ich möchte daher die Gelegenheit nutzen und allen danken, die bisher dem Aufruf zum Einzahlen ihrer gesparten Bargeldbestände gefolgt sind. Am 10. September wird das „**große Schlafmünzen-Finale**“ beginnen. Ziel ist es, vor der heißen Phase am Jahresende noch möglichst viele gesparte Münzen und Geldscheine zurückzuholen.

Zusammenfassend möchte ich betonen, dass Schlafmünzen-Finale und Frontloading gleichermaßen entscheidend dazu beitragen, Kreditinstitute, Handel, Werttransporteure und andere Beteiligte während der heißen Phase des Bargeldübergangs zu entlasten.

Die logistischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Euro-Bargeldeinführung sind weitestgehend erfüllt. Mit Ihrer Unterstützung wird sie tatsächlich eine **Erfolgsstory**. Davon bin ich überzeugt.

Bevor ich zum Aussehen und den Sicherheitsmerkmalen unseres neuen Geldes übergehe, möchte ich auf einen Punkt der gemeinsamen Verhaltensempfehlungen der Konzeptbeteiligten an die Bevölkerung besonders hinweisen. Da „**Nepper, Schlepper und Bauernfänger**“ den Bargeldaustausch für ihre Zwecke ausnutzen werden, gilt: Euro-Bargeld kauft und tauscht man nicht an der Haustür und auf der Straße, sondern erhält man bei Banken und Sparkassen oder im Handel als Wechselgeld. Wer also Euro-Banknoten schon vor dem 1. Januar 2002 zum Kauf oder Umtausch anbietet, tut dies sicherlich in betrügerischer Absicht! Solche un seriösen vorzeitigen „Angebote“ sollten daher in jedem Fall zurückgewiesen werden!

2. Sicherheitsmerkmale

Der Euro – unser Geld! Noch haben es nur wenige tatsächlich in ihren Händen. Es sind die Banken und der Einzelhandel, die seit Anfang des Monats eine Vorabausstattung an Euro erhalten. Es ist wichtig sich mit den neuen Noten und Münzen und ihren wesentlichen Merkmalen rechtzeitig vertraut zu machen. Präsident Duisenberg hat bei seiner Präsentation am vergangenen Donnerstag dafür die prägnanten Worte „Fühlen, Sehen, Kippen“ gewählt.

Ich möchte Ihnen im folgenden die wichtigsten Sicherheitsmerkmale noch einmal im Detail erläutern.

Die verschiedenen Größen und Hauptfarben der Euro-Banknoten sowie die kontrastierenden Wertzahlen ermöglichen eine **Unterscheidung der einzelnen Werte** auf einen Blick. Für eine **zuverlässige Echtheitserkennung** sollten aber stets mehrere Merkmale

geprüft werden. Erst die Kombination der Sicherheitsmerkmale im Druckbild, im Papier und den Heißprägefölien sorgt für höchstmögliche Sicherheit gegen Druck- und Kopierfälschungen. Den Deutschen werden die meisten Sicherheitsmerkmale von den derzeit umlaufenden D-Mark-Banknoten schon vertraut sein.

Sicherheitsmerkmale im Druckbild:

Wie bereits die D-Mark-Banknoten werden auch die Euro-noten in verschiedenen Druckverfahren hergestellt; insbesondere sind dies der indirekte Hochdruck für den Banknoten-Hintergrund, Stichtiefdruck auf der Banknotenvorderseite sowie Siebdruck für spezielle Farbeffekte.

Stichtiefdruck

Einige Elemente auf der Banknotenvorderseite sind im Stichtiefdruckverfahren – dem traditionellen Wertdruck-verfahren – aufgebracht. Das charakteristische Relief lässt sich beispielsweise im Hauptmotiv erfühlen, insbesondere

aber in der Urheberrechtszeile "© BCE ECB EZB EKT EKP
2002" (verstärkter Stichtiefdruck).

Stichtiefdruck – Merkmale für Sehbehinderte

Um die Stückelungserkennung der Werte zu € 200 und € 500 für Sehbehinderte zu vereinfachen (diese Scheine haben die gleiche Höhe), befinden sich auf diesen Werten taktile Merkmale mit verstärktem Relief. Die niedrigen Stückelungen bis € 100 unterscheiden sich allein durch die unterschiedlichen Notenformate. Dieses Vorgehen ist mit den Blindenverbänden im Vorfeld der Druckvorbereitung abgestimmt worden.

UV-fluoreszierende Offset-Farben

Teile der Gestaltungsmerkmale auf der Banknotenvorder- und -rückseite fluoreszieren unter ultraviolettem Licht. Insbesondere die Passgenauigkeit der grün und rot fluoreszierenden Europaflagge auf der Banknotenvorderseite ist schwer zu imitieren. Die UV-Eigenschaften der Euro-Banknoten lassen sich mit den Geräten prüfen, die

auch heute schon für die D-Mark-Noten verwendet werden
(z.B. in Kaufhäusern).

Optisch-variable Farbe

Auf den Rückseiten der hohen Banknotenwerte, € 50 bis € 500, ist die Wertzahl in einer veränderlichen Farbe aufgebracht. Die Farbe schlägt beim Kippen der Banknote von Lila in ein bräunliches Grün um.

Iridinstreifen

Auf den Rückseiten der niedrigen Werte, € 5 bis € 20, wird ein goldglänzender Perlglanzstreifen – auch Iridinstreifen genannt - sichtbar, wenn die Banknote gegen das Licht gekippt wird. Als Aussparungen weist der Streifen das €-Symbol und die Wertzahl auf.

Durchsichtsregister

Unregelmäßige Druckelemente im Weißfeld der Banknote vereinen sich bei Durchsicht zur Wertzahl.

Sicherheitsmerkmale im Papier

Die bei allen Banknoten vorhandenen Papiermerkmale werden, mit Ausnahme der unter UV-Licht fluoreszierenden Fasern, sichtbar, wenn die Banknote im Gegenlicht betrachtet wird.

Wasserzeichen, Sicherheitsfaden

In das traditionell aus Baumwollfasern bestehende Banknotenpapier sind verschiedene Wasserzeichen integriert:

- das Bildwasserzeichen zeigt das Hauptmotiv in feinen Graustufen;
- das Drahtwasserzeichen zeigt die scharf umrissene Wertzahl und ist deutlich heller als das Umfeld.
- die senkrechten Balken bilden das Balkenwasserzeichen, ein maschinenlesbares Merkmal.

Auf dem vollständig in das Papier eingebetteten Sicherheitsfaden ist die Währungsbezeichnung "EURO" als Minischrift und die Wertzahl als Mikrotext zu erkennen.

Folienelemente mit Hologramm

Hologramme bieten einen effektiven Schutz vor Farbkopierfälschungen. Durch die Spezialfolien sind bereits die Scheine zu DM 50, DM 100 und DM 200 der heutigen D-Mark-Serie erfolgreich aufgewertet worden.

Folienelement

Auf die hohen Werte (ab € 50) sind platzierte Folienelemente, Patches, aufgebracht. Jedes Element hat eine andere Randgestaltung. Das Herzstück ist natürlich das Hologramm, das beim Kippen der Banknote wechselweise das Architekturmotiv und die Wertzahl zeigt. Darüber hinaus ist Mini- und Mikroschrift zu sehen und – bei Durchsicht – das €-Symbol als Perforation in der Folie.

Folienstreifen

Der Folienstreifen, der sich ausschließlich auf den niedrigeren Banknotenwerten (€ 20 und niedriger) befindet, weist dieselben Eigenschaften wie das Folienelement auf. Allerdings zeigt das Hologramm hier wechselweise das €-Symbol und die Wertzahl.

Maschinenlesbare Merkmale

Eine Fülle verdeckter Merkmale gewährleistet die reibungslose Akzeptanz der Banknoten in Automaten und Zählmaschinen sowie die Banknoten-Abgabe durch Geldausgabearmatoren, zumal der Automatenwirtschaft bereits frühzeitig (erstmals im Mai 2000) Gelegenheit gegeben wurde, ihre Geräte an die Euro-Scheine anzupassen.

Spezielle streng vertrauliche Zentralbankmerkmale ermöglichen die Erkennung von Fälschungen. Dabei wird das Fälschen nicht nur durch die soeben erläuterte Kombination von Sicherheitsmerkmalen erschwert, sondern

auch durch sogenannte Kopierschutzsysteme: unsichtbare Merkmale verhindern die Reproduktion der Euro-Banknoten durch hochwertige Farbkopiergeräte und Softwareprogramme.

Zusammenfassung

Niemand kann ausschließen, dass in absehbarer Zeit auch bei den Euronoten Fälschungen auftreten werden. Doch bietet die gute Qualität der Banknoten und die Summe der genannten Sicherheitsmerkmale ein Höchstmaß an Fälschungssicherheit. Wichtig ist, man muss diese Merkmale auch nutzen:

Fühlen kann man Papier und Relief, **Sehen** kann man Wasserzeichen, Sicherheitsfaden und Durchsichtsregister. Beim **Kippen** sieht man holografische Bilder in der Folie und Farbwechsel auf der Banknotenrückseite

Deutsche Bundesbank

Ernst Welteke

Präsident

der Deutschen Bundesbank

**Ansprache anlässlich der Pressekonferenz zur
Euro-Bargeldeinführung**

in Frankfurt am Main,

am Montag, 03. September 2001

- Es gilt das gesprochene Wort -

EZB-Präsident Duisenberg hat am 30. August 2001 die Euro-Banknoten und die Sicherheitsmerkmale offiziell vorgestellt und damit den Startschuss für die heiße Phase der Euro-Bargeldeinführung gegeben.

Wir werden uns auf der heutigen Pressekonferenz mit der Euro-Bargeldeinführung in Deutschland befassen.

Nach der Freigabe der Sicherheitsmerkmale hat nun auch die sogen. Frontloading-Phase begonnen, in der das Euro-Bargeld von der Bundesbank an die Kreditinstitute bzw. an den Handel (Subfrontloading) abgegeben wird. Auf die Einzelheiten werden Herr Dr. Hoppenstedt und Herr Meister näher eingehen.

Die Euro-Bargeldeinführung ist nicht nur eine enorme logistische Herausforderung. Darüber hinaus muss die Bevölkerung jetzt umfassend mit den Merkmalen des Euro-Bargeldes sowie den Umstellungsmodalitäten vertraut gemacht werden.

Das ist die Aufgabe der Europäischen Zentralbank und der nationalen Notenbanken, die jetzt mit der zweiten Stufe der Euro 2002-Informationskampagne beginnen (in der ersten Stufe wurden von uns fast 40 Mio. Euro-Faltblätter, Broschüren und Poster verteilt).

Die Kampagne besteht aus verschiedenen Elementen, die ich Ihnen kurz skizzieren möchte:

1. Medienkampagne zur Information der breiten Öffentlichkeit

Ab Mitte September beginnt europaweit eine breit angelegte Medienkampagne des Eurosystems zur Information der Öffentlichkeit. Über Fernsehen sowie über Printmedien sollen die Menschen auf die Euro-Bargeldeinführung vorbereitet werden.

In Deutschland ist die Deutsche Bundesbank für die Umsetzung der Kampagne verantwortlich. Der Schwerpunkt der deutschen Kampagne liegt im TV-Bereich. Es sind insgesamt fünf verschiedene TV-Spots vorgesehen (Einführungsspot, je ein Banknoten- und ein Münzspot, zwei Spots mit den wichtigsten Sicherheitsmerkmalen), die ab 15. September 2001 zu besten Sendezeiten (ARD, ZDF, SAT-Gruppe, RTL-Gruppe, n-tv) ausgestrahlt werden.

Zusätzlich gibt es im Printbereich eine Anzeigenkampagne. Vorgesehen sind verschiedene Anzeigentypen, in denen das Euro-Bargeld und die Sicherheitsmerkmale vorgestellt werden. Die Anzeigen werden ab Ende September geschaltet.

2. Sonderprogramm für Osteuropa und die Türkei

Wichtig ist auch, dass die Menschen außerhalb des Euro-Raums erfahren, wie das neue Euro-Bargeld aussieht. Deswegen wird es auch eine internationale Kampagne des Eurosystems geben, in der Anzeigen in internationalen Wirtschafts- und Nachrichtenmagazinen geschaltet sowie Spots in internationalen TV-Kanälen gesendet werden.

Losgelöst von den internationalen Aktivitäten der EZB wird die Bundesbank in all jenen Ländern, in der die D-Mark stark verbreitet ist, eigene Informationsmaßnahmen durchführen. Es geht hier in erster Linie um die Türkei und die Länder in Mittel- und Osteuropa.

Neben Informationsveranstaltungen werden wir Poster und Informationsbroschüren in der jeweiligen Landessprache anbieten, die wir über die deutschen Botschaften und die jeweiligen Notenbanken verbreiten.

3. Euro-Informationsmedien für die Öffentlichkeit

Neben der Medienkampagne werden die Europäische Zentralbank bzw. die nationalen Notenbanken zur Information der breiten Öffentlichkeit eine 8-seitige Informationsbroschüre im Format DIN A 5 herausgeben. Darin werden Details zu den Euro-Banknoten und Münzen, den Sicherheitsmerkmalen sowie den Umstellungsmodalitäten dargestellt.

Für Deutschland ist ein Kontingent von 60 Mio. Euro-Informationsbroschüren vorgesehen. Davon werden ca. 40 Mio. als Postwurfsendung ab Mitte November direkt an alle Haushalte verteilt. Die übrigen 20 Mio. Exemplare werden Kreditinstituten, Schulen und sonstigen Institutionen zur Verfügung gestellt.

Die Bundesbank bietet außerdem Euro-Poster und Faltblätter an, die bei Bedarf auch in größeren Mengen angefordert werden können.

4. Sonderprogramm für Schulen:

Europaweit wird eine Kinderbroschüre (mit Gewinnspiel) zur Verfügung gestellt, die an die Jahrgangsstufen 3 und 4 aller Grundschulen verteilt wird.

Zusätzlich erhalten alle Grundschulen in Deutschland von der Bundesbank Plakate mit den Euro-Banknoten und allen -Münzen sowie Kopiervorlagen für Übungsaufgaben rund um den Euro.

Die Schulen der Sekundarstufe I und II sowie berufsbildende Schulen erhalten ebenfalls Euro-Schulpakete mit verschiedenen Euro-Informationsmedien (Euro-Informationsbroschüre, Poster).

5. Euro-Bargeldschulungen für Kassenpersonal

- Vor allem das Kassenpersonal in Banken und im Handel muss mit dem neuen Euro-Geld bestens vertraut sein, damit Fälschungen schnell und sicher erkannt werden.
- In den Zweiganstalten der Bundesbank sind bereits seit April 2001 Schulungen für Multiplikatoren aus dem Kreditgewerbe, dem Handel und der Polizei durchgeführt worden.
- Nach Veröffentlichung der Sicherheitsmerkmale kann nun die Schulung des Kassenpersonals erfolgen. Für die Ausbildungsveranstaltungen stehen - neben den bereits ausgebildeten Trainern - auch die Mitarbeiter unserer Landeszentralbanken zur Verfügung.
- Ab sofort wird die Bundesbank über ihre Zweiganstalten umfangreiches Ausbildungsmaterial für Schulungszwecke zur Verfügung stellen:
 - 80.000 Training-Kits (Inhalt: je ein Trainingsvideo, eine CD-ROM und eine Trainerbroschüre, die sehr ausführlich auf folgende Aspekte eingehet: Produktionsprozess Euro-Bargeld, Aussehen des Euro-Bargelds, Sicherheitsmerkmale, Umstellungsmodalitäten).
 - 1,2 Mio. Broschüren für das Kassenpersonal. Detaillierte Übersicht der Sicherheitsmerkmale der Banknoten zur Verwendung an den Kassen.

Die Bundesbank hat außerdem ein interaktives Trainingsprogramm entwickelt und ins Internet eingestellt, das auch unter dem Namen www.der-euro-ist-sicher.de direkt aufgerufen werden kann. Das Internet-Angebot ist vornehmlich für Personen gedacht, die keine Schulungsveranstaltungen besuchen konnten und sich intensiver mit den Sicherheitsmerkmalen vertraut machen wollen.

Hinweisen möchte ich in diesem Zusammenhang auch auf unser allgemeines Euro-Segment im Internet (www.bundesbank.de), das eine Fülle von Informationen rund um den Euro enthält und ständig aktualisiert und erweitert wird.

6. Sonstige Aktivitäten

Neben dem Medienprogramm und den vielfältigen Materialien, die wir zur Information der Öffentlichkeit über den Euro vorbereitet haben, werden auf allen Ebenen der Bundesbank unsere Euro-Ansprechpartner für Fragen von Bürgern bereitstehen.

Das Bürgertelefon der Aktionsgemeinschaft Euro (Tel. 0180 / 321 2002) wird im Bedarfsfall ebenfalls mit Bundesbankstellen gekoppelt.

In zahlreichen Euro-Veranstaltungen werden unsere Mitarbeiter über die Euro-Bargeldeinführung informieren. Erinnern möchte ich in diesem Zusammenhang z.B. an die Euro-Zelt-Tour, die bis zum 17. Dezember (Ausgabe der Starter Kits) fortgeführt wird.

Zu guter Letzt möchte ich noch auf unser "Schlafmünzen-Finale" aufmerksam machen, das wir vom 10. September - 30. Oktober (Weltspartag) fortführen werden.

In sieben unterschiedlichen Radio-Spots und mit Günther Jauch-Plakaten werden all jene zur Rückgabe ihrer restlichen Schlafmünzen aufgerufen, die bislang noch nicht aktiv geworden sind. Motto: "Jetzt aber her mit den Schlafmünzen".

Überleitung

Bevor ich das Wort nun an Herrn Dr. Hoppenstedt weitergebe, möchte ich Sie, meine Damen und Herren Medienvertreter, um Ihre Unterstützung bei der Euro-Bargeldeinführung bitten.

Denn bei der Information der Bürger über die Euro-Bargeldeinführung kommt den Medien mit ihrer Breitenwirkung eine Schlüsselfunktion zu.

Embargo:
7:00 p.m. local time on September 4, 2001



Deutsche Bundesbank

Ernst Welteke

President

of the Deutsche Bundesbank

The Bundesbank's view on the world economy

Speech delivered at the
Annual Members' Dinner of the
Financial Services Industry Association
in Dublin
on Tuesday, September 4, 2001

I

Ladies and gentlemen!

For a true European Dublin today is a great place to be. Ireland has shown the most spectacular catching-up process in the EU. It is all the more impressive as Ireland lies geographically on the edge of the EU. The favourable starting conditions created by the advent of the common currency framework were helpful in this respect. Economic and political convergence make for an ever-stronger economic entity in Europe.

Great challenges are ahead for us. We are on the eve of the physical introduction of the single European currency. And we are in the process of negotiating the access of new EU members, most of them much less wealthy than the current member states.

The euro area is the second-largest economy in the world. Right now, we find ourselves in an environment of slowing global growth. Increasingly, the global markets have brought the strains in the world economy to our doorstep, faster and with more thrust than at first expected. We do not blame the markets, though. On the contrary, we are glad to see the financial markets in Europe evolving rapidly. In this regard, the euro is important. The single currency both facilitates and accelerates integration. And with the financial markets becoming ever-more complicated, financial supervisors are faced with a challenge. In Ireland, as well as in Germany, a debate on how best to design prudential supervision is taking place.

II

Ladies and gentlemen!

The development of the Irish economy is indeed impressive. Most of the catching-up took place in the second half of the 1990s. Since 1994, Ireland has been the fastest-growing country in the European Union with an average real growth rate of eight percent a year. More than half of the growth occurred due

to an increase in capital and labour inputs. Employment growth was the highest in the EU. The unemployment rate has fallen by nearly ten percentage points during this period. With employment conditions being that favourable, Ireland now sees net immigration.

Ireland is the only EU country that has consistently seen double-digit growth in private investment since 1994. Productivity has thus risen faster than in most EU countries. Ireland is now among the most productive countries in the EU. Last year, GDP per worker was 15 percent above the EU average.

Foreign direct investment has been important in financing the Irish boom. Inward direct investment nearly tripled between 1998 and 2000. The major part originated outside the EU; the US alone contributed three-quarters. Ireland is now a favourite location for enterprises trying to gain a foothold in the EU.

These impressive developments have improved living standards considerably, GDP per capita in Ireland is 117 per cent of the EU average. As productivity increases, however, the need for subsidisation should decrease in step. The Irish boom owes much to funds allocated by the European Union. For the period 2000-2006, Ireland will be granted a total of 4.2 billion euros via both the Structural Funds and the Cohesion Fund. Well, I just mentioned this fact to complete the picture.

The flip side of the impressive catching-up process in Europe can be seen in what is recognised as a lack of economic convergence. And, most often in view of the national inflation rate, Ireland is being cited as an example.

Well, then, what exactly is meant by "convergence"? The term is one with many facets. The Treaty of Maastricht set out to measure *nominal* convergence. You remember the fiscal and monetary criteria: inflation rate, capital-market rates, sustainable fiscal policy and exchange-rate stability.

The Maastricht criteria were subject to heated debate in academia, as well as in policy circles. By no means are they mere history. On the contrary, they are very much alive. They are to be applied when further countries join the euro-currency area, be it the pre-ins like the UK or the accession countries.

The Maastricht criteria, however, are in a way both "stability criteria" and "convergence criteria". They ensure that a country is not pursuing policies that might impinge adversely on the stability of the common currency. In the longer run, such stability must be built on economic integration. An extensive body of theory has evolved on the characteristics of optimum currency areas. Central criteria are flexibility for wages and prices as well as mobility for goods, labour and capital. Most of these criteria call for a high degree of *structural* convergence. Market integration is crucial in this respect.

Under the common currency framework, market integration is deepening. It is already well advanced in trade in goods and services, and in financial markets. The labour market is lagging somewhat behind. In this respect, Ireland looks like being in a somewhat difficult situation. Labour mobility is hampered by being an island on the edge of the common currency area. Furthermore, Ireland's neighbour and most important trading partner, the UK, has not yet joined the euro.

Apart from structural and nominal convergence, there is *real* convergence — a term I use here in the sense of synchronicity of business cycles. Real convergence is of importance in a currency union, because all the countries in the union are subject to the single monetary policy. The Governing Council of the European Central Bank designs monetary policy to fit the euro area as a whole. A country whose business cycle gets completely out of step might therefore suffer from an individually inadequate monetary policy. However, marching in absolute lock-step is not necessary, as can be seen in the US, where certain regions grow faster than others.

During recent years, Ireland has been growing considerably faster than, for example, Germany. The faster growth is due mainly to catching-up, and to the still incomplete synchronicity of the Anglo-Saxon and the continental business cycles. Irish economic growth derived additional impetus from the start of the European Monetary Union. Interest rates in Ireland were effectively cut by three percentage points on January 1, 1999.

That sort of extra stimulus sent real interest rates to a historic low and boosted demand. Fiscal policy, the instrument to cushion such monetary shocks, was tightened. However, with the fiscal surplus being already large, this tightening did not prevent inflation from starting to rise in late 1999.

Considering the facts that led to this situation, does it really indicate a lack of the necessary convergence? I don't think so. A major part of the excess inflation is accounted for by the catching-up, and by the one-off effect of the start of the common monetary policy. As economic and financial integration is going on, the business cycles will grow ever-closer, that is, real convergence will increase further.

III

Ladies and gentlemen, world output grew by 4.7 per cent last year, the highest rate in a decade. That growth rate could not be kept up. Has the world economy now bottomed out? My answer: "We do not know for sure" should come as no surprise to you.

The US economy is still playing the key role in the global economy. It accounts for 22 per cent of world GDP and for 15 percent of world exports. The heavy dependence of NAFTA and some Asian countries on trade with the US proliferates US weakness.

Signals from the US economy continue to be mixed. No direction is clearly visible from the data. The slowdown started with domestic technology

investment. Recently, some spillovers have been observed. Consumer demand, up to now the stablest pillar of demand, is advancing more moderately. Inventory correction that set in quickly is now well advanced. A positive contribution to growth may be expected in the near future.

The slowdown opens a window of opportunity to unwind macroeconomic imbalances — both those domestic to the US and international ones — in an orderly manner. In the US, the personal savings rate has started to increase, slightly but steadily, since the fourth quarter of 2000. Slackening domestic demand should help to contain the large current-account deficit. The tech bubble has been deflated. The labour market is no longer overly tight. The dollar/euro exchange rate may have seen a turnaround; at least the downward trend is broken.

However, the risks are for real. The overconfidence in technology investment in the US may have given rise to over-investment that can be unwound only slowly. In case of a further fall in equity prices the slump in consumer confidence and demand may be prolonged somewhat.

In spite of these risks, I tend to find the prospect of the start of a modest recovery towards the end of this year plausible and encouraging. The macroeconomic easing should show its effects in the second half of 2001. The Fed has brought interest rates down by 300 basis points in seven rate cuts, and a tax cut of about 55 billion dollars is becoming effective this year. The confidence of both businesses and households has strengthened somewhat, and usually this presages a pick-up in growth.

In Japan, the economic situation is broadly unchanged. The banking crisis still weighs on the economy, a marked revival of economic activity is still not in sight, nor is it being predicted for the near future. Unfortunately, macroeconomic policy has very little leeway left for providing further stimuli. Structural reforms

could — as in the euro area — be of considerable help in accelerating potential growth.

In the wake of slower global growth, the euro-area economy has lost some of its previous dynamism. World trade is no longer growing at double-digit rates.

Caution in investment, as well as in consumption spending, is being reflected in receding industrial production; the July increase is not yet to be regarded as a firm signal of a turnaround. Furthermore, capacity utilisation is now lower, although still above its long-term average rate. Business confidence has sunk, the previous reduction in unemployment has come to a halt.

The euro-area economy has been hit particularly hard by the oil and food crises. Both led to sharp price increases and put the consumer into a state of uncertainty. The oil price shock caused a negative terms-of-trade effect and major reductions in real disposable income. At this juncture, we see the economy of the euro area having lost momentum, after the vigorous expansion in the year 2000. There are, however, several reasons for feeling confident. The waning food crises will no longer weigh on consumption and this year's tax cuts are to come into effect in some euro-area countries.

The risks are clearly on the investment side. A major part of the reduction in GDP growth during the first quarter — the latest data available — occurred owing to a lower contribution of gross fixed capital formation. Capacity utilisation is still high, and the global outlook does not call for stepping up investment. On the whole, business sentiment, and thus the propensity to invest, hinge on a more optimistic view of the world economy. Financing conditions, however, are favourable in the euro area. Capital markets rates are about the same level as rates in the US.

In an environment of weakening growth the continuation of the consolidation of the public sector's finances is becoming more difficult. In 1997, the European Governments decided to implement the Stability and Growth Pact. They agreed

to pursue a policy of eliminating structural deficits. In most euro area countries, this process is well advanced. These countries are in a somewhat favourable position, as they have enough room to manoeuvre to let automatic stabilisers work in full. A minority of countries (Germany, Italy, France and Portugal) — which, however, account for 70 per cent of euro area GDP — still show structural deficits of a considerable extent. Under the present circumstances, therefore, the automatic stabilisers should only be allowed to work fully in those countries whose budget positions are close to balance or in surplus.

Recently, suggestions have been aired to replace targets for the public sector deficit with targets for public expenditure. I am strongly in favour to stick to the tried and tested deficit target. The public sector deficit is the decisive measure for its demands on the financial markets. The deficit is the benchmark for a government's stability-orientation.

Last Thursday, the Governing Council of the ECB decided to lower its key interest rates by 25 basis points. We considered that the available evidence points to an improvement in the outlook for price developments. With regard to the first pillar of the monetary policy strategy, the three-month average of the annual growth rate of M3 was 5.9 per cent. However, this figure needs to be corrected for some holdings which do not necessarily have implications for price stability in the medium term.

Regarding the second pillar, there are clear signs of lower inflationary pressures from the demand side. Lower growth expectations, a strengthening exchange rate, the downward trend of the growth of consumer and producer prices lead to the expectation that price stability will be restored in the not too distant future. Overall, as several indicators are pointing to an abatement of inflationary pressures, the new level of interest rates is compatible with the maintenance of price stability over the medium term, which, in turn, is essential to create a favourable environment for sustainable economic growth.

IV

The evolution of the slowdown in the US highlights how important and how effective financial markets are. The speed at which the slowdown spread around the world underlines this importance.

Changes in investment and in financing habits have altered the international links between the business cycles. For the first time since the mid-seventies oil crisis, the G-7 countries are slowing in step. Evidence is piling up that this synchronicity is more than sheer chance.

Financial markets seem to more and more replace trade in goods and services as the *major* transmission channel for economic developments. The reasoning runs as follows:

Financial market prices react immediately, once new information becomes available. So financial markets reflect developments in, and expectations for, the real economy very quickly. Modern information and communication technologies are of help. Any investor anywhere in the world can in no time update his view of — let's say — the correctness of the markets' expectations as to the future path of ECB interest-rate policy. If his opinion differs from the markets', that is, if he perceives opportunities for arbitrage, he will rearrange his portfolio.

What is new about this process — besides technology? International portfolio diversification is no longer a privilege of institutional investors. Today, nearly everybody's portfolio is internationally diversified. International portfolio diversification may occur in its direct form, for example, in holding shares in companies located in different countries. It may otherwise come in its indirect form: foreign direct investment. More and more often, companies substitute foreign direct investment for international trade. FDI flows are growing fast.

The financial sphere in Europe has changed tremendously. We now have a common currency in the euro area. Currency risk has been eliminated.

Financial markets are integrating faster than ever. They have become, and are still becoming, broader and deeper. Breadth and liquidity of financial markets, however, favour a capital-market-oriented financial system of Anglo-Saxon type. And disintermediation, in turn, fosters the breadth of capital markets. The broader and more liquid financial markets are, the more attractive they are to international investors. Thus, the euro is one of the forces working towards ever-closer financial links between national economies.

Ever closer financial integration has times and again provoked calls to “throw sand in the wheels of the foreign exchange market”. A “Tobin tax” on short-term currency transactions was proposed to bar excessive currency speculation. Such a tax would clearly lower transaction volume in international currency markets. However, it would come at too high a cost. Foreign trade in goods and services is bound to suffer as well. In the end, the wealth-enhancing international division of labour will be hampered. Furthermore, in times of distress, a Tobin tax is not effective. Expected returns on speculative capital movements during a crisis by far outweigh the costs of any sensible transaction tax. The Tobin tax simply cannot make up for a loss of confidence.

On a worldwide scale, financial links are gaining in importance. Internationally, business cycles are growing closer. That is why Europe was relatively quickly affected by the US downturn, although our starting point was quite different from theirs. Although growth in Europe was vigorous, too, overheating was not an issue with us.

V

The financial services industry is very dynamic not only, but especially, in Ireland. Sophisticated new products, new technologies, new channels of

delivery and new forms of cooperation among hitherto separate lines of business pose new risks.

As the financial world evolves, financial supervision faces new challenges.

“Basle II” is one instrument for financial supervisors to take these new risks into account. The three pillar approach seeks to bring required minimum capital more into line with economic risk. Second, it brings banks’ risk profiles and their ability for risk management closer into the focus of financial supervisors. And, third, enhanced disclosure will bring about more transparency and even will integrate financial markets into financial supervision.

It is no accident that new models of financial supervision are being put into practice in several countries. Ireland has decided on a new model, and Germany is also in the process of devising a new institutional structure for its supervisory authorities. In both our countries, the role of the central bank in the supervisory task is affected.

In March, the ECB published its views on the role of central banks in prudential supervision. The ECB argued in favour of a strong involvement of central banks. That view is well-founded. In all major industrial countries, the responsibility for the stability of the financial system is assigned to the central bank. Macro- and microprudential analyses, however, are intertwined. If you want to assess the risks to the system, you need to know about the players. If you want to assess individual risks, you need to know about their exposure to systemic risk.

Central banks are required to oversee the smooth functioning of payment systems, another source of systemic risk. During the conduct of monetary policy, central banks collect information which is of use in the supervision of individual financial institutions. Interlinking central bank functions and prudential supervision takes advantage of these synergies.

In Germany, the envisaged reform of financial supervision is linked to the reform of the Bundesbank. In its statement on the planned reform of the Deutsche Bundesbank, the ECB made it clear how valuable the independence of a central bank is —institutional independence, personal independence and financial independence alike. The Maastricht Treaty set out to protect central bank independence in all three regards. Article 108 of the Treaty explicitly protects both the independence of the ECB and the independence of all the national central banks within the ESCB. Any central bank reform at the national level must likewise respect such independence.

VI

Ladies and Gentlemen!

Today, financial integration is one of the distinctive features of the world economy. Ireland has been in a position to exploit this development to its advantage. The catching-up has indeed been impressive, and is encouraging in view of the upcoming eastward enlargement of the European Union.

Recent developments suggest that business cycles are linked more closely in a world of deeper financial integration. For the eurozone, this is particularly good news, as it facilitates the conduct of the single monetary policy. The ESCB has been successful in pursuing a stability-oriented monetary policy. Its strategy and recent monetary policy decisions will contribute to more growth and stability in Europe.

In 118 days the physical introduction of the euro will bring the single European currency to completion. In Ireland you will then use the same notes and coins as will people in Greece. This is globalisation on a European scale. As economic and political integration deepens, Europe can, Europe wishes to and Europe will increasingly assume responsibility on a global scale.

Sendesperrfrist:
5. September 2001, 9:00 Uhr MEZ

Deutsche Bundesbank

Dr. Jürgen Stark
Vizepräsident
der Deutschen Bundesbank

Begrüßungsansprache auf dem Symposium
der Deutschen Bundesbank

„Zahlungsverkehr und Wertpapierabwicklung
in Deutschland im Umfeld europäischer
und internationaler Entwicklungen“

in Frankfurt am Main
am Mittwoch, 5. September 2001

I

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie recht herzlich im Namen der Deutschen Bundesbank zu unserem Symposium "Zahlungsverkehr und Wertpapierabwicklung in Deutschland im Umfeld europäischer und internationaler Entwicklungen".

Ihr zahlreiches Erscheinen zeigt mir, dass unsere Veranstaltung mit den ausgewählten Themen auf reges Interesse stößt. Im Bereich Zahlungsverkehr ist dies nicht unsere erste Konferenz. Im Juni 1997 veranstaltete die Deutsche Bundesbank bereits ein Symposium zu dem Thema "Die Zukunft des Zahlungsverkehrs – Realitäten und Visionen in Europa". Damals stand im Vordergrund die Vermittlung verschiedener Aspekte des Übergangs auf den Euro unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Interessenlagen.

Gegenwärtig haben wir, die Bundesbank und die Kreditwirtschaft, den ersten Teil des Übergangs auf den Euro unter großen Anstrengungen bereits gemeistert. Wir überweisen untereinander und quer durch Europa den Euro. Jetzt steht die Einführung des Euro-Bargeldes am 1. Januar 2002 kurz bevor. Der Euro ist somit bald für jeden allgegenwärtig und greifbar. Durch ihn haben im unbaren Zahlungsverkehr und in der Wertpapierabwicklung bereits bemerkenswerte Veränderungen stattgefunden. Die Frage ist, ob dieser Prozess schon abgeschlossen ist ? Ich glaube nicht, er wird noch weitergehen. Die Bundesbank selbst ist daran, unter anderem, aktiv mit

der Entwicklung von RTGS^{plus} als einem richtungsweisenden Zahlungsverkehrssystem in Europa beteiligt.

II

Heute haben wir bewusst die Themen Zahlungsverkehr und Wertpapierabwicklung in einer Veranstaltung zusammengefasst, denn beide Bereiche müssen sich ähnlichen Herausforderungen stellen. Der Euro ist in vielen Bereichen ein Katalysator, eine reformtreibende Kraft und bewirkt auch das Zusammenwachsen innerhalb Europas. Beide Geschäftsfelder mit ihren gewachsenen Strukturen sind einem zunehmenden Wettbewerbs- und Kostendruck ausgesetzt.

Dies führt unweigerlich zu Rationalisierung und Konsolidierung.

Sowohl wir, die Bundesbank, als auch Sie in der Kreditwirtschaft können daher keineswegs die Hände ruhig in den Schoß legen. Traditionelle Positionen müssen auf den Prüfstand und zeigen, inwieweit sie auch für die Zukunft geeignet sind. Die fortwährende Optimierung der betrieblichen Prozesse und Verfahren wird unausweichlich sein. Das ist für uns alle mit der Schaffung neuer Strukturen, mit Veränderungen in den Organisationen und vor allem und immer wieder mit dem Einsatz neuer Verfahren und Techniken verbunden.

Hier sind nicht mehr wie früher nur die Techniker, sondern auch die Entscheidungsträger, die Geschäftsleitung gefordert. Ich bin sicher, daß sich dies in den Beiträgen von den verschiedenen Referenten widerspiegelt.

Sie werden sich vielleicht fragen, warum die Deutsche Bundesbank ein Symposium organisiert, in dem doch überwiegend europäische

Themen behandelt werden. Bedenken Sie bitte hierzu: die nationalen Notenbanken, und somit auch die Deutsche Bundesbank, haben ihre Funktion, insbesondere bei der Durchführung der operativen Geschäfte, behalten. Es ist wichtig, daß die deutsche Kreditwirtschaft weiterhin ein Sprachrohr hat und hautnah verfolgen kann, in welche Richtung die Aktivitäten der Notenbanken gehen. Dazu wollen wir heute Gelegenheit geben und prüfen, ob Ihre Anforderungen und unsere Dienstleistungen in Einklang gebracht werden können. Die Deutsche Bundesbank will Bank der Banken bleiben; wir wollen aktiv mitgestalten und unsere reichen Erfahrungen einbringen. Hierzu gehört für uns nicht nur die intensive und arbeitsteilige Zusammenarbeit auf Ebene des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB), sondern auch die Unterhaltung und Pflege von Beziehungen zu Zentralbanken und Finanzinstitutionen in dritten Ländern sowie zu internationalen Organisationen.

III

Unser Selbstverständnis als Dienstleister der Banken hat natürlich eine gesunde gesetzliche Grundlage. Der „Sorge“-Auftrag der Bundesbank, nämlich „für die bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im In- und mit dem Ausland zu sorgen“, wurde in den derzeitigen Entwurf des Bundesbankgesetzes übernommen, aber ergänzt um den Auftrag, „zur Stabilität der Zahlungs- und Verrechnungssysteme beizutragen“.

Wie sieht das konkret aus ? Zum einen umfasst dieser „Sorgeauftrag“ die Überwachung des Zahlungsverkehrs, die sogenannte „Oversight-Funktion“. Hier geht es vor allem um die Schaffung

solider Rahmenbedingungen. Ziel ist es, einheitliche, Sicherheit und Effizienz fördernde Regelungen für alle Akteure am Markt zu schaffen. Das Funktionieren des Ganzen wird über Abkommen und Vereinbarungen in enger Zusammenarbeit mit dem Kreditgewerbe organisiert und von der Bundesbank überwacht. Denn: ohne einen funktionierenden Zahlungsverkehr ist eine Umsetzung der Geldpolitik nicht denkbar - und auch keine prosperierende Wirtschaft.

Zum anderen beteiligt sich die Bundesbank auch aktiv in einem angemessenen Umfang am Zahlungsverkehr, d.h. ist selbst Anbieter von Zahlungsverkehrsleistungen. Als Dienstleister der Banken muss sie ihre Systeme ständig fortentwickeln. Ein innovatives und anspruchvolles Eingehen auf technologische Fortschritte als auch Forderungen des Marktes, d.h. Ihre Bedarfslage, meine Damen und Herren, sind der Bundesbank traditionell Anliegen und Verpflichtung, was sie nun auch in das ESZB einbringt.

Der Zahlungsverkehr ist damit weiterhin, eher in der Bedeutung noch zunehmendes, Kerngeschäft für die Bundesbank. Meine Nachredner werden die Rolle der Bundesbank aus ihrer jeweiligen Sicht weiter vertiefen.

IV

Doch nicht nur in Deutschland und Europa sind Zahlungsverkehr und Wertpapierabwicklung herausragende Themen. Ergänzend zu den Arbeiten auf europäischer Ebene werden Fragen hierzu in wichtigen internationalen Gremien weiter fortgeführt.

So wurde mit dem Bericht „Core Principles for Systemically Important Payment Systems“ des Ausschusses für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (CPSS) der Zentralbanken der Zehnergruppe (G 10) ein neuer Maßstab zur Sicherheit und Effizienz von Zahlungsverkehrssystemen gesetzt. Es wurden zum einen Grundprinzipien für die Gestaltung und den Betrieb wichtiger Zahlungsverkehrssysteme, die für die Stabilität des Finanzsystems bedeutsam sind, festgelegt. Zum anderen wurden auch die Verantwortlichkeiten der Zentralbanken bei der Anwendung aufgezeigt. Somit sind „Core Principles“ nunmehr nicht nur in der Bankenaufsicht ein Begriff. Im Bereich der Wertpapierabwicklungssysteme werden derzeit ebenfalls neue Standards entwickelt, die sog. „Recommendations for Securities Settlement Systems“.

Die Einhaltung dieser Standards wird nicht nur auf nationaler Ebene geprüft, sondern auch „externen“ Prüfungen durch den Internationalen Währungsfonds (im Rahmen sog. Financial Stability Assessment Programms, Report on Observance of Standards and Codes) unterzogen.

Ich bin sicher, daß damit zusammenhängende Themen heute auch noch näher behandelt werden.

V

Meine Damen und Herren, die Welt im Zahlungsverkehr und in der Wertpapierverrechnung steht nicht still. Im Gegenteil, der Zahlungsverkehr nimmt an Bedeutung und Dynamik deutlich zu. Er ist und

bleibt Basis des Bankgeschäfts, auch wenn zahlreiche neue Dienstleistungen vordringen.

Somit stehen offene Fragen im Raum:

- Was bringt der einheitliche Währungsraum, die Globalisierung und die neue Technik des Internet für die Beteiligten ?
- Wer erwartet was von der Zentralbank ?
- Welche europäischen Dimensionen hat das ?

Ziel des heutigen Symposiums der Deutschen Bundesbank ist es, zu diesen Fragen Antworten und Einschätzungen im Zahlungsverkehr und in der Wertpapierabwicklung sowohl aus Notenbankperspektive als auch aus Sicht des Marktes zu vermitteln. Es ist der Bundesbank gelungen, hochqualifizierte Referenten aus dem Bereich der Kreditwirtschaft und von der Europäischen Zentralbank hierfür zu gewinnen. Vertreter unseres Hauses werden ihre Sicht der Dinge vortragen. Ich bin zuversichtlich, die bei Ihnen geweckte Neugier an unserer Veranstaltung wird durch die Referenten in Rede und Beantwortung von Fragen befriedigt werden können.

Ich wünsche Ihnen interessante Diskussionen – auch am Rande der Veranstaltung - und uns allen eine gelungene Tagung. Die Moderation des Symposiums darf ich nunmehr in die bewährten Hände von Herrn Klaus-Friederich Otto, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen (ZfgK) übergeben.

Sendesperrfrist:
5. September 2001, 10:00 Uhr MEZ

Deutsche Bundesbank

Dr. Hans Georg Fabritius

Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank

Zahlungsverkehrspolitik der Deutschen Bundesbank

Rede beim Symposium „Zahlungsverkehr und
Wertpapierabwicklung in Deutschland im Umfeld europäischer und
internationaler Entwicklungen“

in Frankfurt am Main

am Mittwoch, 05. September 2001

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Zahlungsverkehrslandschaft ist in Bewegung. Treibende Kräfte sind Wettbewerb, Kostendruck, das Zusammenrücken regionaler Märkte, der neu geschaffene Euro-Währungsraum und nicht zuletzt technologische Änderungen, die neue Produkte und Verfahren nach sich ziehen. Unser heutiges Symposium wird hiervon ein lebhaftes Bild zeichnen, Herr Lamberti hat entsprechend eingeführt.

Welche Rolle spielen in diesem Umfeld die Zentralbanken? Und welchen Inhalts ist insbesondere die Zahlungsverkehrs-politik der Deutschen Bundesbank?

Die Deutsche Bundesbank hat schon immer - wie es im Gesetz heißt - „Sorge“ für die bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs innerhalb Deutschlands und mit dem Ausland getragen. Dieser Auftrag umfasst sowohl die Zahlungsverkehrsüberwachung als auch den Betrieb eigener Systeme. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Auch als integraler Bestandteil des Eurosystems nimmt die Bundesbank nach wie vor wichtige Funktionen im europäischen Zahlungsverkehr wahr. Sie entwickelt im neuen gemeinsamen europäischen Rahmen durchaus eigene Lösungen und setzt damit auch Akzente für die europäische Entwicklung. Zudem ist sie an der Rahmensetzung durch die Europäische Zentralbank

(EZB) über Mitwirkung in den einschlägigen Ausschüssen und im EZB-Rat beteiligt.

II

Die Zahlungsverkehrsüberwachung zielt auf das reibungslose Funktionieren der Zahlungssysteme. Im Euro-Großzahlungsverkehr werden täglich nahezu 1,5 Billionen Euro transferiert. Allein dadurch wird offensichtlich, dass sichere Zahlungssysteme für die Stabilität des Finanzsystems eine *Conditio sine qua non* sind. Darüber hinaus sind reibungslos funktionierende Großzahlungssysteme eine notwendige Bedingung für die Durchführung der Geldpolitik.

Effizienz und Sicherheit sowohl der Groß- als auch der Massenzahlungssysteme sind zudem unerlässlich für das Vertrauen der Nutzer dieser Systeme und Verfahren. All das macht deutlich, dass die Zahlungsverkehrsüberwachung eine Kernaufgabe der Zentralbanken ist. Entsprechend ist sie auch im EG-Vertrag sowie in der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) und der EZB verankert.

III

Die Methoden der Zahlungsverkehrsüberwachung sind in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) unterschiedlich. Sie reichen von hoheitlichen Eingriffsbefugnissen über laufende Kooperation mit dem Kreditgewerbe bis zum *Laissez-faire* mit

gelegentlicher informeller Einflussnahme. Die Bundesbank fühlt sich dem Kooperationsmodell verpflichtet. Im Kern heißt das Überzeugungsarbeit und Interessenausgleich statt hoheitlicher Maßnahmen. Wir haben die enge Zusammenarbeit mit dem Kreditgewerbe stets als vorteilhaft empfunden. Es ließen sich ohne engen regulatorischen Rahmen Fehlentwicklungen vermeiden.

Kooperation heißt konkret, dass die Bundesbank beispielsweise im Betriebswirtschaftlichen Arbeitskreis des Zentralen Kreditausschusses (ZKA) mitwirkt. Sie nimmt dadurch Einfluss auf die Gestaltung von Zahlungsverkehrsabkommen, die den technisch-organisatorischen und rechtlichen Rahmen des Zahlungsverkehrs in Deutschland bilden. Den meisten Abkommen ist die Bundesbank selbst beigetreten. Sie hat zudem die Federführung der Arbeitsgruppe, die sich speziell mit Fragen der Automation und der Vereinbarung von Standards beschäftigt (Arbeitsstab Automation).

In anderen Gremien unter Federführung des ZKA ist die Bundesbank vertreten. Diese beschäftigen sich in erster Linie mit der Abwicklung des Zahlungsverkehrs zwischen Kreditinstituten, wie z.B. mit der Euro-Migration, den Sicherungsverfahren im Zahlungsverkehr oder der Umsetzung des Überweisungsgesetzes.

Der Einfluss der Bundesbank in der Koordinierungsarbeit mit dem Kreditgewerbe hat viel mit ihrer eigenen aktiven Rolle im

Zahlungsverkehr zu tun. Durch den Betrieb eigener Systeme greifen wir unmittelbar in das Geschehen ein und sind auch mit diesem vertraut. Wir beobachten nicht nur von Ferne. Die aktive Teilnahme der Bundesbank am Zahlungsverkehr hat sich überdies als sinnvolles und marktmäßiges Regulativ erwiesen: Wir bieten unsere Zahlungsverkehrsdienstleistungen jeder Bank an, und sei sie noch so klein.

Im europäischen Maßstab ist eine bessere Koordinierung über die Verbände dringend notwendig. Die Defizite im grenzüberschreitenden Massenzahlungsverkehr sind hierfür nur ein Beleg. Wir brauchen verbindliche Standards und Normen sowie deren europaweite Umsetzung. Der ZKA selbst hat kürzlich die Bildung eines europäischen ZKA unter Einbindung des Europäischen Systems der Zentralbanken in die Diskussion eingebbracht. Ich halte diesen Vorschlag für sinnvoll und erfolgversprechend. Er greift die guten deutschen Erfahrungen der Koordinierung des Kreditgewerbes unter Einbeziehung der Notenbank auf.

Zahlungsverkehrsrisiken machen an den europäischen Grenzen nicht Halt. Die Finanzmärkte sind weltweit vernetzt. Zur Sicherung der Stabilität des gesamten Finanzsystems ist unter anderem eine Absprache und Umsetzung weltweit anerkannter Standards, jedenfalls im Großzahlungsverkehr, unerlässlich. Entsprechend haben die G 10-Gouverneure Anfang dieses Jahres die „Core Principles for Systemically Important Payment Systems“ als Richtschnur verabschiedet.

Die Einhaltung dieser „Core Principles“ für die einschlägigen Systeme wird durch die Zentralbanken und auch durch den IWF (im Rahmen des Financial Stability Assessment Program) systematisch überwacht. Hierzu zieht der IWF auch Experten der Zentralbanken, so auch der Bundesbank heran.

IV

In der Zahlungsverkehrsüberwachung verdienen der technologische Wandel und die damit verbundenen neuen Zahlungsverkehrsprodukte sowie deren Risiken erhöhte Aufmerksamkeit. Beispiele sind das karten- und netzwerkgestützte elektronische Geld sowie die auf Internet-Technologie basierenden Kontozugangsverfahren.

Die Nutzung des elektronischen Geldes bleibt zwar bisher hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück. Die wachsende Bedeutung des elektronischen Handels (e-commerce) schafft aber einen Bedarf nach neuen adäquaten Zahlungsverfahren. Hier könnte sich ein Einsatzbereich für Netzbetrieb abzeichnen. Bis jetzt sind jedoch in der Praxis alle Pilotprojekte der Banken im Bereich Netzbetrieb gescheitert. Vermutlich werden eher die auf Internet-Technologie basierenden Kontozugangsverfahren an Bedeutung gewinnen.

Sowohl beim elektronischen Geld als auch bei den Kontozugangsverfahren müssen technische Sicherheit und Missbrauchsschutz gewährleistet sein. Hier ist die Zentralbank

in ihrer Überwachungsfunktion besonders gefordert. Bei der Überprüfung technischer Spezifikationen neuer Produkte, wie z.B. der GeldKarte, greift die Bundesbank übrigens auch auf die Expertise des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zurück.

Vor diesem Hintergrund müsste die Bundesbank noch stärker und zeitnäher als bisher in die Arbeit der ZKA-Gremien einbezogen und gleichzeitig über die Ausgestaltung neuer Zahlungsverkehrsprodukte bzw. deren Optimierung informiert werden. Als Beispiel wäre hier die Beteiligung der Bundesbank im Arbeitsstab „GeldKarte“ zu nennen. Wir sind mit dem ZKA im Gespräch, haben aber noch nicht so ganz das von uns erhoffte Gehör gefunden.

V

Die Abstimmung sowie die enge Kooperation zwischen Bundesbank und Kreditgewerbe hat sich insgesamt gesehen bewährt. Dies gilt auch für den Betrieb und die Konzipierung unserer eigenen Systeme. Denken Sie an RTGS^{plus}

Aufgrund seiner geldpolitischen Bedeutung ist im Großzahlungsverkehr die aktive Beteiligung der Zentralbanken unbestritten. In den letzten Jahren haben sich die EU-Zentralbanken auf den Bau eines europäischen RTGS-Systems konzentriert. Dieses war und ist notwendig für eine europaweit einheitliche Geldpolitik und für die Herausbildung eines

einheitlichen Geldmarktes. Es wurde durch einen Verbund der nationalen Systeme geschaffen (TARGET).

TARGET war von Beginn an erfolgreich und effektiv. Es hat zu einer raschen Integration des europäischen Geldmarkts und der sicheren und effizienten Abwicklung von Großbetragzahlungen in der EU beigetragen. TARGET ist heute das umsatzstärkste Großzahlungssystem für Euro-Zahlungen.

Gleichwohl sind Verbesserungen in der Zukunft notwendig. Zum einen sind die Möglichkeiten zur Informationsbereitstellung und Unterstützung des Liquiditätsmanagements international tätiger Banken eingeschränkt. Dies ist auf die dezentrale Struktur und den unterschiedlichen Leistungsumfang der verschiedenen RTGS-Systeme zurückzuführen. Des Weiteren sind die Entwicklung und der Betrieb einer Vielzahl von RTGS-Systemen und deren Vernetzung äußerst kostenintensiv. Nicht zuletzt beeinträchtigt die technische Heterogenität die Stabilität des Gesamtsystems.

Meines Erachtens setzen substanzielle Leistungsverbesserungen eine gemeinsame technische Plattform für die Informationsbereitstellung und Zahlungsverarbeitung voraus. Eine solche technische Konsolidierung ist auch angesichts der anstehenden EU-Erweiterung unerlässlich, um einem weiteren Anstieg der Systemkomplexität entgegenzuwirken. Im Extremfall hätten wir einen Verbund von 28 Systemen statt heute 16. Schon heute konzentrieren sich die Zahlungsströme

in wenigen Systemen. So werden fast 90 % aller RTGS-Zahlungen in fünf Systemen abgewickelt. Allein das deutsche RTGS-System hat einen Anteil von nahezu 45 %. Diese Situation würde sich nach Beitritt der osteuropäischen Länder verschärfen. Es ist gerade unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht sinnvoll, am Prinzip „ein Land – ein System“ festzuhalten.

VI

Wie das TARGET-System der „zweiten Generation“ aussehen soll, darüber wird im Eurosystem seit geraumer Zeit diskutiert. Die Positionen liegen weit auseinander: Die meisten Zentralbanken wollen aus Sorge um ihre Eigenständigkeit und Bedeutung am dezentralen Modell festhalten. Sie wollen durch eine weitergehende technische Harmonisierung den Anforderungen der Marktteilnehmer gerecht werden.

Andere, darunter auch die Bundesbank, sind der Ansicht, dass aus Effizienz-, Kosten-, Leistungs- und Wettbewerbsgesichtspunkten eine gemeinsame technische Plattform für TARGET notwendig ist. Dabei soll die Kundenanbindung bei den einzelnen Zentralbanken bleiben, das neue System würde als technische Plattform im Hintergrund arbeiten.

Eine schnelle Entscheidung, ob das eine oder andere TARGET II-Modell in fünf oder sechs Jahren in Produktion gehen soll, zeichnet sich nicht ab. Vielleicht ist eine

evolutionäre Entwicklung des bestehenden Systems der Weg zu weniger Komplexität. Und zwar in der Art, dass sich einzelne Zentralbanken zu einem gemeinsamen Betrieb eines RTGS-Systems zusammenfinden. Hierdurch könnte die Zahl der eigenständigen Systeme deutlich vermindert werden. Letztlich würde eine solche schrittweise Konsolidierung auch die Weichen für die langfristig anzustrebende gemeinsame technische Plattform stellen.

Die Bundesbank ist bereit, an einem solchen Prozess mitzuwirken. In Betracht zu ziehen wäre z.B. eine Mitnutzung von RTGS^{plus} durch andere Zentralbanken. Für eine solche Nutzung sind meines Erachtens drei notwendige Bedingungen bereits erfüllt: Erstens handelt es sich bei RTGS^{plus} um ein fortschrittliches und effizientes Verfahren. Zweitens ermöglicht RTGS^{plus} aufgrund seines Aufbaus die einfache „Anbindung“ verschiedener NZB-Kontosysteme. Die eigentliche „Kernzuständigkeit“ der Zentralbanken bliebe unangetastet. Drittens könnten auch andere Länder von den günstigen Kosten dieses Systems profitieren.

Die reine Mitnutzung von RTGS^{plus} ist jedoch für andere Zentralbanken, wie es scheint, wenig attraktiv. Stärkeres Interesse könnte eine echte Gemeinschaftslösung finden, d.h. ein System mit gemeinsamer Trägerschaft der beteiligten Notenbanken, bei der diese kooperativ und gleichberechtigt zusammenwirken. Diesen Weg könnte die Bundesbank allerdings nur dann gehen, wenn sich in diesem

Gemeinschaftssystem die funktionalen Vorteile von RTGS^{plus} wiederfänden. Zudem müssten bei der fachlichen Weiterentwicklung die Interessen der deutschen Kreditwirtschaft hinreichend berücksichtigt werden.

TARGET hat als RTGS-System mit Settlement in Zentralbankgeld im Tagesverlauf eine elementare Bedeutung für die Geldpolitik und den einheitlichen Geldmarkt. Neben Interbankzahlungen wird es aber auch zunehmend für die Abwicklung von Kundenzahlungen genutzt, der stückzahlmäßige Anteil liegt mittlerweile bei fast 40 %. Gerade in diesem Segment steht TARGET in Wettbewerb mit dem Euro1-System der EBA (Euro Banking Association). Hier beträgt der entsprechende Anteil etwa 60 %.

Aus meiner Sicht ist dieser Wettbewerb im Hinblick auf Effizienz und Kosten wünschenswert. Die Banken müssen entscheiden, welche Systeme sie für welche Zahlungen nutzen. Bei ihrer Entscheidung spielen neben den Preisen auch andere Kriterien wie zum Beispiel Risiko, Schnelligkeit und Liquidität eine Rolle. Das besondere Merkmal von TARGET ist der Zahlungsausgleich in Zentralbankgeld im Tagesverlauf. Mit TARGET ist ferner eine sehr große Zahl von Kreditinstituten in der EU unmittelbar erreichbar, während Euro1 eine Clublösung mit begrenztem Teilnehmerkreis ist. Und an dieser Philosophie der Zentralbanken als neutraler Dienstleister auch der kleineren Banken wollen wir in TARGET festhalten.

Fairer Wettbewerb sowie die europäische Wettbewerbsregelung verlangen m. E. , dass TARGET insgesamt kosten-deckend arbeitet. Dies ist ein heilsamer Zwang hin zur notwendigen technischen Konsolidierung, weil nur auf diesem Weg die Stückkosten gesenkt werden können. Andernfalls würde TARGET an Wettbewerbsfähigkeit verlieren - und damit kommerzielle Zahlungen und möglicherweise auch Interbankzahlungen an andere preisgünstigere Systeme. Die Folge wäre, dass der Trend der letzten Jahre weg von Nettosystemen hin zu Bruttosystemen beendet und das systemische Risiko zunehmen würde.

VII

Die Bundesbank hat auf die Bedingungen des neuen Währungsraums mit der Neukonzipierung ihrer Großzahlungssysteme reagiert. In enger Zusammenarbeit mit dem Kreditgewerbe hat sie das neue hier schon angesprochene Liquiditätssparende RTGS^{plus}-System entwickelt. Dieses wird am 5. November in Betrieb gehen. Es integriert die bestehenden deutschen Systeme ELS und EAF zu einem Euro-Individualzahlungssystem. Gleichzeitig wird das Leistungsspektrum erhöht. RTGS^{plus} wird hinsichtlich Leistungsumfang und Verfügbarkeit – auch international - neue Maßstäbe setzen. Denken Sie vor allem an die erheblich bessere Nutzung vorhandener Liquidität sowie die Möglichkeit eines umfassenden zielgerichteten Liquiditätsmanagements.

Die Bundesbank wird mit RTGS^{plus} zur Stärkung des TARGET-Verbundes insgesamt beitragen. Mit unserem Projekt werden wir wichtige Denkanstösse auch für die Diskussion über die Weiterentwicklung von TARGET geben. RTGS^{plus} ist ein marktorientiertes System, das den Bedürfnissen der im Zahlungsverkehr aktiven Banken gerecht wird. Schließlich wird RTGS^{plus} das erste System in Europa sein, das seine Kosten voll über Transaktionsentgelte deckt.

VIII

Im Gegensatz zum Großzahlungsverkehr ist die operative Rolle der Zentralbanken im Massenzahlungsverkehr keine Selbstverständlichkeit. Die Bundesbank ist eine der wenigen Zentralbanken in Europa, die sich nach wie vor aktiv am Massenzahlungsverkehr beteiligt. Der EMZ der Bundesbank gehört heute zu den größten und leistungsfähigsten Massenzahlungssystemen in Europa. Charakteristisch für den EMZ sind kurze Laufzeiten – weniger als 24 Stunden – sowie die hochgradig automatisierte Abwicklung von Überweisungen, Schecks und Lastschriften. Ein- und Auslieferungen erfolgen per Datenträger oder per Datenfernübertragung (DFÜ). Neben dem EMZ führt die Bundesbank Zahlungen in das Ausland für öffentliche Kassen durch. Hierzu gibt es eine gesonderte bankinterne Anwendung.

Gleichwohl ist festzustellen, dass der bilaterale Austausch von Zahlungsvorgängen – das so genannte „Garagen-Clearing“ -

eine immer größere Bedeutung erlangt. Demgemäß hat sich unser Anteil innerhalb eines Jahrzehnts von mehr als 30 % auf rd. 15 % halbiert. Dies macht deutlich, dass die Bundesbank im Massenzahlungsverkehr nur eine komplementäre Rolle inne hat.

Das Angebot der Bundesbank im EMZ steht dabei allen Banken offen: Großen wie Kleinen für netzübergreifende Zahlungen und ebenso den Banken, die keinem Zahlungsverkehrsnetz angehören. Die Banken können selbst entscheiden, in welchem Umfang sie unser System als wettbewerbsneutrales Angebot nutzen wollen.

Um auch in Zukunft unserer Komplementärfunktion gerecht zu werden, wird der EMZ stufenweise weiter entwickelt. Im Interesse von Einheitlichkeit und weiterer Beschleunigung des deutschen Massenzahlungsverkehrs werden wir unter anderem die Standards, die das „Garagen-Clearing“ vorgibt, unterstützen. Damit zielen wir nicht auf eine Erhöhung unseres Anteils im Massenzahlungsverkehr. Vorgesehen ist eine schrittweise Verlängerung der DFÜ-Annahmeschlusszeiten und der Einsatz weiterer marktgängiger Kommunikationsverfahren. Darüber hinaus diskutieren wir mit der Kreditwirtschaft den Einsatz moderner Sicherungsverfahren und internationaler Nachrichtenformate in einer späteren Ausbaustufe des EMZ.

Zudem werden wir mit preispolitischen Maßnahmen die Ein- und Auslieferung per Datenfernübertragung fördern. Ab Mitte

nächsten Jahres wird der Preis pro Datensatz auf 0,0015 Euro, also auf weniger als ein Drittel des derzeitigen Entgelts, gesenkt. Dies ist ein Beispiel dafür, wie sich umfassende elektronische Abwicklung und Stückkostendegression auf die Preise auswirken können. Der geschäftstätliche Durchsatz im EMZ liegt bei rund 9 Millionen Zahlungen.

IX

Im grenzüberschreitenden Massenzahlungsverkehr in Europa gibt es dagegen erhebliche Defizite, allen voran die hohen Preise. Auf Dauer dürfen in einem einheitlichen Währungsraum grenzüberschreitende Zahlungen nicht um ein Vielfaches teurer sein als Inlandszahlungen.

Die niedrigen Inlandspreise sind das Ergebnis jahrelanger Koordinierungsarbeit. Es wurden Standardvordrucke entwickelt, mit denen Bankpersonal und Kunden bestens vertraut sind. Diese und einheitliche Datenformate ermöglichen eine durchgängig automatisierte Verarbeitung. Bankleitzahl und Kontonummer sind seit Jahren eingeführt und auf Briefbögen und Rechnungen angegeben. Der Kundenberatungsbedarf ist gering. Netzüberschreitendes Clearing, bilateral oder über die Bundesbank ist sehr preisgünstig. Und schließlich führen sehr hohe Stückzahlen zu entsprechender Stückkostendegression.

Dagegen gibt es grenzüberschreitend keine einheitlichen Standards in Europa, die Abwicklung des Inlands- und

Auslandszahlungsverkehrs erfolgt über unterschiedliche Systeme und nach wie vor sind umfangreiche manuelle Eingriffe notwendig. Diese Ursachen lassen sich durch eine Preisverordnung nicht beseitigen. Deshalb sind auch die jüngsten Überlegungen der EU-Kommission, die Preise auf Inlandsniveau festzuschreiben, m.E. zunächst kein sinnvoller Ansatz.

Mitterweile sind - auch auf Druck der Kommission und der europäischen Zentralbanken - vom Bankgewerbe einige strukturelle Veränderungen eingeleitet worden. Diese müssten im nächsten Jahr greifen und zu deutlichen Preissenkungen führen. Ich habe jedoch Zweifel, dass die Preise in die Nähe des Inlandsniveaus kommen, denn die Umsetzung der erarbeiteten Standards reicht nicht aus. Vielmehr muss in Europa eine geeignete Infrastruktur aufgebaut werden. Nur so können ausreichend hohe Stückzahlen erreicht werden, die eine beträchtliche Fixkostendegression und damit eine kostengünstige Abwicklung ermöglichen. Die heute noch vorherrschenden Insel-Lösungen werden diesen Anforderungen nicht gerecht.

Die Idee einer umfassenden europäischen Clearing-Einrichtung oder der Vernetzung nationaler ACHs (Automated Clearing House) wurde bisher vernachlässigt. Möglicherweise ist die STEP2-Initiative der EBA zur Errichtung eines europäischen ACH ein geeigneter Ansatz. STEP2 bietet keine Konvertierungsleistung. Diese muss auftragsseitig sowie vom

erstbeteiligten Institut im Empfängerland erbracht werden. Dies könnte die Märkte in die notwendige Richtung lenken: Im Laufe der Zeit würden sich dann auch auf nationaler Ebene die international anerkannten SWIFT-Standards durchsetzen. STEP2 stellt gegenwärtig zwar noch eine reine Club-Lösung dar, aber durch Einbindung der Zentralbanken bzw. bereits bestehender nationaler ACHs könnte das System eine breite Öffnung erfahren.

Viele Zentralbanken in Europa sehen im Massenzahlungsverkehr keine originäre Aufgabe. Auch m.E. sind Marktlösungen gefragt, möglicherweise aktiver unterstützt von den Zentralbanken. Im Falle unzureichenden Fortschritts könnten sich diese aber gezwungen sehen, sich stärker als bisher einzubringen. Das ginge über die Schaffung von Transparenz über Preise und Laufzeiten hinaus. Als *Ultima Ratio* ist nicht auszuschließen, dass wir auch selbst grenzüberschreitende Abwicklungsverfahren für die Weiterleitung von Zahlungen zur Verfügung stellen. Ansatzpunkt könnte die europaweite TARGET-Infrastruktur sein.

X

Mit Einführung der gemeinsamen Währung in Europa ist in die Zahlungsverkehrslandschaft Bewegung gekommen. Innerhalb kurzer Zeit ist es uns gelungen, durch den Aufbau neuer Systeme, durch Koordinierung und enge Zusammenarbeit die

Integration der europäischen Finanzmärkte ein gutes Stück voranzubringen. Dennoch sind weitere Anstrengungen notwendig: In der Zahlungsverkehrsüberwachung müssen wir die Zusammenarbeit mit dem Kreditgewerbe auf nationaler und europäischer Ebene intensivieren. Im Großzahlungsverkehr brauchen wir eine Konsolidierung der Infrastruktur, im Massenzahlungsverkehr effiziente grenzüberschreitende Systeme.

Die Bundesbank wird sich auch in Zukunft den Kundenbedürfnissen stellen, den maßgeblichen Marktentwicklungen Rechnung tragen und den Zahlungsverkehr weiter aktiv mitgestalten.

Sendesperrfrist:
7. September 2001, 12:00 Uhr MEZ

Deutsche Bundesbank

Prof. Dr. Hermann Remsperger

Mitglied des Direktoriums
der Deutschen Bundesbank

Gesamtwirtschaftliche Perspektiven und Geldpolitik

Vortrag beim Kapitalmarktforum der WGZ-Bank Luxembourg S.A.
in Luxemburg
am Freitag, 7. September 2001

Meine Damen und Herren, eigentlich legt mein Thema einen „einfachen Zweier-Schritt“ nahe, wobei man den zweiten, also die Diskussion der Geldpolitik, natürlich nicht vor dem ersten, das heißt der Analyse der gesamtwirtschaftlichen Tendenzen, machen darf. Ich möchte aber noch einen Schritt weiter gehen, indem ich mich in einem dritten Abschnitt mit einem Thema beschäftige, das in den kommenden Monaten eine besondere Bedeutung gewinnen dürfte. Es geht um die gesamtwirtschaftlichen Aspekte der Einführung des Euro-Bargelds. Sie verdienen meines Erachtens nicht zuletzt aus Finanzmarktsicht besondere Aufmerksamkeit. Darüber hinaus werde ich auf halbem Weg auch einen Blick auf die Finanzpolitik werfen, um den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu verteidigen.

I. Gesamtwirtschaftliche Tendenzen

Das globale Wirtschaftsklima hat sich seit Mitte 2000 deutlich abgekühlt. Bemerkenswert ist, dass dies für alle großen Wirtschaftsregionen gilt. Bei allen Differenzierungen von Land zu Land haben wir es also mit einer stark gleichläufigen Grundbewegung zu tun.

Hohe Energiepreise und eine Reihe von Sonderfaktoren haben nicht nur das Preisklima belastet, sondern zugleich auch zur Schwäche der Binnennachfrage maßgeblich beigetragen. Auf den Arbeitsmärkten sind die konjunkturellen Schatten zunehmend sichtbar geworden. Zu einem größeren Beschäftigungsabbau ist es aber bislang nur in Teilbereichen gekommen. Die konjunkturellen Zweitrundeneffekte halten sich von daher noch in Grenzen. Nach

der Jahresmitte 2001 scheint sich die zyklische Abwärtsbewegung verlangsamt zu haben.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch eine grundsätzliche Anmerkung zum gleichen Grundlauf der Konjunktur in verschiedenen Wirtschaftsregionen machen. Dieser Gleichlauf spielte ja schon in den 70er und 80er Jahren eine große Rolle, schien dann aber in den 90er Jahren zu verschwinden. Nun hat er sich ganz offenbar wieder zurückgemeldet. Ich will Ihnen dafür fünf Gründe nennen. Erstens wirkte die Verteuerung des Ölpreises für viele Länder wie ein globaler, gemeinsamer Dämpfungsschock. Zweitens haben sich nicht nur die Handelsbeziehungen zwischen vielen Ländern intensiviert, viel mehr sind auch die im Ausland gehaltenen Wertpapierbestände kräftig gestiegen. Damit ist der internationale Verbund der Finanzmärkte sehr eng geworden. Drittens haben viele Unternehmen ihre Produktion weiter globalisiert. Damit war viertens eine außerordentliche Expansion ausländischer Direktinvestitionen verbunden. Und fünftens lehrt die jüngste Vergangenheit bei alldem, dass die USA beim internationalen Konjunkturzusammenhang wieder in den Mittelpunkt der Betrachtungen gerückt sind.

So richten sich die Hoffnungen auf eine Belebung der amerikanischen Wirtschaft jetzt zum einen darauf, dass der nach dem Jahreswechsel 2001 eingeleitete beträchtliche Lagerabbau bald auslaufen könnte. Zum anderen wird erwartet, dass die kräftige Senkung der Notenbankzinsen um insgesamt 300 Basispunkte seit Anfang 2001 sowie die Steuerreform im Verlauf des zweiten

Halbjahres ihre expansiven Wirkungen entfalten. Insgesamt ergibt sich für 2001 eine Steuerentlastung in Höhe von knapp $\frac{1}{2}$ % des BIP. Auf das zweite Halbjahr bezogen, in dem sie bei den privaten Haushalten einkommenswirksam werden, sind es knapp 1 % des BIP. Da die vorgesehenen Steuersenkungen Teil eines längerfristig angelegten Reformprogramms sind und somit erfahrungsgemäß die weiteren Einkommenserwartungen der privaten Haushalte positiv beeinflussen, könnten sie für sich genommen den privaten Konsum anregen. Die Konsumneigung wird allerdings auch von der weiteren Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie der Aktienkurse und der Immobilienpreise abhängen. Auf jeden Fall wird man in den nächsten ein bis eineinhalb Jahren mit Spannung beobachten, ob der expansive Impuls durch die Geld- und Finanzpolitik nach einem halben Jahrzehnt „New Economy“ auch wirklich ausreichend stimulierend wirkt.

Dies ist nicht zuletzt deswegen umstritten, weil die makroökonomischen Ungleichgewichte in den USA, die sich vor allem in dem hohen Leistungsbilanzdefizit, der hohen negativen Auslandsposition und der geringen Spartätigkeit der privaten Haushalte äußern, auch nach der konjunkturellen Abkühlung fortbestehen. Außerdem hat die Investitionsneigung im IT-Bereich ja schon die „Nachwehen“ des vorausgegangenen Booms zu spüren bekommen. Zudem hat sich das Bild vom „amerikanischen Produktivitätswunder“ zuletzt wieder etwas relativiert.

Trotz all dieser Relativierungen gehen die meisten aktuellen Prognosen von einer globalen Konjunkturerholung im nächsten Jahr

aus. Mit Blick auf die Perspektiven für die Weltwirtschaft spricht tatsächlich einiges dafür, dass sich die globalen Bremseffekte der vorangegangenen Ölpreiserhöhung allmählich abschwächen werden. Darüber hinaus ist festzustellen, dass die Sonderfaktoren in Westeuropa, die im Frühjahr zu einer starken Erhöhung der Nahrungsmittelpreise geführt und die Kaufkraft der Verbraucher zusätzlich geschränkt hatten, wieder abklingen. Damit dürften auch die belebenden Momente der zum Jahresbeginn in Kraft getretenen Steuerreformen in mehreren Ländern der EWU, deren Wirkungen durch Preiserhöhungen geschränkt wurden, stärker zum Tragen kommen.

Verglichen mit der amerikanischen und japanischen Volkswirtschaft befindet sich der Euro-Raum in einer günstigeren Position. Die gesamtwirtschaftliche Expansion dürfte in diesem Jahr voraussichtlich weniger stark hinter dem Potenzialwachstum zurückbleiben, als dies in den beiden anderen großen Industrieländern der Fall sein wird. Allerdings hat sich das Wachstum in der EWU ebenfalls spürbar verlangsamt. Die noch zur Jahreswende 2000/2001 gehegten Hoffnungen, dass sich die Mitgliedsländer von der globalen Konjunkturabkühlung abkoppeln könnten, haben sich nicht erfüllt.

Innerhalb der EWU ist die konjunkturelle Abkühlung von Land zu Land sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die meisten südeuropäischen Länder expandierten im Winterhalbjahr 2000/2001 noch mit einem beachtlichen Tempo. In den letzten Monaten hatten aber auch dort die retardierenden Kräfte mehr und mehr die Oberhand gewonnen. Deutschland wird in diesem Jahr voraussichtlich zu den

Ländern mit dem niedrigsten Wirtschaftswachstum gehören. Bemerkenswert ist dabei vor allem, dass der Wachstumsrückstand gegenüber Frankreich, das ebenfalls zur Gruppe der Kernländer zählt und mit ähnlichen strukturellen Problemen konfrontiert ist, zuletzt wieder größer geworden ist.

Bei näherem Hinsehen stellt man allerdings fest, dass die seit Mitte 2000 wieder aufscheinenden Wachstumsunterschiede zwischen Deutschland und Frankreich vor allem durch den harten Anpassungsprozess der deutschen Bauwirtschaft bedingt sind, der aber in diesem Jahr die Talsohle erreichen könnte. Als nachteilig für die Binnenkonjunktur in Deutschland haben sich zudem die jährlichen Anhebungen der „Ökosteuer“ erwiesen, deren belastende Wirkungen durch administrierte Preiserhöhungen noch verstärkt wurden. Zudem hat es in Deutschland im letzten Jahr – anders als in Frankreich (und in einigen anderen EWU-Ländern) – keine nennenswerten unmittelbaren Hilfen für die Verbraucher von Mineralölprodukten gegeben. Aus all diesen Gründen bin ich der Auffassung, dass der Wachstumsvorsprung der französischen Wirtschaft gegenüber Deutschland, der sich in den Jahren 1997 bis 1999 herausgebildet hatte, nicht dauerhafter Natur ist.

Gleichwohl bleibt rückblickend festzuhalten, dass das Wachstum in Deutschland in den letzten Jahren zumeist hinter dem Durchschnitt des Euro-Raumes zurückblieb. Auch das Aufschließen zum Geleitzug im ersten Halbjahr 2000 war nicht von Dauer. Bereits in der zweiten Jahreshälfte vergrößerte sich der Abstand wieder. Insbesondere die drastische Verschlechterung der Terms-of-Trade,

die im wesentlichen durch die starke Verteuerung der Ölimporte verursacht wurde, wirkte dämpfend auf die Inlandsnachfrage. Die gleichzeitige Verschlechterung des Wechselkurses des Euro speziell gegenüber dem US-Dollar wirkte noch verstärkend. Insgesamt kann über das ganze vergangene Jahr gesehen der Real-einkommenstransfer an das Ausland auf etwa eineinhalb Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts beziffert werden.

Die gerade geschilderten Faktoren trugen mit dazu bei, dass die Preisentwicklung in Deutschland im ersten Halbjahr 2001 weitaus ungünstiger war als allgemein erwartet. Hinzu kam zum Jahresanfang 2001 eine weitere Stufe der Ökosteuer auf Benzin und auf Strom. Für Energie insgesamt mussten der privaten Haushalte zeitweise fast ein Fünftel mehr bezahlen als zwölf Monate zuvor.

Zudem haben sich einige Nahrungsmittel spürbar verteuert, als die Tierseuchen ausbrachen. Hinzu kamen zeitweise Preissteigerungen für Saisonprodukte, bei denen ungünstige Witterungsverhältnisse die Ernten beeinträchtigten. Nahrungsmittel insgesamt waren im Frühjahr um 4 ½ % teurer als zur gleichen Zeit des Jahres 2000. Damals waren die Preise allerdings nach heftigen Preiskämpfen zwischen einzelnen Supermarktketten recht niedrig gewesen.

Als Folge der preisbedingten Einkommensschmälerung schränkten die privaten Haushalte im zweiten Halbjahr 2000 ihre Konsumausgaben ein. Außerdem drosselten die Unternehmen ihre Investitionsaktivitäten. Der Anpassungsprozess in der Bauwirtschaft, der

schon seit einiger Zeit die gesamtwirtschaftliche Expansion bremst, setzte sich unvermindert fort. Die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts, die saison- und kalenderbereinigt im ersten Halbjahr 2000 annualisiert 4 % betragen hatte, ging in der zweiten Jahreshälfte auf 1 ½ % zurück.

Zwar kam es in den ersten Monaten 2001 zu einer vorübergehend stärkeren Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Diese beruhte aber wesentlich auf Nachholeffekten nach stark gebremsten Aktivitäten gegen Ende des vergangenen Jahres. Die konjunkturelle Grundtendenz blieb unverändert schwach und mündete im zweiten Quartal des laufenden Jahres in eine Stagnation des Bruttoinlandsprodukts ein. Der Zuwachs gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum verringerte sich kalenderbereinigt auf etwa ½ % nach 2 ¾ % im zweiten Halbjahr 2000 und 3 ½ % im Mittel der ersten sechs Monate des vergangenen Jahres.

Zwar konnten sich die Auslandsgeschäfte trotz der starken Beruhigung des Welthandels bis zuletzt recht gut behaupten, Wachstumsimpulse waren aber nicht mehr zu verzeichnen. Die Einschränkung sowohl der Bauinvestitionen als auch der Ausgaben für Maschinen und Anlagen schlug daher in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung voll durch, auch wenn die Konsumausgaben der privaten Haushalte im Anschluss an die Senkung der Einkommensteuer ausgeweitet wurden.

Die Beschäftigung, die erfahrungsgemäß als nachlaufender Indikator gilt, hat auf die gegenwärtige konjunkturelle Flaute

offensichtlich recht schnell reagiert. Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hat die Zahl der Erwerbstätigen im Dezember vergangenen Jahres mit 38 ¾ Millionen ihren Höhepunkt überschritten. Seitdem geht es leicht bergab. Zur Mitte dieses Jahres wurde auch der Vorjahrsstand nicht mehr erreicht. Gleichzeitig haben sich bei den Arbeitsämtern wieder mehr Personen als arbeitslos registrieren lassen. Ende August waren es – die jahreszeitlich üblichen Bewegungen ausgeschaltet – 3,86 Millionen. Gegenüber Dezember 2000 bedeutet das eine Zunahme um rund 85 000. Der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen erreichte nach den Berechnungen der Bundesanstalt 9,3 %.

Die schnellere zyklische Reaktion der Beschäftigung dürfte unter anderem damit zusammenhängen, dass in den vergangenen Jahren immer mehr Personen in besonderen Arbeitsverhältnissen beschäftigt waren, bei denen nicht die Standardarbeitszeit vereinbart ist, sondern Teilzeit oder eine sogenannte geringfügige Beschäftigung. In solchen Arbeitsverträgen werden häufig spezielle Regelungen hinsichtlich Entlohnung und Kündigungsfristen getroffen. Nach den Erkenntnissen des Statistischen Bundesamtes hat insbesondere die Zahl der geringfügig Beschäftigten in den vergangenen Jahren ausgesprochen kräftig zugenommen. In mehreren statistischen Korrekturschritten wurde die Erwerbsbeteiligung solcher Personen auf zuletzt rund 4 Millionen veranschlagt; das ist reichlich ein Zehntel aller Erwerbstätigen. Hierdurch dürfte die Konjuncturempfindlichkeit des Arbeitsmarktes

sowohl bei Einstellungen als auch bei Entlassungen spürbar zugenommen haben.

Im Gefolge des verstärkten Einsatzes von geringfügigen Beschäftigungen scheint sich auch der Zusammenhang zwischen den Veränderungen der Erwerbstätigkeit und der Arbeitslosigkeit gelockert zu haben. Einerseits war der Beschäftigungsaufbau in den vergangenen Jahren nur von einem relativ geringen Rückgang der Arbeitslosigkeit begleitet. Andererseits führt eine konjunkturelle Abnahme des Arbeitskräfteeinsatzes nur zu einem vergleichsweise geringen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Ein nicht kleiner Teil der geringfügig Beschäftigten kommt aus der sogenannten Stillen Reserve, die das latente Arbeitskräftepotential jenseits einer exakten statistischen Erfassung umfasst, und geht wohl wieder in diese zurück, wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften zurückgeht.

Mein Bild über den Arbeitsmarkt bliebe ohne einen Blick auf Ostdeutschland sehr unvollständig. Während einerseits jeder sechste deutsche Erwerbstätige in den neuen Bundesländern wohnt, ist andererseits gleichzeitig jeder dritte Arbeitslose dort registriert. Die ostdeutsche Arbeitslosenquote ist entsprechend bereits seit Jahren mehr als doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Auch hat die Beschäftigung von dem konjunkturellen Aufschwung kaum profitiert. Seit nunmehr vier Jahren verharrt die Zahl der registrierten ostdeutschen Arbeitslosen auf einem unverändert hohen Niveau. Dies hat auch damit zu tun, dass die Erwerbsbereitschaft der Frauen anhaltend hoch ist,

während das Angebot an wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen im Transformations- und Aufbauprozess zurückgegangen ist.

Schließlich möchte ich jetzt wieder mit dem Blick auf Deutschland insgesamt auf eine strukturelle Verhärtung der Arbeitslosenzahl hinweisen, die aus einer hohen Übergangsarbeitslosigkeit resultiert. Diese Übergangsarbeitslosigkeit entsteht nach unserer Auffassung gleichsam an den „Rändern“ der Erwerbstätigkeit als Zwischenstation beim Übergang von der Nicht-Beschäftigung in eine Erwerbstätigkeit oder beim Ausscheiden aus dem Erwerbsleben und dem Eintritt in den Ruhestand. Zwar gibt es für eine Quantifizierung dieser Formen der Übergangsarbeitslosigkeit keine exakten Zahlenangaben. Eigene Untersuchungen haben aber gezeigt, dass wohl ein Viertel aller gemeldeten Arbeitslosen der Übergangsarbeitslosigkeit zugerechnet werden kann. Auf die Arbeitslosenquote übertragen, entspricht dies etwa 2 ¼ Prozentpunkten.

Solche Faktoren tragen mit dazu bei, dass bei den Arbeitsämtern trotz der hohen Zahl der Arbeitslosen bis zuletzt fast 500 000 offene Stellen registriert waren. Wird zudem berücksichtigt, dass der Arbeitsverwaltung gewöhnlich lediglich ein Drittel aller unbesetzten Stellen gemeldet wird, so kann die ungedeckte Arbeitsnachfrage insgesamt auf rund 1 ½ Millionen Personen beziffert werden. Dies lässt gewisse Engpässe in manchen Berufen und Regionen durchaus plausibel erscheinen.

Trotz der erheblichen Abflachung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums erscheint es mir – meine Damen und Herren - nicht gerechtfertigt, die deutsche Wirtschaft gegenwärtig auf Rezessionskurs zu sehen. Eine Rezession liegt nach unserer Auffassung erst dann vor, wenn die wirtschaftlichen Aktivitäten auf breiter sektoraler und regionaler Front längere Zeit abwärtsgerichtet sind und die Auslastung deutlich unter den normalen durchschnittlichen Nutzungsgrad der Produktionskapazitäten absinkt. Das ist bis heute nicht der Fall.

Zweifellos aber befindet sich die Wirtschaft gegenwärtig in einer schwierigen Situation. Bei einem insgesamt nur flachen Expansionspfad des Produktionspotenzials führen konjunkturelle Stockungen leicht zu „Kaum“-Wachstum oder Stagnation. Dies aber muss keineswegs den Beginn einer rezessiven Entwicklung bedeuten. Vielmehr ist trotz nicht zu übersehender Risiken die Hoffnung auf ein Einschwenken auf ein höheres Wachstum nicht unbegründet. Wichtige Rahmenbedingungen sind dafür gegeben. Dies betrifft einmal die Lohnentwicklung, die dem Pfad moderater Tarifanpassungen weiter folgte und hoffentlich auch weiter folgen wird. Das gilt zum anderen für die Zinsbedingungen für Investitionen. Schließlich dürfte auch der Preisauftrieb im 2. Quartal seinen Höhepunkt überschritten haben. Nach den jüngsten Umfragen des ifo Instituts hat sich die Stimmung in der gewerblichen Wirtschaft inzwischen etwas aufgehellt, wenn auch mit einem weiterhin deutlichen Überhang der ungünstigen Urteile. Während die aktuelle Lage überwiegend noch sehr negativ eingestuft wird, zeigen sich die Erwartungen für die nächste Zeit

etwas zuversichtlicher. Damit sich diese Erwartungen kräftigen, bedarf es meines Erachtens einer Zuversicht in weitere Reformen, aber es bedarf keiner hektischen Konjunkturpolitik.

II Geld- und Finanzpolitik im makroökonomischen Zusammenhang

Zur Milderung des gegenwärtigen Rückschlags in der Wirtschaftsentwicklung wird häufig der Einsatz der staatlichen Konjunkturpolitik gefordert. Insbesondere über eine entsprechende diskretionäre Gestaltung von Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte soll stimulierend auf das Wirtschaftsgeschehen eingewirkt werden. Davor möchte ich jedoch warnen. Die Schwierigkeiten einer praktischen Umsetzung beginnen bereits bei der Erstellung einer exakten Diagnose der aktuellen Lage. Noch größer sind die Prognoseprobleme. Ferner ist zu bedenken, dass ein steigendes Defizit das Vertrauen in eine geordnete und längerfristig tragbare Finanzpolitik beschädigen kann. Ein höheres Zinsniveau könnte der Preis hierfür sein.

Als Beispiel für die Schwierigkeiten, die beim Timing staatlicher Maßnahmen entstehen können, kann die jüngste Steuerreform herangezogen werden. So schienen die im laufenden Jahr in Kraft getretenen umfangreichen Steuererleichterungen zum Zeitpunkt der Beschlussfassung eher mit einem günstigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld zusammenzufallen. Sie wurden mitunter als prozyklisch kritisiert. Inzwischen ist freilich zu konzedieren, dass sie angesichts der sehr gedämpften Wirtschaftsentwicklung eine antizyklische

Wirkung entfalten. Alles in allem erscheint der Erfolg einer aktiven staatlichen Konjunkturpolitik angesichts der hiermit verbundenen Schwierigkeiten eher zweifelhaft.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang nun aber auch einige Bemerkungen zur aktuellen Diskussion über den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt machen. Dessen Regelungen werden gelegentlich scharf kritisiert, weil sie eine prozyklische Finanzpolitik erzwingen würden. Nach meiner Auffassung ist der Pakt aber geradezu darauf ausgerichtet, finanzpolitische Solidität mit gesamtwirtschaftlicher Stabilisierung zu verbinden.

So sollen zum einen gesunde Staatsfinanzen garantiert werden. Hierdurch wird zugleich Vertrauen in die gemeinsame Währung und das gesamte monetäre Umfeld geschaffen: Die übermäßige staatliche Kreditaufnahme einzelner Länder und ein Konflikt der Geld- mit der Finanzpolitik wird verhindert. Zum anderen trägt der Pakt auch dem gesamtwirtschaftlichen Umfeld Rechnung: Grundsätzlich werden mittelfristig – das heißt über den Konjunkturverlauf hinweg – annähernd ausgeglichene Haushalte oder Überschüsse gefordert. Der Pakt lässt somit – im Rahmen des 3%-Limits – prinzipiell genügend Raum für ein Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren. In Ländern, die eine strukturell annähernd ausgeglichene Haushaltsposition erreicht haben, steht dem zyklischen Atmen der Staatshaushalte keine europäische Vereinbarung entgegen.

Bei Ländern, die – immerhin 4 Jahre nach Verabschiedung des Pakts – noch erhebliche strukturelle Defizite aufweisen, sind grundsätzlich größere finanzpolitische Anstrengungen geboten. Ein aktives Überschreiten der geplanten Defizitquoten wäre hier problematisch. Wenn Ländern, die noch keinen strukturellen Haushaltssausgleich erreicht haben, ein begrenztes Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren zugestanden wird, was ökonomisch sinnvoll ist, muss zugleich klar sein, dass grundsätzlich an den mittelfristigen Konsolidierungszielen festzuhalten ist.

In Deutschland sind die konjunkturbedingten Belastungen der öffentlichen Haushalte – insbesondere Steuermindereinnahmen und arbeitsmarktbedingte Mehrausgaben – im laufenden Jahr durchaus feststellbar, allerdings dürften sie aus heutiger Sicht alles in allem geringer ausfallen, als dies die merkliche Abschwächung der realen Wachstumsrate des BIP nahelegen würde. Nicht zuletzt die Tatsache, dass ein Teil der derzeitigen Konjunkturschwäche voraussichtlich erst im Steueraufkommen der kommenden Jahre sichtbar wird, sollte aber gleichzeitig auch die Hoffnung auf eine umfangreiche „automatische Konsolidierung“ in den kommenden Jahren dämpfen. Deswegen dürfen die mittelfristig bestehenden Ziele nicht aus den Augen verloren werden. Mit ruhiger, aber bestimmter Hand sind nachhaltige Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich, um einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu erreichen. Ausgabenbegrenzungen dienen diesem Ziel.

Angesichts des unbefriedigenden Wachstums im Euro-Raum überrascht es nicht, dass insbesondere in den Staaten, die hier die

konjunkturellen Schlusslichter bilden, immer wieder die Frage nach der Rolle der Geldpolitik gestellt worden ist. Zwar besteht gerade in Deutschland Verständnis dafür, dass die Politik des Eurosystems vorrangig dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet ist. Gleichwohl sind auch bei uns Stimmen zugunsten einer stärkeren Berücksichtigung der konjunkturellen Lage im geldpolitischen Entscheidungsprozess zu hören. Gott sei Dank gibt es aber gleichwohl einen breiten Konsens darüber, dass die Geldpolitik grundsätzlich nicht in der Lage ist, einen dauerhaft höheren Wachstumspfad in der EWU „herbeizuzaubern“. Sie kann kein Substitut für wirtschaftspolitische Reformen sein, die erforderlich sind, um einen größeren Produktivitätsfortschritt und ein höheres Potenzialwachstum zu erreichen.

Zugleich sollte nicht übersehen werden, dass in der ersten Säule der geldpolitischen Strategie des Eurosystems eine antizyklische Komponente steckt. So bildet das Wachstum des Produktionspotenzials und nicht etwa die für das betreffende Jahr tatsächlich erwartete Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts die Basis für den monetären Referenzwert. Bleibt nun das tatsächliche reale Wirtschaftswachstum hinter seinen mittelfristigen Möglichkeiten zurück, so wird tendenziell eher reichlich Geld zur Verfügung gestellt. Umgekehrt verknappt sich die Liquiditätsausstattung der Wirtschaft bei einer Zunahme des Bruttoinlandsproduktes oberhalb des Potenzialwachstums.

Im übrigen bedeutet eine Konzentration der Geldpolitik auf die Sicherung des Geldwertes auch keineswegs, dass die

realwirtschaftliche Entwicklung bei den Zinsentscheidungen des EZB-Rates vernachlässigt würde. Vielmehr stellt die realwirtschaftliche Entwicklung aufgrund ihrer Auswirkungen auf die Preise ein wesentliches Element der zweiten strategischen Säule dar. Gerade dieses Miteinander von erster und zweiter Säule, von monetären und nicht-monetären Variablen, hat jedoch zu einigen Verständnisproblemen hinsichtlich des geldpolitischen Handelns des Eurosystems geführt.

Beispielhaft für die aus der Strategiewahl resultierenden Kommunikationsprobleme ist der Vorwurf, der EZB-Rat würde seine Entscheidungen quasi beliebig auf die eine oder auf die andere der beiden strategischen Säulen stützen. Häufig werden zur Untermauerung dieser These die Zinssenkungen vom April 1999 und vom Mai dieses Jahres einander gegenüber gestellt. Während die erste von sich verschlechternden Wachstumsperspektiven bei gleichzeitig kräftig wachsender Geldmenge geprägt gewesen sei, habe die zweite offenbar stärker auf den Geldmengenzahlen gefußt.

Der daraus abgeleitete Vorwurf der Beliebigkeit ist meines Erachtens unberechtigt. Der EZB-Rat kann nicht - gleichsam einer strikten Regelbindung folgend - die beiden strategischen Säulen in einem festen Verhältnis zueinander gewichten. Die Entwicklung der einzelnen Indikatoren bedarf stets einer abwägenden Analyse. Nur so kann sich eine fundierte Einschätzung der für die Preisperspektiven relevanten Informationen ergeben.

Ich möchte aber zugleich einräumen, dass es häufig nicht ganz einfach ist, das „Biest M3“ erklärend einzufangen. Zunächst waren es temporäre Verzerrungen im Zusammenhang mit dem Beginn der Währungsunion, die seine Aussagekraft schwächen. Vor diesem Hintergrund ist auch die Zinssenkung im April 1999 zu verstehen; zu Recht bewertete der EZB-Rat seinerzeit die Indikationskraft der zweiten Säule höher. Im laufenden Jahr manifestierten sich dann statistische Erfassungsprobleme, die im Ergebnis eine Bereinigung um von EWU-Ausländern gehaltene Geldmengenkomponenten notwendig erschienen ließen. Für die Geldmarktfonds ist dies bereits geschehen; hinsichtlich der übrigen betroffenen Komponenten wird die Korrektur am Ende dieses Jahres vorgenommen werden.

Neben den erwähnten Verzerrungen durch Auslandskäufe sorgten in den letzten Monaten vor allem Portfoliodispositionen des privaten Sektors für eine Aufblähung der Geldbestände. Angesichts der Unsicherheit an den Finanzmärkten sowie einer relativ flachen Zinsstrukturkurve beobachten wir bereits seit einiger Zeit eine ausgeprägte Präferenz für kurzfristige und liquide Anlageformen. Dies zeigt sich auch daran, dass in den letzten Monaten insbesondere die marktnah verzinsten Geldmengenkomponenten stark gestiegen sind. Die gleichzeitig schwache Bildung von Geldkapital sowie die nur mäßige Dynamik bei der Vergabe von Direktkrediten an den privaten Sektor in der EWU sprechen ebenfalls für ein eher portfoliodominiertes Geldmengenwachstum. Mit anderen Worten: Die statistisch ausgewiesene

Geldmengenentwicklung überzeichnet derzeit sicherlich die Preisrisiken.

Gleichzeitig zeichnen die Daten im Rahmen der zweiten Säule das Bild einer Verbesserung der Aussichten für die Preisentwicklung. Vor diesem Hintergrund sah sich der EZB-Rat Ende August in der Lage, die Notenbankzinsen um einen viertel Prozentpunkt zu senken.

Zweifellos sind mit der Zwei-Säulen-Strategie auch vergleichsweise hohe Anforderungen in Bezug auf die Kommunikationsfähigkeit der Geldpolitik verbunden. Nach meiner Einschätzung sind wir hier jedoch auf einem guten Weg des wechselseitigen Lernens. Jedenfalls ist die letzte Zinssenkung kommunikativ sehr gut vorbereitet gewesen. Das Maß an Transparenz hat gestimmt. Noch mehr Transparenz im Signalisieren von Zinsentscheidungen ist weder notwendig noch sinnvoll.

III Gesamtwirtschaftliche Aspekte der Bargeldumstellung

In den letzten Tagen ist der anstehende Umtausch des nationalen Bargeldes in Euro-Münzen und –Scheine besonders intensiv diskutiert worden. Dabei ging und geht es vor allem um die logistische Herausforderung. Dies möchte ich aber heute nicht wiederholen. Statt dessen will ich auf vier gesamtwirtschaftlich und finanzmarktrelevante Aspekte eingehen, die mit dem Bargeldumtausch verbunden sind, nämlich erstens die Liquiditätssteuerung, zweitens die Geldmengenauswirkungen,

drittens die oft behaupteten Wechselkurseffekte und viertens die Preisreaktionen.

Von der Bargeldumstellung ganz unmittelbar betroffen ist sicherlich die Steuerung der Bankenliquidität in der EWU. Voraussetzung für eine reibungslose Liquiditätsversorgung der Kreditinstitute ist eine hinreichend verlässliche Schätzung ihres Liquiditätsbedarfs. Für Deutschland ist die Banknotennachfrage bereits heute der beweglichste aller liquiditätsbestimmenden Faktoren. Auch für den gesamten Euro-Währungsraum ist sie eine gewichtige Größe.

Die Vorausschätzung der Bargeldnachfrage wird durch die Euro-Umstellung doppelt erschwert: Zum einen lässt sich das genaue zeitliche Profil des Umtauschprozesses kaum vorhersagen. Zum anderen ist nicht klar, in welchem Umfang die Bargeldhalter den anstehenden Umtausch dazu nutzen werden, ihre Kassenhaltung grundsätzlich zu überdenken.

Derzeit stellen wir in den meisten Ländern der Währungsunion einen rückläufigen Bargeldumlauf fest. Dies deutet unter anderem darauf hin, dass der Abbau von Kassen, die nicht unmittelbar Transaktionszwecken dienen, bereits in vollem Gange ist. Dieser Prozess dürfte sich noch beschleunigen und bis über den Jahreswechsel hinaus anhalten. In diesem Zusammenhang kann nicht ausgeschlossen werden, dass die sogenannte Wertaufbewahrungsfunktion des Bargeldes künftig verstärkt von anderen Anlageformen wahrgenommen werden wird. Dann stünde

dem Abbau nationaler Münzen und Banknoten kein entsprechender Aufbau der Euro-Bestände in 2002 gegenüber.

Außerdem existiert für Deutschland mit der umfangreichen DM-Haltung im Ausland ein besonderes Problem. Auch hier deutet manches darauf hin, dass der DM-Rückfluss bereits längst begonnen hat; unklar ist jedoch, in welchem Umfang künftig Euro statt D-Mark-Bargeld nachgefragt werden wird. So ist denkbar, dass heimische Währungen, Drittwährungen oder aber Einlagen in heimischer oder Fremdwährung teilweise an die Stelle der früheren D-Mark-Bargeldhaltung treten.

Insgesamt muss damit gerechnet werden, dass die Liquiditätsschätzungen für den Euro-Raum zum Jahreswechsel und auch noch eine Weile darüber hinaus schwieriger werden. Grundsätzlich ist dabei jedoch kaum zu erwarten, dass von eventuellen Schwankungen des Geldmarktzinses während der Hauptumtauschphase falsche Signale über den geldpolitischen Kurs des Eurosystems ausgehen. Den Marktteilnehmern sollte das mit der Bargeldumstellung verbundene liquiditätspolitische Problem bekannt sein. Zudem dürften die größten Herausforderungen an das Liquiditätsmanagement des Eurosystems zeitlich konzentriert auftreten. Wenn es sich als unbedingt erforderlich herausstellen sollte, wäre zur Glättung des Geldmarkts möglicherweise auch einmal eine Feinsteuерungsmaßnahme zu erwägen.

Neben der operativen Ebene der Geldpolitik ist auch die strategische von der Einführung der Euro-Münzen und -Scheine

betroffen. Bargeld ist ein Teil von M3 und damit auch von M1. Der Bargeldanteil von M1 beläuft sich im Euro-Raum derzeit auf 15 ½ %. Temporär ist eine gewisse Schwächung der Indikatorfunktion von M1 nicht gänzlich auszuschließen. Allerdings gilt auch bislang schon für den Euro-Raum, dass dieses Geldmengenaggregat vergleichsweise starken kurzfristigen Veränderungen unterliegt.

Demgegenüber dürften die Auswirkungen auf die Geldmenge M3 relativ eng begrenzt sein. Ihre Bargeldkomponente macht derzeit nur 6 % aus. Zudem ist davon auszugehen, dass der aktuell beobachtete Abbau der Bargeldhaltung zumindest teilweise zugunsten anderer Komponenten von M3 stattfindet. Außerdem orientiert sich das Eurosystem in seiner Geldpolitik nicht an den kurzfristigen Schwankungen der Geldmenge M3. Was für die geldpolitische Entscheidungsfindung zählt, ist letztlich die längerfristige monetäre Entwicklung, die aber von der Einführung des Eurobargelds kaum entscheidend tangiert werden dürfte.

Besondere Aufmerksamkeit hat in der letzten Zeit eine These gewonnen, nach der ein Zusammenhang zwischen dem Bargeldrückfluss aus dem Ausland einerseits und der Entwicklung des Euro-Wechselkurses andererseits bestünde. Die zurückliegende Schwäche des Euro ist nach dieser Argumentation auf den vermehrten Umtausch von in Drittstaaten gehaltenen DM-Noten in US-Dollar zurückzuführen. Dies erinnert an eine monetär begründete Theorie des Wechselkurses; eine solche lässt sich sicherlich nicht gänzlich ablehnen. Aus praktischer Sicht gibt es jedoch eine Reihe von Einwänden: So dürften letztlich nur die

gesamten offenen Währungspositionen der Marktteilnehmer die entsprechenden Wechselkurse treiben; hiervon ist jedoch der jeweilige Bargeldbestand nur ein kleiner Teil. Außerdem müsste sich der Verfall des Eurokurses mit dem Herannahen des Umtauschtermins tendenziell beschleunigen, wenn immer mehr DM-Halter im Ausland in den Dollar wechseln. Wir beobachten seit Anfang Juli aber tendenziell wieder eine Befestigung des Euro.

Plausibler erscheint daher, dass die Wechselkursentwicklung maßgeblich von konjunkturellen Faktoren und deren Wahrnehmung durch die Märkte bestimmt wird. Wir haben dies 1999 und 2000 gesehen, als die US-Wirtschaft schneller als der Euro-Raum gewachsen ist, was mit einer tendenziellen Stärkung des Dollar einherging. Wir haben dies aber auch zu Jahresbeginn 2001 festgestellt, als die Zinssenkungen der Fed übertriebene Erwartungen auf eine rasche konjunkturelle Erholung in den USA weckten. Inzwischen scheint hier aber eine gewisse Ernüchterung eingekehrt zu sein. Nicht zuletzt die nach unten korrigierten Zahlen für das Wirtschaftswachstum und die Produktivitätsentwicklung in den USA haben den Dollar belastet. Mehr und mehr richtet sich der Blick der Anleger nun auf die erheblich gestiegene negative Netto-Auslandsposition der Vereinigten Staaten und auf das anhaltend hohe Leistungsbilanzdefizit. Hier liegen meiner Ansicht nach die wichtigeren Ursachen für Verschiebungen im Wechselkursgefüge als in Veränderungen der Bargeldhaltung.

Lassen Sie mich nunmehr noch auf die möglichen direkten Auswirkungen der Euro-Bargeld Einführung auf die

Preisperspektiven zu sprechen kommen. Insbesondere die zeitliche Koinzidenz anziehender Preise und beginnender Vorbereitung auf die Euro-Umstellung hat auch in Deutschland große Diskussionen ausgelöst.

Nun ist zunächst nicht zu bestreiten, dass mit dem Projekt der Bargeldeinführung in den beteiligten Volkswirtschaften einmalig anfallende Kosten in Milliardenhöhe entstehen. Insofern ist nicht auszuschließen, dass zumindest teilweise versucht wird, diese Kosten an die Verbraucher weiterzugeben. Ob dies gelingt, hängt letztlich von der Intensität des Wettbewerbs in den einzelnen Wirtschaftsbereichen ab.

Als Grund für einen zeitlichen Gleichklang von Preiserhöhungen und Umstellung auf Euro-Preise wird häufig auch auf diejenigen Kosten hingewiesen, die unmittelbar mit einer Neuauszeichnung der Waren anfallen. Sie tragen dazu bei, dass Preise nicht permanent verändert werden. Vielmehr dürfte im allgemeinen die Tendenz bestehen, hier stufenweise vorzugehen, um dann die Preise für eine etwas längere Zeit unverändert lassen zu können. Vor diesem Hintergrund liegt es nahe, die Euro-Auszeichnung der Waren gemeinsam mit ohnehin anstehenden Preisänderungen vorzunehmen. In Einzelfällen mag die Euro-Einführung dabei als Argumentationshilfe für Preiserhöhungen dienen. Flüchtig betrachtet erscheint dann der Euro als Preistreiber.

Schließlich gilt unsere geldpolitische Aufmerksamkeit der Frage, ob mit der Euro-Bargeldeinführung eine temporäre „Unübersichtlichkeit“

des Preisgefüges verbunden sein wird, weil die Konsumenten noch nicht hinreichend an die neue Währung und ihren Wert gewöhnt sind. Kritische Preisvergleiche würden dann unterbleiben und Preiserhöhungen wären eher durchsetzbar. Durch eine Übergangszeit mit Doppelauszeichnungen in Euro und nationaler Währung wird dem Verbraucher jedoch die Gelegenheit gegeben, sich frühzeitig an die neuen Euro-Preise zu gewöhnen. Letztlich ist der Konsument gefordert, genau hinzusehen und derart vielleicht den Spielraum für einen Preisauftrieb einzuziehen. Genau hinsehen wird aber auch die Bundesbank. Anhand von Unterlagen der amtlichen Statistik wollen wir die mit der Euro-Umstellung verbundenen Preisänderungen bei einzelnen Gütern genau untersuchen und darüber auch berichten. Die fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt schafft dafür gute Voraussetzungen.

Eine Preiserhöhung in der Breite ist zumindest bislang bei den von der amtlichen Statistik erhobenen Preisangaben nicht erkennbar. Zwar mag das Festhalten an runden oder an psychologischen Schwellenpreisen zu selektiven Preiserhöhungen geführt haben. Doch dürfte der intensive Wettbewerb dafür sorgen, dass überzogene Preiserhöhungen wohl nicht von Dauer sein werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassend festhalten, dass wir in Deutschland einen deutlichen Konjunkturrückschlag zu verkraften haben. Es besteht aber Hoffnung, dass wir die Stagnation allmählich überwinden. Zugleich haben sich die Preisperspektiven nicht nur für Deutschland, sondern

auch für den Euro-Raum insgesamt wesentlich verbessert. Daher konnte die EZB die Zinsen Ende August senken. Für viele Marktteilnehmer kündigte sich die Zinssenkung mit dem zuvor veröffentlichten Monatsbericht der EZB an. Bei alldem ist freilich einzuräumen, dass es wieder einmal nicht ganz einfach ist, das „Biest M3“, wie Otmar Issing die Geldmenge einmal durchaus liebevoll nannte, erklärend einzufangen.

Was die Finanzpolitik betrifft, möchte ich betonen, dass die Ziele und Instrumente des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht in Frage gestellt werden dürfen. Wenn Ländern, die noch keinen strukturellen Haushaltshaushalt erreicht haben, ein begrenztes Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren im laufenden Jahr zugestanden wird, was ökonomisch sinnvoll ist, muss zugleich klar sein, dass grundsätzlich an den mittelfristigen Konsolidierungszielen festzuhalten ist.

Lassen Sie mich mit der Botschaft schließen, dass die Finanzmärkte den volkswirtschaftlichen und geldpolitischen Konsequenzen der Einführung des Euro-Bargelds, die ich im letzten Teil meines Referats behandelt habe, insgesamt gelassen entgegen sehen können.

Sendesperrfrist:
13. September 2001, 15:30 Uhr MEZ

Deutsche Bundesbank

Ernst Welteke

Präsident

der Deutschen Bundesbank

**Grußwort anlässlich der Veranstaltung „Solidaritäts-
Blumenteppich“**

in Frankfurt a.M.

am 13. September 2001

Meine Damen und Herren,

Wir wollten heute zusammenkommen, um mit einem farbenfrohen Blumenteppich ein freudiges Zeichen zu setzen für den Aufbruch Europas in ein neues Währungszeitalter, mehr noch, für das weiter friedliche Zusammenwachsen Europas. An diesem Ziel halten wir unverrückbar fest.

Doch die erschreckenden Ereignisse vom Dienstag drängen sich in den Vordergrund, wo immer Menschen sich treffen. Insbesondere bei internationalen Treffen. Jetzt ist der Blumenteppich zu einem Zeichen der Solidarität und des Mitgefühls mit dem amerikanischen Volk geworden.

Die Anschläge auf New York und Washington trafen ins Mark der zivilisierten Welt. Wir empfinden Trauer für die Opfer und fühlen mit ihren Angehörigen. Wir wissen uns verbunden mit den USA. Wir wissen uns verbunden in den Werten, die wir teilen. Wir sind betroffen. Nicht nur, weil wir auch gefährdet sein könnten, sondern weil wir wissen, dass auch wir gemeint sind. Die Bindungen der internationalen Wertegemeinschaft sind durch die jüngsten Ereignisse noch enger geworden. Die Reaktionen der Verantwortlichen zeigen ein Zusammenrücken in der gesamten Welt.

Moderne Industriestaaten sind und bleiben anfällig für Akte des Terrors. Manches, was so fest gefügt erschien, erweist sich als

zerbrechlich. Noch fehlt Klarheit über die Zahl der menschlichen Opfer. Viel weniger wissen wir über die Konsequenzen für die Weltwirtschaft. Das dominierende Nervenzentrum der westlichen Finanzmärkte wurde empfindlich getroffen. Vergleichbare Erfahrungen mit solchen Schlägen gibt es nicht. Vertrauen wurde erschüttert. Es ist aber nicht zerstört. Die Vereinigten Staaten werden diese schwere Probe bestehen. Wir stehen zu ihnen.

Politik und Notenbanken müssen in diesen Tagen über die Emotionen hinausblicken. So kühl es klingen mag, sie müssen gewährleisten, dass die internationalen Märkte weiter funktionieren zum Wohle der Menschen. Die USA sind eng in das Netz der Weltwirtschaft eingebunden. Dieses Netz wird tragen.

Das belegen schon die ersten Entwicklungen nach der Katastrophe. Natürlich kam es zu heftigen Marktreaktionen. Aber die Märkte haben sich bewährt, und von einem Ausfall kann keine Rede sein. Es ist unsere Aufgabe als Notenbanker, für die Tragfähigkeit dieses globalen Netzes zu sorgen. Die Zentralbanken haben entsprechend schnell und professionell reagiert. Liquidität wurde bereitgestellt. Die Funktionsfähigkeit der Zahlungsverkehrs- und Finanzsysteme war nicht gefährdet.

Meine Damen und Herren,
der Euro-Blumenteppich war gedacht als Willkommensgruß für die neue Europäische Gemeinschaftswährung. Der Euro wird das greifbare Symbol der europäischen Einigung und des Zusammenrückens der Völker Europas sein.

Die Initiativen des Euro Point tragen dazu bei, die breite Öffentlichkeit für die nahende Bargeldumstellung zu sensibilisieren. Den Initiatoren und Sponsoren des Euro Point, unter anderem dem deutsch-belgischen Verein, der Stadt Frankfurt und der EZB, möchte ich meinen herzlichen Dank aussprechen.

Aus dem Euro-Blumenteppich ist nun ein Zeichen der Solidarität mit unseren amerikanischen Freunden geworden. Über die rein finanztechnischen Verbindungen hinweg fühlen sich die Handelnden diesseits des Atlantiks mit denen jenseits des Atlantiks verbunden. Die Flagge Amerikas inmitten des europäischen Blumenteppichs symbolisiert die internationale Wertegemeinschaft. Die Blumen haben in diesen bestürzenden Tagen eine besondere Symbolik. Blumenkränze wurden vor den amerikanischen Botschaften niedergelegt. Der Blumenteppich symbolisiert nun auch die Verbundenheit aller Völker, deren Wertgefüge sich auf einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung gründet.

* * *

Sperrfrist:
18. September 2001, 19:00 Uhr MESZ

Deutsche Bundesbank

Dr. Jürgen Stark

Vizepräsident

der Deutschen Bundesbank

**Vortrag anlässlich der Eröffnung der
Ausstellung zur Euro-Bargeldeinführung
„Der Euro – unser Geld“**

in Frankfurt am Main, Flughafen (Terminal 2)
am Dienstag, 18. September 2001, 18.30 Uhr

I

Verehrter Herr Dr. Bender,

Verehrter Herr Dr. Reckers,

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, heute zusammen mit Ihnen die Ausstellung zur Euro-Bargeldeinführung „Der Euro – unser Geld“ im Frankfurter Flughafen zu eröffnen. Die Ausstellung soll dazu beitragen, den Informationsstand über das Euro-Bargeld zu verbessern und eventuell noch vorhandene Vorbehalte abzubauen.

Deshalb gebührt Ihnen, Herr Dr. Bender, und Ihren Mitarbeitern der Fraport AG unser herzlicher Dank für Ihre Unterstützung bei der Ausrichtung dieser Ausstellung. Denn schließlich ist wohl kaum ein publikumswirksamerer Ausstellungsort denkbar, als der Frankfurter Flughafen, eine der wichtigsten Drehscheiben im internationalen Flugverkehr.

Wir hoffen, dass möglichst viele Passagiere - Europäer und Nicht-Europäer - unser gemeinsames Angebot für einen Kurzbesuch der Ausstellung „Der Euro – unser Geld“ nutzen werden. Ich bin sicher, dass insbesondere die vielen Millionen Fluggäste, die vom Frankfurter Flughafen aus eine Reise innerhalb Europas unternehmen, die Vorteile des einheitlichen Bargeldes besonders schätzen werden.

Der Flughafen Frankfurt und eine Ausstellung über den Euro haben noch einen weiteren Berührungspunkt: Die Fraport AG ist Beispiel dafür, welche elementare Bedeutung Vertrauen für ein Unternehmen hat. Das Vertrauen der Millionen Fluggäste in eine hochleistungsfähige Technik, in das Personal, in die Sicherheit am Boden sowie in die Sicherheit der Flüge ist schließlich die unabdingbare Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg. Dies wird nach den schrecklichen Ereignissen der vergangenen Woche in der Zukunft eine noch herausragendere Bedingung sein und bleiben.

II

Die Parallele zu dieser Ausstellung über das Euro-Bargeld ist schnell gezogen: Wie für den Flughafen Frankfurt, so sind auch für den Euro und das ESZB Vertrauen und Sicherheit essentiell. Es bleibt festzuhalten: Seit mehr als zweieinhalb Jahren hat sich die noch junge EZB als Garant für die Stabilität der Preise erwiesen. Und sie genießt das Vertrauen von Unternehmen, Banken und Privatpersonen.

Das Vertrauen in den Euro zu stärken, hat in diesen Tagen und in den kommenden Monaten auch mit Sicherheitsfragen zu tun: Vor wenigen Tagen, am 30. August, hat die EZB die Sicherheitsmerkmale der künftigen Euro-Banknoten veröffentlicht. Diese bekannten Kennzeichen bieten in Kombination mit speziellen, aus leicht nachvollziehbaren Gründen streng vertraulichen, weiteren Zentralbankmerkmalen und Kopierschutzsystemen einen hohen Fäl-

schungsschutz, auf dem das Vertrauen in das neue Geld weiter wachsen kann.

Es wird auch eine Aufgabe dieser Ausstellung sein, die unter dem einprägsamen Dreiklang „Fühlen, Sehen, Kippen“ zusammengefaßten Sicherheitsmerkmale dem Besucherpublikum näher zu bringen. Als Höhepunkt dazu werden hier alle Euro-Banknoten und zum ersten Mal die 96 Euro-Münzen aller Euroländer und das „Starter Kit“ im Original präsentiert. So können wir Vertrauen durch echtes In-Augenschein-Nehmen mehren. „Das Vertrauen wird kommen, hat jeder nur erst seine Sicherheit“¹ - um hier Schiller zu zitieren.

III

Lassen Sie mich kurz die wichtigsten Etappen des Weges beschreiben, den Noten und Münzen bis zum Bürger zu nehmen haben.

Die Einführung des Euro-Bargeldes ist in seiner logistischen Dimension währungshistorisch ohne Vergleich: Insgesamt werden bis zum 31. Dezember 2001 14,25 Milliarden Banknoten im Wert von 642 Milliarden Euro hergestellt. Auf Deutschland entfällt mit ca. 4,3 Milliarden Banknoten das größte Kontingent. Bis zum Jahresende müssen in Deutschland ca. 2,6 Mrd. Banknoten im Wert von 60 Mrd. Euro im Rahmen der sogenannten Vorabausstattung oder Frontloading ausgeliefert werden.

¹ Schiller, Friedrich: Werkauswahl in drei Bänden. Leipzig 1955, Band 3, Seite 277.

Die Strecke dieser Banknoten aneinandergereiht würde für acht Erdumrundungen reichen.

Auch bei den Euro-Münzen wird der erforderliche Umtausch eine so bisher nicht gekannte Größenordnung erreichen: In Deutschland werden bis zum 31. Dezember d.J. ca. 15,5 Mrd. Euro-Münzen geprägt worden sein. Rund 10,8 Mrd. Münzen im Wert von ca. 3,6 Mrd. Euro und einem Gesamtgewicht von etwa 50.000 t werden bis Ende des Jahres im Rahmen des Frontloading bewegt.

Für die Branche der Werttransportunternehmen bedeutet dieser Bargeldtausch eine logistische Herausforderung mit einer neuen Dimension. Und hierbei muß die höchstmögliche Sicherheit jedes einzelnen Transportes gewährleistet bleiben.

Aber die Ausgabe des neuen Euro-Bargeldes verkörpert nur die eine Seite dieses Bargeldtauschs; die Rücknahme von etwa 2,6 Mrd. Stück zurückfließender D-Mark-Banknoten und ca. 28,5 Mrd. Münzen stellt den zweiten Teil dieser Herkulesaufgabe dar. Ohne eine entsprechende zeitliche und logistische Entzerrung – zum Beispiel im Rahmen der „Schlafmünzen“-Aktion – wäre diese nur schwer realisierbar.

Daher ist es erfreulich, dass diese Aktion mit einer vorzeitigen Rückgabe von bisher knapp 3,6 Mrd. Münzen eine hohe Resonanz findet. Insgesamt können wir zuversichtlich sein, dass der Euro am 1. Januar 2002 in ausreichender Menge vor Ort verfügbar sein wird.

IV

Meine Damen und Herren, die Ausstellung „Der Euro – unser Geld“ wird ihre Pforten bis zum 13. Januar 2002 rund um die Uhr geöffnet halten. Sie wird mithin die schwierigste Phase der Euro-Bargeld-Einführung abdecken.

Am 1. September d. J. begann die Abgabe von Euro-Bargeld an Kreditinstitute (Frontloading) sowie von Banken an ihre Geschäftskunden in Deutschland (Sub-Frontloading). Ab dem 1. Dezember wird das Euro-Bargeld an Kreditinstitute außerhalb des Euro-Gebietes abgegeben. Wenige Tage später, am 17. Dezember, fällt dann der Startschuß für das breite Publikum: Ab diesem Tag werden die 53,5 Millionen Münzhaushaltsmischungen (sogenannten „Starter-Kits“) im Wert von 10,23 € und zum Preis von 20 DM an Privatpersonen abgegeben.

Ab dem 1. Januar 2002 wird der Euro dann das alleinige gesetzliche Zahlungsmittel. Allerdings kann aufgrund der vereinbarten „modifizierten Stichtagsregelung“ noch bis Ende Februar 2002 im Handel mit D-Mark bezahlt werden.

Nur für die Wenigsten sollte sich daher das Problem stellen, in dieser „heißen Phase“ bei der Hausbank D-Mark-Bargeld umtauschen zu müssen. Im übrigen garantiert die Bundesbank mit ihren Landeszentralbanken einen kostenfreien, unbefristeten und unbegrenzten Umtausch von D-Mark in Euro.

Zu erwarten ist, dass das Informationsbedürfnis der Bevölkerung mit dem Näherücken an den Jahreswechsel und den Bargeldumtausch noch zunehmen wird. Zeitgleich mit dieser Ausstellung wird es deshalb ein Bündel von weiteren Informationsangeboten seitens der Europäischen Zentralbank und der Bundesbank geben.

Seit zwei Tagen läuft europaweit eine breit angelegte Medienkampagne des Eurosystems, für deren Umsetzung in Deutschland die Bundesbank zuständig ist. Parallel dazu ist am 10. September unser „Schlafmünzen-Finale“ gestartet, welches bis zum 30. Oktober, dem Weltspartag, andauern wird.

Mitte November, werden wir uns direkt an die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes wenden. Eine 8-seitige Informationsbroschüre, mit Details zu den Euro-Banknoten und Münzen, den Sicherheitsmerkmalen sowie den Umstellungsmodalitäten, wird in einer Auflage von 40 Millionen Stück als Postwurfsendung direkt an alle Haushalte verteilt.

Zusätzlich haben wir für Schulen separates, schülergerechtes Informationsmaterial konzipiert. Da außerdem eine Hauptlast der Bargeldumstellung auf das Kassenpersonal in Banken und im Handel fallen wird, wurde speziell für diesen Personenkreis umfangreiches Ausbildungsmaterial entwickelt und im Internet auf unserer Homepage ein interaktives Trainingsprogramm eingestellt.

Nicht uner wähnt bleiben darf schließlich an dieser Stelle die Informationskampagne der Bundesbank für die Länder in Mittel- und

Osteuropa und die Türkei, für Länder also, in denen die D-Mark stark verbreitet ist. Zusammen mit den deutschen Botschaften und jeweiligen Notenbanken werden hierfür Informationsveranstaltungen vor Ort und Informationsmaterial in der jeweiligen Landessprache vorbereitet.

Hinsichtlich Logistik und Informationspolitik wurden somit umfassende Vorkehrungen getroffen, um das Projekt der Inverkehrgabe von Euro-Bargeld in Deutschland zu einem sicheren Erfolg zu führen.

V

Meine Damen und Herren, bei dem momentan vorhandenen gesteigerten Medien- und Publikumsinteresse im Zuge der bevorstehenden Euro-Bargeldeinführung darf gleichwohl nicht verkannt werden, dass der Euro als neue, einheitliche europäische Währung seit über zwei Jahren bereits Realität ist. Und dass er hierbei als noch recht junge Währung schon auf beachtliche Ergebnisse zurückblicken kann.

Was ist hierbei besonders hervorhebenswert ?

Seit dem 1. Januar 1999 wird der Euro innerhalb des Euroraums als neue einheitliche *Transaktionswährung* im unbaren Zahlungsverkehr verwendet. Wechselkursschwankungen zwischen den am Euro teilnehmenden Währungen und die damit verbundenen Absicherungskosten für Unternehmen gehören seit diesem Tag der Vergangenheit an. Auch für Privatpersonen wirkt sich der Euro

positiv aus: Noch bestehende Umtauschgebühren bei Reisen in die Teilnehmerländer werden ab Januar nächsten Jahres endgültig entfallen. Der Euro erhöht die Preistransparenz sowie den Wettbewerb innerhalb des Eurogebiets, was sich auch zugunsten des Verbrauchers auswirken wird.

Neuemittierte Unternehmens- und Staatsanleihen belegen den hohen Zuspruch, den der Euro als *Anlagewährung* genießt. Aktienkurse an den Wertpapierbörsen notieren in Euro. Die neue Währung hat damit der Vollendung eines integrierten europäischen Finanzmarktes einen wichtigen Schub gegeben. Der Euro fungiert zudem als *Ankerwährung* des europäischen Wechselkursmechanismus und ist eine wichtige *Reservewährung*.

Die unbefriedigende Entwicklung des Außenwertes des Euro, scheint diese insgesamt doch positive Bilanz etwas zu schmälern. Gemessen an den üblichen Bewertungsmaßstäben wird dem Euro Aufwertungspotential zugeschrieben. Nur, welche Voraussetzungen sollten erfüllt sein, damit dieses Potential auch in vollem Umfang zur Entfaltung gelangen kann ?

Zunächst möchte ich wiederholen, dass das Eurosystem seinen wichtigsten Beitrag für einen nach außen robusten, stabilen Euro leistet, indem es nach innen für Preisstabilität sorgt. Denn mittelfristig gibt es kein Auseinanderfallen zwischen innerem und äußerem Wert. Seit 1999 wurde ein hohes Maß an Preisstabilität erreicht. Der insbesondere durch Sonderfaktoren bedingte Preisbuckel vom Frühjahr diesen Jahres beginnt sich zurückzubilden. Der EZB-Rat

sorgt mit seiner Politik – auch nach dem gestrigen Zinssenkungsschritt - weiterhin für Preisstabilität und dadurch für ein günstiges Umfeld für dauerhaftes Wirtschaftswachstum.

Aber auch die anderen politischen und gesellschaftlichen Akteure sind gefordert, ihren Beitrag für innere Stabilität und Wirtschaftswachstum zu bringen. Es ist z. B. wichtig, den bisherigen Trend der Lohnmoderation fortzusetzen, um Zweitrundeneffekte zu vermeiden.

Gleichzeitig muß angemahnt werden, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte fortzusetzen. Ziel muß es sein, die strukturellen Haushaltsdefizite zu verringern und mittelfristig eine ausgeglichene Haushaltsposition zu erreichen oder Überschüsse zu erzielen.

Der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt bildet den institutionellen Rahmen, in dem durch einfache und transparente Regeln dauerhaft solide Staatshaushalte in der Europäischen Union angestrebt werden. Er ist wichtiger Bestandteil der Währungsunion, zur Sicherung von Stabilität und Solidität. Ich möchte hier nachdrücklich daran erinnern, dass die Europäische Währungsunion eine unkündbare Schicksals- und Solidargemeinschaft ist, die von den teilnehmenden Ländern eine dauerhafte und strenge Haushaltsdisziplin verlangt. Nicht zuletzt durch die Verpflichtung auf die Einhaltung der Regeln des Stabilitätspaktes wurde es auch Ländern mit extrem hohem Schuldenstand ermöglicht, von Anbeginn an der dritten Stufe der Währungsunion teilzunehmen. Damit ist der Stabilitäts- und Wachstumspakt ein elementarer und unverzichtbarer Bestandteil der

politischen und ökonomischen Geschäftsgrundlage der Währungsunion. Daran darf nicht gerüttelt werden. Auch die deutliche Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums kann kein Grund sein, von den Regeln des Stabilitätspakts abzuweichen. Diese Regeln sind nicht starr. Sie erlauben eine gewisse Flexibilität. Die veränderte Lage bei innerer und äußerer Sicherheit dürfte neue Prioritäten bei den Ausgaben verlangen, die nicht notwendigerweise zu höheren Ausgaben führen müssen. Wichtig ist es, angesichts der veränderten politischen und wirtschaftlichen Lage, eine finanzielle Destabilisierung durch neue Ungleichgewichte zu vermeiden.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Umsetzung der nach wie vor auf verschiedenen Ebenen notwendigen Reformen:

Zum einen sind die Euro-Teilnehmerländer mit ihren Bemühungen, die Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärken flexibler zu gestalten sowie die sozialen Sicherungssysteme nachhaltig zu modernisieren, noch nicht entscheidend genug vorangekommen. Um für Investoren und Verbraucher Planungssicherheit zu schaffen, ist die Konkretisierung der Beschlüsse des Europäischen Rates von Lissabon durch eine mittelfristig ausgerichtete Konzeption zu strukturellen Reformen erforderlich.

Zum anderen sehe ich – trotz der auf dem EU-Gipfel von Nizza erreichten Fortschritte – einen weiterhin bestehenden Veränderungsbedarf auf der politischen Ebene. Die Wirtschafts- und Währungsunion bedarf der Ergänzung auf anderen politischen Feldern. In den Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik sowie

der Innen- und Rechtspolitik muß man über das Stadium der bloßen Regierungszusammenarbeit hinauskommen. Vielleicht kann der Euro ein Katalysator dafür sein, das Nachdenken über solche weiterführenden aber keineswegs neuen Ideen zu intensivieren.

VI

Meine Damen und Herren,
mit dem Euro wurde in Europa ein historisches Projekt auf den Weg gebracht, das wir zum Erfolg führen müssen und das unser Leben nachhaltig verändern wird. Der Euro, gerade auch das Euro-Bargeld, wird eine Klammer bilden in Europa und helfen, eine europäische Identität zu finden.

Den dabei noch vor uns liegenden Aufgaben sollten wir mit Zuversicht entgegenblicken. Der französische Philosoph Saint-Simon formulierte treffend „Können, wollen und wissen - diese drei Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit ein beliebiges Vorhaben gelingen.“².

Der Vorbereitungsstand bei der Einführung des Euro-Bargeldes wird diesen Anforderungen sicherlich gerecht und die Einführung des Euro-Bargeldes damit auch ein Erfolg. Ich bin sicher, auch diese Ausstellung leistet hierzu einen wichtigen Beitrag.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

* * *

² Saint-Simon, Claude-Henri de : Ausgewählte Schriften. Berlin 1977, Seite 266.

Sendesperrfrist:
24. September 2001, 14:30 Uhr MEZ

Deutsche Bundesbank

Edgar Meister

Mitglied des Direktoriums
der Deutschen Bundesbank

Neue Wege der Mittelstandsfinanzierung

Wirtschaftsempfang der SPD und der Arbeitsgemeinschaft
Selbständige in der SPD (AGS)
am 24. September 2001 in Berlin

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Thema Mittelstandsfiananzierung bewegt zur Zeit heftig die Gemüter. Dies ist vor dem Hintergrund, dass der Mittelstand in Deutschland eine herausragende Rolle in Bezug auf Umsatz, Investitionstätigkeit und Beschäftigung spielt, sehr verständlich. Hier sind existentielle Interessen der deutschen Wirtschaft betroffen, und das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands wäre ohne eine ausreichende Kreditversorgung der mittelständischen Unternehmen nur schwerlich erreichbar. Die politische und wirtschaftliche Dimension der Mittelstandsfiananzierung ist daher offensichtlich.

Natürlich taucht auch bei Ihnen die Frage auf, wie wird der Mittelstand von den jüngsten tragischen Ereignissen in den USA betroffen.

Zunächst einmal kann man feststellen, dass auch der Mittelstand von der konzertierten Zinssenkung von FED, EZB und anderen Notenbanken profitieren wird, wobei ich davon ausgehe, dass die Kreditinstitute die Zinssenkung entsprechend an die Kunden weitergeben werden.

Im übrigen dürfte der Mittelstand wegen seiner geringeren Exportabhängigkeit von eventuell negativen Auswirkungen auf die Konjunktur weniger stark betroffen sein. Er kann sich damit in den nächsten Monaten als Stabilisator der wirtschaftlichen Entwicklung erweisen und dazu beitragen, dass die Kräfte für eine konjunkturelle Erholung gestärkt werden.

Die Debatte um die Mittelstandsfinanzierung hat aber auch bankaufsichtliche Implikationen. Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, der bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel angesiedelt ist und sich aus führenden Vertretern von Zentralbanken und Bankenaufsichtsbehörden aus den wichtigsten Industrieländern zusammensetzt, ist zur Zeit mit einer umfassenden Überarbeitung der bankaufsichtlichen Eigenkapitalregelungen befasst, die unter dem Schlagwort "Basel II" diskutiert werden. Ziel von Basel II ist es, die bislang pauschal gültige und von der Bonität des Kreditnehmers weitgehend unabhängige Eigenkapitalunterlegung für Kreditrisiken von 8% risikoadäquater zu gestalten. Dabei soll zukünftig stärker als bisher auch auf bankinterne Ratingmethoden abgestellt werden, denn in einer Vielzahl von Banken kommen im Kreditgeschäft bereits eigene

Bonitätsbeurteilungsverfahren zur Anwendung, die auch bei der Gestaltung der Kreditkonditionen zugrunde gelegt werden.

Die Überarbeitung der bankaufsichtlichen Regelungen zieht die Aufmerksamkeit weiter Kreise der Wirtschaft auf sich und kann als ein wesentlicher Auslöser dafür angesehen werden, dass das Thema Mittelstandsfinanzierung stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt ist. Denn es wird oft unterstellt, dass Basel II aufgrund der stärkeren Berücksichtigung der Kreditnehmerqualität zu einer erhöhten Eigenkapitalunterlegung für Bankkredite an den Mittelstand führen wird. In dieser pauschalen Form trifft dies nicht zu: hier muss differenziert werden. Denn in die Bonitätsbeurteilung der Kreditkunden durch die Banken gehen viele unterschiedliche Faktoren ein. Neben Bilanzkennzahlen sind dies u.a. auch qualitative Faktoren wie z. B. die Beurteilung der Managementqualität oder die Nachfolgeregelung. Festzuhalten ist, dass künftig die Eigenkapitalunterlegung risikoadäquater erfolgen wird. Denn dies ist das ausdrückliche Anliegen bei der Überarbeitung des aktuellen bankaufsichtlichen Regelwerkes.

Eigenkapitalregeln tangieren nicht nur den Bankensektor, sondern gehen in Form von regulatorischen Eigenkapitalkosten in die

Kreditkonditionen ein. Der Mittelstand ist Triebfeder für Innovation, Wachstum und Beschäftigung in unserer Wirtschaft. Daher kommt der Finanzierung des Mittelstandes eine zentrale gesamtwirtschaftliche Bedeutung zu.

Ich kann Ihnen versichern, dass der Baseler Ausschuss intensiv daran arbeitet, den neuen Akkord auch für mittelständische Firmen adäquat zu gestalten. Methodisch wird diesem Bestreben bereits jetzt im Baseler Regelwerk Rechnung getragen, indem der Kreditwirtschaft eine Bandbreite unterschiedlich komplexer Risikomessansätze zur Auswahl gestellt wird. Der revidierte Standardansatz entspricht in wesentlichen Teilen den gültigen Regelungen und wird zu ähnlichen Eigenkapitalunterlegungssätzen wie bisher führen. Kleine Unternehmenskredite, die bei den Banken wie Kredite an Privatpersonen behandelt werden, dürfen dem sog. Retail-Portfolio zugeordnet werden. Retail wird sowohl im Standardansatz als auch im internen Rating mit deutlich niedrigerem Kapital zu unterlegen sein.

Darüber hinaus werden zur Zeit weitere Optionen im Baseler Ausschuss diskutiert, um die spezifischen Besonderheiten der mittelständischen Wirtschaft im Rahmen von Basel II zu

berücksichtigen. Ein Lösungsansatz könnte darin bestehen, die Größe eines Unternehmens bei der Berechnung der Risikogewichte zu berücksichtigen. Auch die Definition eines eigenständigen "Mittelstand-Portfolios" könnte in dieser Hinsicht zielführend sein. Beide Wege würden zu niedrigeren Risikogewichten und damit geringeren regulatorischen Eigenkapitalkosten bei den Banken und Sparkassen führen als bisher im Baseler Konsultationspapier vorgeschlagen. Auch die jetzt in Basel diskutierte Anerkennung von Sachsicherheiten kommt dem Mittelstand zugute.

Auch wenn die Bankfinanzierung nach wie vor die wichtigste Art der Refinanzierung für den Mittelstand ist, löst er sich doch zunehmend selbst davon und versucht, auch andere Finanzierungswege zu beschreiten. Insbesondere natürlich größere mittelständische Unternehmen nehmen verstärkt den Kapitalmarkt in Anspruch, z. B. durch einen Börsengang oder durch die Ausgabe von Unternehmensanleihen. Diese Finanzierungsinstrumente stehen jedoch nur ungefähr 3-5% der mittelständischen Betriebe zur Verfügung, da ihre Rentabilität erst ab einer gewissen Größenordnung gesichert erscheint. Weitere Finanzierungsquellen, welche für eine größere Anzahl von mittelständischen Unternehmen

in Frage kommen könnten, stellen z.B. die Verbriefung von Forderungen, (stille) Gesellschafterdarlehen oder das Factoring dar. Durch die Verbriefung von Forderungen können Kreditrisiken an den Kapitalmarkt weitergegeben und damit ausgeschöpfte Kreditlinien für Kreditnehmer wieder frei gemacht werden. Im Rahmen des "Promise"-Programms der KfW wird dies auch schon erfolgreich bei Mittelstandskrediten praktiziert.

Aus bankaufsichtlicher Sicht ist die Inanspruchnahme alternativer Finanzierungsinstrumente grundsätzlich begrüßenswert, da sie zur Risikodiversifizierung beiträgt. Wir sehen uns aber auch in der Verantwortung, diesen Trend aufmerksam zu begleiten, um frühzeitig Gefahren für die Finanzmarktstabilität abwehren zu können. Ein wichtiges Anliegen aus bankaufsichtlicher Sicht ist in diesem Zusammenhang, dass die Unternehmen bei der Inanspruchnahme neuer Finanzierungswege kompetent beraten und unterstützt werden. Dies ist insbesondere die Aufgabe der Wirtschaftspolitik, aber auch der Kreditwirtschaft. Die Bankenaufsicht kann in dieser Hinsicht nur bedingt durch die Schaffung adäquater Rahmenbedingungen Unterstützung leisten.

Ihr Hauptaugenmerk muss weiterhin auf die Gewährleistung der Finanzmarktstabilität gerichtet bleiben.

* * *

Sendesperrfrist:
8. Oktober 2001, 16:00 Uhr MEZ

Deutsche Bundesbank

Edgar Meister

Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank

**Der Euro kommt, die DM geht:
Übergangsszenario, Umtauschregelungen und
Sicherheitsmerkmale**

**Deutsche Botschaft in Moskau,
am Montag, 8. Oktober 2001**

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren,

ich freue mich, Sie hier so zahlreich begrüßen zu können. Ganz besonders möchte ich mich bei Herrn Gesandten Kraus bedanken – für die Gastfreundschaft der deutschen Botschaft hier in Moskau und seine freundlichen Eingangsworte. Danken möchte ich auch Herrn Dr. Stephan, dem Vertreter der Deutschen Bundesbank und den Mitarbeitern der Wirtschaftsabteilung hier in der Botschaft, für die guten Vorbereitungen.

Weil mein Russisch leider nicht ganz so gut ist wie das Deutsch Ihres Präsidenten Putin, muss ich Sie bitten, die Ohrhörer zu nehmen.

Meine Damen und Herren, es ist der Euro, der mich zu Ihnen führt. Genauer gesagt: es geht um die Einführung des Euro als Bargeld. Denn der Euro wurde als Währung bereits vor knapp drei Jahren eingeführt. Seit dem 1. Januar 1999 wird der Euro insbesondere an den internationalen Devisenmärkten gehandelt und im bargeldlosen Zahlungsverkehr verwendet. Zunächst waren es elf Länder, in denen der Euro eingeführt wurde: Frankreich, Spanien, Portugal, Italien, Irland, die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Finnland, Österreich und Deutschland. Seit Anfang dieses Jahres gehört auch Griechenland zu den Teilnehmerländern der Europäischen Währungsunion.

Doch was hat Russland mit dem Euro zu tun? Zwar kennen wir keine statistisch exakte Zahlen, doch können wir davon ausgehen, dass in Russland eine große Menge ausländischer Währung im Umlauf ist. Bei dem auf einen Wert zwischen 20 und 80 Mrd. US-Dollar geschätzten Fremdwährungsumlauf dürfte es sich im Wesentlichen um US-Dollar-Banknoten und zu einem kleineren Teil – vermutlich fünf Prozent – um D-Mark-Banknoten handeln. Bezieht man den vermuteten D-Mark-Anteil von fünf Prozent auf den mittleren Schätzwert des Fremdwährungsumlaufs in Höhe von 50 Mrd US-Dollar, so befinden sich immerhin rund fünf Mrd D-Mark in russischen Portemonnaien. Für viele Bürger in ihrem Land wird es daher von Interesse sein, etwas zum Umtausch der DM-Banknoten zu erfahren.

Insbesondere als Emittentin der D-Mark-Banknoten ist die Bundesbank daran interessiert, dass der Übergang von der D-Mark zum Euro möglichst reibungslos funktioniert. Dazu möchten wir vor allem durch entsprechende Informationen beitragen. Denn wer der D-Mark solange sein Vertrauen geschenkt hat, soll es nun auf den Euro übertragen können.

Seit 1. Januar 1999 steht der Umtauschkurs Euro zu DM unwiderruflich fest

Mit der Einführung des Euro am 1. Januar 1999 wurden die Umtauschkurse der zuvor eigenständigen Währungen der an der Europäischen Währungsunion teilnehmenden Staaten zum Euro unwiderruflich festgelegt. Der Umtauschkurs für die D-Mark lautet: 1 Euro = 1,95583 D-Mark. Fällt oder steigt der Außenwert des Euro - beispielsweise gegenüber dem US-Dollar -, so verändert sich der in D-Mark ausgedrückte Wert gleichermaßen. Die Banknoten und Münzen der Euro-Teilnehmerländer sind noch bis zum Jahresende 2001 alleinige gesetzliche Zahlungsmittel, da der Euro als Bargeld erst am 1. Januar 2002 eingeführt wird. Die Vorbereitungen dazu laufen auf Hochtouren. So liegt die Produktion der Banknoten und Münzen auf der Ziellinie. Für den Erstausstattungsbedarf an Euro-Bargeld – einschließlich logistischer Reserven – in und außerhalb des Euroraums werden insgesamt rd. 14,6 Mrd Stück Euro-Banknoten im Wert von rd. 631 Mrd Euro und rd. 50 Mrd Stück Euro-Münzen im Wert von 15,7 Mrd Euro bereitstehen. Auf Deutschland entfallen stückzahlmäßig etwa 31 % und wertmäßig etwa 40 % der Banknoten sowie stückzahl- und wertmäßig etwa 34 % der Münzen. Beträchtliche Teile davon werden bereits im Wege der Vorabausstattung (Frontloading) abgegeben. Seit dem 1. September des Jahres haben die Kreditinstitute in Deutschland und anderen Teilnehmerländern die Möglichkeit, sich und ihre Geschäftskunden vorab mit Euro-Bargeld auszustatten. Gezahlt werden darf mit den neuen Banknoten und Münzen allerdings erst nach dem Jahreswechsel. Das gilt auch für Münzen in Form von Münzmischungen im Nennwert von 10,23 Euro, die deutsche Kreditinstitute ab 17. Dezember 2001 an ihre inländischen Privatkunden für 20 D-Mark abgeben. Banknoten sind für die Bevölkerung erst ab dem 1. Januar 2002 erhältlich.

Regelungen für den D-Mark-Bargeldumtausch in Deutschland

In Deutschland verliert die D-Mark mit dem Jahreswechsel ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel. Es wird vom 1. Januar 2002 an aus Geldautomaten und ab 2. Januar 2002 an allen Kassenschaltern der Kreditinstitute in Deutschland grundsätzlich nur noch Euro-Bargeld ausgegeben. Darüber hinaus wird die Bevölkerung mit Beginn des Jahres 2002 über den Handel mit Wechselgeld versorgt. Denn sowohl bei Zahlung mit D-Mark-Bargeld als auch mit Euro-Bargeld wird der Handel in der Regel Euro-Wechselgeld herausgeben. Der erwartete schnelle Übergang von D-Mark- zu Euro-Zahlungen bei Geschäften des täglichen Lebens sollte die russische Bevölkerung nicht beunruhigen. Entscheidend ist nämlich, dass D-Mark-Bargeld ebenso wie das Bargeld der früheren Währungen der elf anderen Teilnehmerstaaten seinen Wert behält, da die nationalen Zentralbanken ihre Banknoten mindestens bis 2012 kostenlos zum unwiderruflich festen Umrechnungskurs in Euro umtauschen.

Bis Ende Februar 2002 kann man in Deutschland noch problemlos mit D-Mark-Bargeld bezahlen. Außerdem können zumindest Kunden der dortigen Kreditinstitute ihr D-Mark-Bargeld in dieser Zeit auf Konten einzahlen und in Euro-Bargeld tauschen. Ferner kann in Deutschland jedermann D-Mark-Banknoten und -Münzen - auch über Februar 2002 hinaus - kostenlos und ohne zeitliche Befristung zum unveränderlichen Kurs von 1 Euro = 1,95583 D-Mark in Euro tauschen: bei den 127 Zweiganstalten der Deutschen Bundesbank.

Ergänzend möchte ich darauf hinweisen, dass man darüber hinaus bis zum 31. März 2002 Banknoten aller anderen Euro-Teilnehmerländer ohne Betragsbegrenzung kostenlos bei den Zweiganstalten der Deutschen Bundesbank zu den festen Umrechnungskursen umtauschen kann. Dieses zeitlich befristete Umtauschangebot für die Banknoten der jeweils elf anderen Euro-Teilnehmerländer, bei dem ab Anfang 2002 Euro-Bargeld herausgegeben wird, führen übrigens sämtliche nationalen Zentralbanken des Eurosystems durch, teilweise allerdings mit Höchstbeträgen pro Tag und Person.

Der Weg des Euro-Bargeldes nach Russland

Die Europäische Zentralbank hat geregelt, unter welchen Voraussetzungen sich Kreditinstitute außerhalb des Euro-Währungsgebietes ab dem 1. Dezember 2001 mit Euro-Bargeld ausstatten können, um ihren Kunden den Erwerb von Euro-Bargeld bereits Anfang Januar 2002 zu ermöglichen.

Die Versorgung wird im Wesentlichen durch kommerzielle Kreditinstitute aus dem Euroraum sowie durch im internationalen Sortenhandel tätige Kreditinstitute außerhalb des Euroraums erfolgen. Damit ist eine wichtige Voraussetzung für eine gute Versorgung geschaffen. Die genannten Kreditinstitute holen das Euro-Bargeld von einer nationalen Zentralbank des Eurosystems ab, also beispielsweise von einer der Abgabestellen der Deutschen Bundesbank (Zweiganstaltnetz der Landeszentralbanken). Transport und Versicherung für den Weg von der Abgabestelle der Deutschen Bundesbank in die Tresore eines Kreditinstituts in Russland ist Angelegenheit der Banken, die mit professionellen Werttransporteuren zusammenarbeiten. Entsprechendes gilt auch für den Rückfluss des D-Mark-Bargeldes aus Russland. Es bleibt also bei den heute üblichen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Die in Russland ansässigen Kreditinstitute, die bereits im Dezember diesen Jahres zum Beispiel über eine deutsche Korrespondenzbank Euro-Bargeld erhalten, haben insbesondere folgende Bedingungen zu beachten: Das Euro-Bargeld ist selbstverständlich sicher in der Zentrale und den Filialen der jeweiligen Kreditinstitute zu verwahren. Ferner darf es erst mit Beginn des Jahres 2002 an andere Kreditinstitute, Wechselstuben und sonstige Kunden, einschließlich der Privatkunden, abgegeben werden.

Umtausch von D-Mark-Bargeld in Russland

Zu erwarten ist, dass russische Kreditinstitute und Wechselstuben in den ersten Monaten des Jahres 2002 den Ankauf von D-Mark-Banknoten anbieten und bereits im Januar über einen hinreichenden Bestand an Euro-Banknoten verfügen. So könnten sich die Inhaber problemlos von ihren D-Mark-Banknoten trennen und zugleich Euro-Banknoten erwerben, zumal der Euro eine gute Perspektive bietet. Er wird der mit der D-Mark verbundenen Geldwertstabilität nicht nachstehen und hat auf

mittlere Sicht gute Chancen, gegenüber anderen Währungen an Wert zu gewinnen. Sollten sich die geschätzten fünf Milliarden D-Mark tatsächlich in den Portemonaien der Bevölkerung befinden, dürfte der Übergang von der D-Mark zum Euro den Kreditinstituten und Wechselstuben reichlich zusätzliches Geschäft bescheren. Das wird auch den Inhabern von D-Mark-Banknoten durch günstige Umtauschkurse zu-gute kommen. So sollte der Umtauschkurs angesichts des erwarteten Umtausch-volumens und des Wettbewerbs nicht allzu weit vom festen offiziellen Kurs 1 Euro = 1,95583 D-Mark abweichen. Vergleichen lohnt sich aber auf jeden Fall!

Für diejenigen, die keine Gelegenheit zum Umtausch in den ersten Monaten des Jahres 2002 haben, besteht die Umtauschmöglichkeit zumindest bei den Zweigan-stalten der Deutschen Bundesbank fort, und zwar kostenlos sowie betraglich und zeitlich unbegrenzt. D-Mark-Bargeld behält damit auf Dauer seinen Wert, auch wenn es kein gesetzliches Zahlungsmittel mehr ist.

Informationsmaterialien der Bundesbank

Um dem Informationsbedarf auch hier in Russland zu entsprechen, stellt die Bundes-bank verschiedene Informationsmaterialien bereit. Wir bieten Plakate in russischer Sprache. Darauf finden Sie Abbildungen der Euro-Banknoten und –Münzen ebenso wie die wichtigsten Fakten zum Umtausch. So werden Sie diese Plakate hoffentlich bald in jeder russischen Bankfiliale sehen.

Darüber hinaus stellen wir ab November eine Informationsbroschüre des Euro-systems zur Verfügung. Diese Broschüre ist für das breite Publikum außerhalb Euro-landes konzipiert. Darin finden Sie einen Überblick über die Umtauschszenarien in allen zwölf Teilnehmerländern der Europäischen Währungsunion und eine Erklärung der Sicherheitsmerkmale der Eurobanknoten. Dies soll Ihnen helfen, echtes Euro-Bargeld zu erkennen und Sie so in die Lage versetzen, nicht auf eventuelle Fäl-schungen hereinzufallen.

Für die Unterstützung bei der Verteilung der Informationsmaterialien möchten wir uns bei der russischen Zentralbank bedanken und bei der Sberbank, die mit ihrem dichten Zweigstellennetz im ganzen Land der ideale Partner für eine zielgruppen-gerechte Distribution der Information ist.

Bevor nun Herr Brüggemann die Sicherheitsmerkmale der Euro-Banknoten erläutert, möchte ich noch auf unsere Euro-Informationen im Internet hinweisen:

In deutscher und teilweise englischer Sprache informiert die Website der Bundesbank (www.bundesbank.de/euro) über den Euro; die Website des Eurosystems (www.euro.ecb.int) enthält eine Fülle von Informationen rund um den Euro in allen elf Amtssprachen der EU.

Sicherheitsmerkmale der Euro Banknoten

Die Euro-Banknoten stellen Baustile aus sieben Epochen der europäischen Kulturgeschichte dar: Klassik, Romanik, Gotik, Renaissance, Barock und Rokoko, Eisen- und Glasarchitektur sowie moderne Architektur des 20. Jahrhunderts. Dabei werden drei architektonische Elemente hervorgehoben: Fenster, Tore und Brücken. Jeder Banknotenwert hat eine andere Farbe und Größe. Je höher der Nennwert, umso größer die Banknote.

Ich möchte Ihnen nun die wichtigsten Sicherheitsmerkmale der Euro-Banknoten erläutern:

Die verschiedenen Größen und Hauptfarben der Euro-Banknoten sowie die kontrastierenden Wertzahlen ermöglichen eine Unterscheidung der sieben Werte auf einen Blick. Für eine zuverlässige Echtheitserkennung sollten aber stets mehrere Merkmale geprüft werden. Erst die Kombination der Sicherheitsmerkmale im Druckbild, im Papier und den Heißprägefölien sorgt für höchstmögliche Sicherheit gegen Druck- und Kopierfälschungen. Die meisten Sicherheitsmerkmale sind ihrer Art nach bereits von den derzeit umlaufenden D-Mark-Banknoten bekannt.

Sicherheitsmerkmale im Druckbild

Wie bereits die D-Mark-Banknoten werden auch die Euronoten in verschiedenen Druckverfahren hergestellt; dies sind der indirekte Hochdruck für den Banknotenhintergrund, Stichtiefdruck auf der Banknotenvorderseite sowie Siebdruck für spezielle Farbeffekte.

Stichtiefdruck

Einige Elemente auf der Banknotenvorderseite sind im Stichtiefdruckverfahren – dem traditionellen Wertdruckverfahren – aufgebracht. Das charakteristische Relief lässt sich beispielsweise im Hauptmotiv erfühlen, insbesondere aber in der Urheberrechtszeile "© BCE ECB EZB EKT EKP 2002" (verstärkter Stichtiefdruck).

Stichtiefdruck – Merkmale für Sehbehinderte

Um die Stückelungserkennung der Werte zu € 200 und € 500 für Sehbehinderte zu vereinfachen (diese Scheine haben die gleiche Höhe), befinden sich auf diesen Werten taktile Merkmale mit verstärktem Relief.

UV-fluoreszierende Offset-Farben

Teile der Gestaltungsmerkmale auf der Banknotenvorder- und –rückseite fluoreszieren unter ultraviolettem Licht. Insbesondere die Passgenauigkeit der grün und rot fluoreszierenden Europaflagge auf der Banknotenvorderseite ist schwer zu imitieren. Die UV-Eigenschaften der Euro-Banknoten lassen sich mit den Geräten prüfen, die auch heute schon für die D-Mark-Noten verwendet werden (z.B. in Kaufhäusern).

Optisch-variable Farbe

Auf den Rückseiten der hohen Banknotenwerte, € 50 bis € 500, ist die Wertzahl in der rechten unteren Ecke in einer veränderlichen Farbe aufgebracht. Die Farbe schlägt beim Kippen der Banknote von Lila in ein bräunliches Grün um.

Iridinstreifen

Auf den Rückseiten der niedrigen Werte, € 5 bis € 20, wird ein goldglänzender Perlglanzstreifen – auch Iridinstreifen genannt - sichtbar, wenn die Banknote gegen das Licht gekippt wird. Als Aussparungen weist der Streifen das €-Symbol und die Wertzahl auf.

Durchsichtsregister

Unregelmäßige Druckelemente im Weißfeld der Banknote vereinen sich bei Durchsicht zur Wertzahl.

Sicherheitsmerkmale im Papier

Die bei allen Banknoten vorhandenen Papiermerkmale werden, mit Ausnahme der unter UV-Licht fluoreszierenden Fasern, sichtbar, wenn die Banknote im Gegenlicht betrachtet wird.

Wasserzeichen, Sicherheitsfaden

In das traditionell aus Baumwollfasern bestehende Banknotenpapier sind verschiedene Wasserzeichen integriert:

- das Bildwasserzeichen zeigt das Hauptmotiv in feinen Graustufen;
- das Drahtwasserzeichen zeigt die scharf umrissene Wertzahl und ist deutlich heller als das Umfeld.
- die senkrechten Balken bilden das Balkenwasserzeichen, ein maschinenlesbares Merkmal.

Auf dem vollständig in das Papier eingebetteten Sicherheitsfaden ist die Währungsbezeichnung "EURO" als Minischrift und die Wertzahl als Mikrotext zu erkennen.

Folien mit Hologrammen

Folienelemente

Auf die hohen Werte (ab € 50) sind als Patches bezeichnete Folienelemente aufgebracht. Jedes Element hat eine andere Randgestaltung. Das Herzstück ist das Hologramm, das beim Kippen der Banknote wechselweise das Architekturmotiv und die Wertzahl zeigt. Darüber hinaus ist Mini- und Mikroschrift und bei Durchsicht das €-Symbol als Perforation in der Folie zu sehen.

Folienstreifen

Der Folienstreifen, der sich ausschließlich auf den niedrigeren Banknotenwerten (€ 20 und niedriger) befindet, weist die selben Eigenschaften wie das Folienelement auf. Allerdings zeigt das Hologramm hier wechselweise das €-Symbol und die Wertzahl.

Maschinenlesbare Merkmale

Eine Fülle verdeckter Merkmale gewährleistet die reibungslose Akzeptanz der Banknoten in Automaten und Zählmaschinen sowie die Banknoten-Abgabe durch Geldausgabeautomaten, zumal der Automatenwirtschaft bereits frühzeitig (erstmals im Mai 2000) Gelegenheit gegeben wurde, ihre Geräte an die Euro-Scheine anzupassen. Spezielle streng vertrauliche Merkmale für die nationalen Zentralbanken des Eurosystems ermöglichen die automatisierte Erkennung von Fälschungen mit den von den Notenbanken eingesetzten Banknotenbearbeitungsmaschinen. Dabei wird das Fälschen nicht nur durch die soeben erläuterte Kombination von Sicherheitsmerkmalen erschwert, sondern auch durch sogenannte Kopierschutzsysteme: unsichtbare Merkmale verhindern die Reproduktion der Euro-Banknoten durch hochwertige Farbkopiergeräte und Softwareprogramme.

Zusammenfassung

Niemand kann ausschließen, dass auch bei den Euronoten schon bald Fälschungen auftreten werden. Doch bietet die gute Qualität der Banknoten und die Summe der

genannten Sicherheitsmerkmale ein Höchstmaß an Fälschungssicherheit. Wichtig ist, man muss diese Merkmale auch nutzen:

Fühlen kann man Papier und Relief, **Sehen** kann man Wasserzeichen, Sicherheitsfaden und Durchsichtsregister. Beim **Kippen** sieht man holografische Bilder in der Folie sowie Farbwechsel bzw. Iridinstreifen auf der Banknotenrückseite

Sendesperrfrist:
18. Oktober 2001, 10:00 Uhr MEZ

Deutsche Bundesbank

Professor Hermann Remsperger

Mitglied des Direktoriums
der Deutschen Bundesbank

**Anmerkungen zur Wirtschaftslage
und zur Finanzpolitik**

Vortrag in der Frankfurter Gesellschaft
für Handel, Industrie und Wissenschaft,
Frankfurt am Main, 17. Oktober 2001

Anmerkungen zur Wirtschaftslage und zur Finanzpolitik

I.

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft hat sich seit Mitte 2000 spürbar verlangsamt und ist im zweiten Quartal des laufenden Jahres zum Stillstand gekommen. Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes verringerte sich die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts im Vorjahrsvergleich, die in den ersten sechs Monaten 2000 mit arbeitstäglich gut 3 ½ % kräftiger als jemals zuvor in den neunziger Jahren gewesen war, auf zuletzt lediglich noch ½ %. Saisonbereinigt betrachtet war das Leistungsvolumen in der gesamten Wirtschaft im Mittel der Monate April bis Mai nicht mehr höher als im vorangegangenen Quartal. Der Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, der im vergangenen Jahr beachtlich zugenommen hatte, verringerte sich deutlich und dürfte wieder weitgehend dem längerfristigen Normalmaß entsprochen haben.

Insgesamt befindet sich die Konjunktur gegenwärtig aber eher in einer Stockungsphase als bereits auf dem Weg in eine Rezession. Eine Rezession ist nach unserer Auffassung erst dann gegeben, wenn die wirtschaftlichen Aktivitäten auf breiter Front längere Zeit abwärts gerichtet sind und die Nutzung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten deutlich unter das durchschnittliche normale Maß absinkt. Diese Bedingungen treffen bis heute nicht zu, wengleich die aktuelle Situation als sehr schwierig einzustufen ist. Bei

deren Beurteilung ist auch zu berücksichtigen, dass in Zeiten eines relativ niedrigen Potentialwachstums konjunkturelle Schwächeperioden oder Stockungen leicht zu „Kaum“-Wachstum, Stagnation oder leichten Produktionsrückgängen führen können, ohne dass allerdings schon der Beginn einer Rezession angenommen werden muss.

Im ersten Halbjahr 2001 war die wirtschaftliche Entwicklung dadurch geprägt, dass die laufende Nachfrage weniger durch eine Ausweitung der Produktion als vielmehr durch einen anhaltenden Lagerabbau bedient wurde. Insbesondere die privaten Haushalte haben ihren Konsum ausgeweitet, wobei ihnen die Steuerentlastung zu Hilfe kam. Sie überspielte die zeitweise kräftigen Preissteigerungen. Angesichts der insbesondere von den USA schon seit einiger Zeit ausstrahlenden dämpfenden Effekte auf die internationale Konjunktur und den Welthandel sahen die Unternehmen wenig Veranlassung für eine Ausweitung der Produktion, was auch auf ihre Investitionsneigung ausstrahlte. Dies hinterließ zudem Spuren bei den unternehmensnahen Dienstleistern. Die Bauinvestitionen sind in dem schon langanhaltenden strukturellen Anpassungsprozess nochmals vermindert worden, zeigen aber in jüngerer Zeit eine gewisse Bodenbildung.

Bis vor kurzem war noch für dieses Jahr mit einer Verbesserung der konjunkturellen Lage gerechnet worden. Die Erwartungen richteten sich insbesondere darauf, dass die USA nur eine vorübergehende Eintrübung bis zur Beseitigung mancher Übertreibung im Bereich der New Economy durchzustehen hätten, ehe die alte Stärke und

Dynamik ihrer Wirtschaft erneut die Oberhand gewonne. Im Kielwasser der USA sollte sich dann auch der Welthandel erneut beleben mit stimulierenden Impulsen nicht nur für Europa, sondern auch für Asien und Südamerika.

Mehr und mehr mussten in den letzten Monaten aber Abstriche an diesem Szenario vorgenommen werden. Es wurde immer deutlicher, dass die konjunkturelle Abschwächung in den USA tiefgreifender ist. Insbesondere die Eintrübung am Arbeitsmarkt hat die Stimmung in den privaten Haushalten, die bisher mit ihren Käufen die wirtschaftliche Entwicklung in den USA stützten, merklich verschlechtert. Dies zeichnete sich bereits in den Sommermonaten ab. Hinzu kam dann der Schock durch die Terroranschläge von New York und Washington. Mögen auch die unmittelbaren realwirtschaftlichen Folgen begrenzt sein, das Stimmungsbild haben sie wahrscheinlich stark beeinträchtigt. Es spricht inzwischen vieles dafür, dass mit einer längeren Problemzone zu rechnen ist. Damit wird nicht nur eine konjunkturelle Richtungsänderung noch in diesem Jahr unwahrscheinlich; auch im kommenden Jahr dürfte sich die Lage erst allmählich normalisieren.

Fügt man die deutsche Wirtschaft mit ihrer starken Exportorientierung und der Bedeutung des Industriesektors für die gesamte Konjunktur in dieses Bild ein, so dürfte der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion im laufenden Jahr eher unter als über 1 % liegen. Dabei wird angenommen, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten im zweiten Halbjahr verhalten bleiben. Im nächsten Jahr dürfte sich das Verlaufsmuster der Konjunktur – aus heutiger Sicht

gesehen – wieder ins Positive drehen. Für das Jahresergebnis ist aber gleichwohl nur mit einer eher „mageren“ BIP-Rate zu rechnen. Ob und inwieweit von den Terroranschlägen und den Gegenmaßnahmen zusätzliche Belastungen ausgehen, ist gegenwärtig kaum auszumachen. Aus den bisher vorliegenden Informationen ist kaum ein profundes Urteil abzuleiten.

Eine solche gesamtwirtschaftliche Perspektive bedeutet für den Arbeitsmarkt leider kein gutes Omen. War im Jahr 2000 noch ein Anstieg der Beschäftigung (einschl. der geringfügig Beschäftigten) um rund 1 ½ % oder gut 600 000 Personen zu verzeichnen gewesen, so ging die Zahl der Erwerbstätigen zur Mitte des Jahres 2001 nicht mehr über den Vorjahrsstand hinaus. Seit Ende 2000, dem letzten Beschäftigungshöhepunkt, sind per saldo Arbeitsplätze in geringerem Umfang abgebaut worden. Gleichzeitig hat sich die Arbeitslosigkeit stetig, wenn auch in kleinen Schritten erhöht. Im September, dem letzten Monat, für den Angaben der Arbeitsverwaltung vorliegen, waren saisonbereinigt 3,88 Millionen Personen als arbeitslos gemeldet. Der letzte niedrigste Stand von Ende des vergangenen Jahres wurde um gut 100 000 Betroffene überschritten. Die Arbeitslosenquote erreichte nach internationalen Berechnungsgepflogenheiten knapp 8 %.

Im Dezember 2000 hatte sich die Zahl der bei der Bundesanstalt für Arbeit registrierten Arbeitslosen saisonbereinigt auf 3,775 Millionen belaufen. Das war zwar eine dreiviertel Million weniger als im letzten Höhepunkt der Arbeitslosigkeit im Herbst 1997. Der vorangegangene Tiefstand im Februar 1995, als die Zahl der arbeitslos gemel-

deten Personen saisonbereinigt bis auf 3,515 Millionen gesunken war, wurde aber um rund 250 000 überschritten.

Das heißt aber noch nicht, dass sich aus früheren Zyklen bekannte Muster wiederholt, wonach bei jedem konjunkturellen Tiefpunkt ein höherer Sockel an Arbeitslosigkeit entsteht, der sich zunehmend strukturell verfestigt. Die moderate Tarifpolitik der letzten Jahre hat den Lohnkostendruck entschärft. Flexible Arbeitszeitregelungen auf betrieblicher Ebene bilden ein Puffer in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Zudem haben viele Unternehmen erfahren müssen, dass man gutes Personal, von dem man sich in schlechten Zeiten getrennt hat, bei besserer Geschäftslage nur schwer zurückgewinnen kann.

Das Preisklima in Deutschland hat sich in der letzten Zeit merklich entspannt. Wesentlich hierfür war zum einen die deutliche Preisberuhigung auf den internationalen Energiemärkten, insbesondere bei Öl und Ölerzeugnissen. Rohöl der Marke Brent beispielsweise notierte an den Spotmärkten in den letzten Tagen bei etwas über 20 US-Dollar je Barrel, während Anfang September noch 26 ½ US-Dollar und im Mai sogar reichlich 28 US-Dollar bezahlt werden mussten. Hinzu kam zum anderen, dass die Tierseuchen BSE und MKS weitgehend überwunden wurden und die Preisstörungen aufgrund der schlechten Witterungsbedingungen während der Frühjahrsmonate abflauten. Auch der Wechselkurs des Euro war in dieser Hinsicht in den letzten Monaten hilfreich. Nicht zuletzt deshalb konnten ausländische Güter im August des Jahres erstmals seit zwei Jahren wieder günstiger eingeführt werden als zwölf Mo-

nate zuvor. Die Abgabepreise der Landwirtschaft übertrafen ihr Vorjahrsniveau zuletzt lediglich noch um 2 ¾ % gegenüber fast 9 % im April und Mai. Die Vorjahrsrate der Verbraucherpreise belief sich im September auf 2,1 %, während sie im Mai noch 3,5 % betragen hatte; was den höchsten Stand seit Ende 1993 markierte. Inzwischen konnte die Zone der Preisstabilität, die von der Europäischen Zentralbank mit einer Preissteigerung im Vorjahrsvergleich von weniger als 2 % definiert ist, nahezu wieder erreicht werden. Die Perspektiven, bei der Preisdämpfung weiter voranzukommen, erscheinen günstig. Zu Beginn nächsten Jahres treten zwar neben der nächsten Stufe der Ökosteuererhöhung auch Anhebungen bei der Tabaksteuer und der Versicherungssteuer in Kraft; die marktendogenen Kräfte werden sich aber im weiteren Jahresverlauf positiv auf das Preisklima auswirken.

II

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Erwartungen, dass die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland im nächsten Jahr allmählich wieder nach oben weisen wird, möchte ich nunmehr 3 Thesen zur Finanzpolitik vorstellen.

1. *Die Finanzpolitik in Deutschland ist im laufenden Jahr expansiv ausgerichtet. Es traten umfangreiche Steuererleichterungen in Kraft, die sich auf mehr als 1% des BIP belaufen. Das gesamtstaatliche Defizit wird sich kräftig ausweiten.*

Die öffentlichen Finanzen in Deutschland wurden in den neunziger Jahren stark durch die Belastungen im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung geprägt. Dies zeigt sich insbesondere in einem erheblichen Anstieg der Schuldenquote. Sie wuchs von gut 40% zum Beginn der neunziger Jahre auf 61% in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre an. Beginnend mit dem Jahr 1997 setzte aber eine Konsolidierung und eine Rückführung der staatlichen Defizite ein. Während die Einnahmenquote annähernd konstant blieb, wurde die Ausgabenquote von knapp 51% auf knapp 49% gesenkt. Als Resultat gingen die staatlichen Defizite auf 1,3% des BIP im Jahr 2000 zurück. Die im vergangenen Jahr erzielten hohen einmaligen Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen sind dabei außer Acht gelassen.

Im laufenden Jahr werden sich die staatlichen Defizite aber wieder erheblich ausweiten. Ausschlaggebend hierfür sind die zu Beginn des Jahres in Kraft getretenen umfangreichen Steuererleichterungen, die sich auf mehr als 1% des BIP belaufen. Zwar wird auf der Ebene der Gebietskörperschaften eine tendenziell sparsame Haushaltspolitik betrieben, die auch einen weiteren Personalabbau einschließt. Andererseits wurden aber auch an verschiedenen Stellen einzelne staatliche Leistungen ausgeweitet. Nicht zuletzt im Gesundheitswesen ist ein hoher Ausgabenanstieg festzustellen, der dort im laufenden Jahr zu erheblichen Defiziten führen wird.

Insgesamt gesehen dürfte aus heutiger Perspektive auch ohne neue finanzpolitische Maßnahmen die Defizitquote in Deutschland um rund 1 Prozentpunkt auf über 2% ansteigen. Diese kräftige

Zunahme der staatlichen Defizite scheint mir bei der laufenden Diskussion über zusätzliche staatliche Konjunkturprogramme häufig nicht genügend beachtet zu werden. Eine größere Ausweitung hat es rückblickend – abgesehen von den vereinigungsbedingten Ausnahmejahren 1990 und 1991 – zuletzt Mitte der siebziger Jahre gegeben. Die Finanzpolitik fährt im laufenden Jahr also einen expansiven Kurs. Die Defizite steigen wesentlich stärker, als dies bei einem ausschließlichen Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren der Fall gewesen wäre. Diese fallen im laufenden Jahr nicht sehr hoch aus. So dürften sich die arbeitsmarktbedingten Belastungen im Vergleich zum Vorjahr nicht allzu sehr ausweiten. Zudem vollzieht sich die gesamtwirtschaftliche Abschwächung vor dem Hintergrund einer immer noch recht stabilen Entwicklung der Bruttolohn- und –gehaltssumme, was sich für die öffentlichen Finanzen positiv auswirkt. Schließlich fällt zwar die reale wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr sehr gedämpft aus, angesichts des relativ kräftigen Preisanstiegs gilt dies aber nicht im gleichen Maße für die nominalen gesamtwirtschaftlichen Größen, die letztlich die Basis für den großen Teil der staatlichen Einnahmen bilden.

Sollte nun die Finanzpolitik in Deutschland auf die sich zur Zeit abzeichnenden gesamtwirtschaftlichen Probleme mit zusätzlichen kreditfinanzierten staatlichen Maßnahmen reagieren? Ich halte dies nicht für richtig. Es wäre zu befürchten, dass diese eher kontraproduktiv wirken. Und damit komme ich zu meiner zweiten und dritten These:

2. Eine aktive finanzpolitische Konjunktursteuerung über die automatischen Stabilisatoren hinaus erscheint in Deutschland aus grundsätzlichen Erwägungen nur wenig erfolgversprechend.

So hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass eine aktive staatliche Konjunkturpolitik in Deutschland nicht die gewünschten Ergebnisse mit sich gebracht hat. Insbesondere die Zeitverzögerung zwischen dem Erkennen eines konjunkturellen Problems und der Wirkung einer daraufhin zu beschließenden finanzpolitischen Maßnahme macht ihre zeitliche Festlegung außerordentlich schwierig.

Würde beispielsweise eine expansive finanzpolitische Maßnahme zum jetzigen Zeitraum für sinnvoll erachtet, würde bis zu deren Wirksamkeit doch erhebliche Zeit vergehen: Steuerliche Maßnahmen müssten in der Regel den parlamentarischen Beratungsprozess durchlaufen und administrativ vollzogen werden. Sie müssten zudem beim Steuerzahler fühlbar werden und vor allem auch eine Veränderung des wirtschaftlichen Verhaltens bewirken. Für sinnvoll erachtete Ausgabenausweitungen müssten auch tatsächlich erst umgesetzt werden. Eine „spontane“ Aufstockung beispielsweise von Investitionsausgaben würde zumeist planerische Vorarbeiten, ein Ausschreibungsverfahren und zudem eine enge Kooperation mit den nachgeordneten Gebietskörperschaften erforderlich machen. Der ausgeprägte Föderalismus in Deutschland, der einen großen Teil der staatlichen Aus- und Aufgaben den dezentralen Ebenen zuweist, erschwert darüber hinaus eine zielgenaue staatliche Konjunkturpolitik. Wenn davon ausgegangen wird, dass sich die konjunkturelle Lage im Verlauf des nächsten Jahres tatsächlich wieder

stabilisiert, kämen die Wirkungen der heute initiierten finanzpolitischen Maßnahmen somit wahrscheinlich zu spät.

Die großen Probleme, die mit der Diagnose und Prognose der konjunkturellen Entwicklung verbunden sind, lassen sich exemplarisch an der Entwicklung im laufenden Jahr vor Augen führen. Die umfangreichen Steuersenkungen zu Beginn dieses Jahres wurden zu einem Zeitpunkt beschlossen, zu dem sich die wirtschaftlichen Aussichten als eher „rosig“ darstellten. Aus konjunktureller Sicht wurde die Steuerreform damals deshalb mitunter auch als prozyklisch kritisiert. Im laufenden Jahr trübte sich die gesamtwirtschaftliche Lage dann aber erheblich ein. Nunmehr erweist sich der expansive finanzpolitische Impuls gar als antizyklisch. So kann man sogar sagen: Die Steuererleichterungen im laufenden Jahr sind aus konjunktureller Sicht perfekt „getimt“ - allerdings vollkommen unbeabsichtigt.

3. Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt ist von zentraler Bedeutung für das Vertrauen in die Geld- und Finanzpolitik in der Euro-Zone und somit auch für die künftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Der Abbau struktureller Defizite ist elementarer Bestandteil des Paktes und darf nicht zum „beweglichen Ziel“ werden.

Bei der Beurteilung der finanzpolitischen Optionen dürfen die europäischen Verpflichtungen keinesfalls aus den Augen verloren werden. Und dies nicht, weil diese Regelungen um ihrer selbst Willen eingehalten werden müssen. Der Maastricht-Vertrag und der

diesen konkretisierende und ergänzende Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt sind aus meiner Sicht eine zentrale Voraussetzung für den Erfolg der europäischen Währungsunion. Insbesondere aus Deutschland wurde nachdrücklich ein Regelwerk gefordert, das für finanzpolitische Solidität in den Mitgliedstaaten sorgt. Dies geschah aus der Überzeugung, dass ein Konflikt zwischen der weiterhin dezentral betriebenen Finanzpolitik und der vergemeinschafteten Geldpolitik vermieden werden sollte. Ungesunde Staatsfinanzen in einzelnen Ländern können negative „Übertragungseffekte“ auf die gesamte Währungsunion haben. Das Vertrauen in die gemeinsame Währung, das monetäre Umfeld und die künftigen gesamtwirtschaftlichen Perspektiven könnten beeinträchtigt werden. Glaubwürdige finanzpolitische Regeln stellen wichtige Rahmenbedingungen für langfristig solide Staatsfinanzen da. Sie schaffen Sicherheit im Hinblick auf die zukünftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung und sind somit Grundlage eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums.

Finanzpolitische Regeln, die die Kreditaufnahme begrenzen, sind aus meiner Sicht insbesondere deswegen von großer Bedeutung, weil im politischen Alltag die Möglichkeit von „Stimmengewinnen“ aufgrund ausgabenerhöhender oder steuersenkender Maßnahmen häufig höher eingeschätzt wird als von „Stimmenverlusten“ aufgrund einer Ausweitung der Verschuldung. Dies gilt natürlich insbesondere dann, wenn die negativen Wirkungen der Defizitausweitung zum Teil von anderen Mitgliedstaaten der Währungsunion getragen werden. Für mich spielt die Glaubwürdigkeit von finanzpolitischen Regeln eine ganz entscheidende Rolle. So gewährleistete der Maastricht-

Vertrag und die in diesem enthaltenen Bedingungen für den Eintritt in die Währungsunion eine vorher kaum für möglich gehaltenen Konsolidierung in der Europäischen Union in der Mitte der neunziger Jahre.

Der institutionelle Rahmen des Maastricht-Vertrages und des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts stellen – entgegen den häufig vorgebrachten Behauptungen – keinesfalls ein starres und unflexibles Regelwerk dar. Im Gegenteil. Dem gesamtwirtschaftlichen Umfeld wird ausdrücklich Rechnung getragen. Ein annähernd ausgeglichener Haushalt oder Überschüsse sind nicht jederzeit, sondern über den Konjunkturzyklus hinweg aufzuweisen. Der Pakt steht somit der stabilisierenden Wirkung des Staates nicht entgegen, sondern ermöglicht explizit das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren, wenn eine solche solide Grundposition erreicht ist.

Nachdem der Stabilitätspakt vor vier Jahren verabschiedet wurde, haben viele Länder zwischenzeitlich eine zumindest annähernd ausgeglichene Haushaltsposition erreicht. Sie können die konjunkturelle Eintrübung im laufenden Jahr auf die Haushalte durchwirken lassen. Leider sind gerade die größeren Länder – auch Deutschland – noch erheblich von einem strukturellen Haushaltungsausgleich entfernt. In ihren letztjährigen Stabilitätsprogrammen haben diese Länder den vorgesehenen Konsolidierungspfad beschrieben und das Erreichen dieses Ziels für die Jahre 2003 beziehungsweise 2004 angekündigt. Aus der Beurteilung der Stabilitätsprogramme durch die europäischen Gremien und auch aus den im Sommer verab-

schiedeten „Wirtschaftspolitischen Leitlinien“ geht – aus meiner Sicht zu Recht – hervor, dass von Ländern, die noch keinen strukturell annähernd ausgeglichenen Haushalt aufweisen, grundsätzlich größere Anstrengungen zu erwarten sind als von Ländern, die dieses Ziel bereits erreicht haben.

Gleichwohl lässt es die stärker als erwartete gesamtwirtschaftliche Abschwächung im laufenden Jahr angezeigt erscheinen, die daraus resultierenden Haushaltsbelastungen nicht unterjährig durch kurzfristig ergriffene zusätzliche Einsparungen zu kompensieren. Zusätzliche kreditfinanzierte Maßnahmen sollten jedoch nicht beschlossen werden, weil dann der in Aussicht gestellte Haushaltausgleich aus den Augen verloren wird. Deutschland hat im laufenden Jahr mit den umfangreichen Steuersenkungen und der damit verbundenen deutlichen Defizitausweitung einen Vertrauensvorschuss im Hinblick auf die Rückführung der Defizite in Anspruch genommen, die nicht ohne merkliche Konsolidierungsmaßnahmen zu erreichen ist. Bei einem zeitlichen Verschieben der Ziele könnte der Eindruck eines beweglichen Ziels entstehen. Die Glaubwürdigkeit der Regelbindung des Paktes könnte beschädigt werden, was wiederum nachteilige gesamtwirtschaftliche Rückwirkungen haben dürfte.

Die mittelfristige Rückführung der bestehenden staatlichen Defizite entlastet über eine niedrigere Zinsbelastung künftige Haushalte und Steuerzahler. Sie ermöglicht dabei insbesondere auch, die absehbaren Belastungen der öffentlichen Haushalte, die aus der demografischen Entwicklung resultieren, leichter zu verkraften. Auf der

Einnahmenseite wird zu Recht das finanzpolitische Ziel verfolgt, die noch hohe Abgabenquote weiter zurückzuführen. Insbesondere im Jahr 2005 werden zusätzliche umfangreiche Steuersenkungen in Kraft treten. Das Schwergewicht der notwendigen Konsolidierung muss damit auf der Ausgabenseite liegen. Dabei wird es erforderlich sein, die Staatstätigkeit in allen Teilbereichen auf Effizienzreserven zu überprüfen und letztlich auch Leistungen sukzessive zurückzuführen. Bei alldem könnte es hilfreich sein, wenn der Bund und auch die Länder den angestrebten strukturellen Haushaltsausgleich im Haushaltsrecht als Zielvorgabe verankern würden. Dies könnte die Glaubwürdigkeit der Konsolidierungsziele erheblich erhöhen.

* * *

Sendesperrfrist:
22. Oktober 2001, 18:30 Uhr MESZ

Deutsche Bundesbank

Ernst Welteke

Präsident

der Deutschen Bundesbank

**Europäische Geldpolitik
und der Wirtschaftsstandort Deutschland**

Rede vor dem Marketing-Club Leipzig

in Leipzig

am 22. Oktober 2001

Meine Damen und Herren!

Die weltpolitischen Entwicklungen ziehen unsere Aufmerksamkeit auf sich. Die Terroranschläge in den USA, der Kampf gegen den Terrorismus und die möglichen wirtschaftlichen Folgen stehen im Zentrum des Interesses. Die erste Frage lautet: Wie wird es mit der Weltwirtschaft weitergehen? Die Einschätzung der Wirtschaftslage ist heute eine Rechnung mit einer noch größeren Zahl von Unbekannten als in politisch ruhigen Zeiten.

Bei den Auswirkungen der Anschläge muss man zwischen den direkten und den indirekten Folgen unterscheiden. Im Gegensatz zur menschlichen Tragödie sind die materiellen und wirtschaftlichen Auswirkungen relativ gering. Vergleichbare Ereignisse, wie das Erdbeben im japanischen Kobe, lassen vermuten, dass die direkten Auswirkungen nur zu einem vorübergehenden Rückgang des Wirtschaftswachstums führen. Einige Branchen — Luftfahrt, Versicherungen, Tourismus — sind freilich schwer betroffen.

Die *indirekten* Auswirkungen sind schwerer abzuschätzen. Sie hängen vor allem von psychologischen Faktoren ab. Der deutliche Rückgang des Ifo-Geschäftsklima-Indexes im September ist Ausdruck der schlechten Stimmung. Unter dem unmittelbaren Eindruck der gewalttamen Aktionen dürfte die Stimmung indessen stärker leiden als die tatsächliche Lage.

Auf mittlere Sicht gibt es jedoch Anlass für vorsichtigen Optimismus. Die stabilitätsorientierte Geld- und Finanzpolitik der letzten Jahre erleichtert die Krisenbewältigung. Sie zeigt sich weltweit in vergleichsweise niedrigen Inflationsraten sowie in reduzierten Finanzierungssalden der öffentlichen Hand.

Die amerikanische Volkswirtschaft zeichnet sich durch eine hohe Anpassungsfähigkeit und strukturelle Dynamik aus. Zudem wird die trendmäßige Wirtschaftsentwicklung von den neuen Technologien begünstigt. Dies gilt auch für Europa. Daran ändert auch nichts, dass manche übertriebenen Erwartungen enttäuscht wurden. Aber der zunehmende Einsatz der

Informations- und Kommunikationstechnologie wird weitere Produktivitätsgewinne zeitigen. Eine konjunkturelle Delle verringert nicht das Trendwachstum des Potenzials.

II

Nach den Terroranschlägen haben die wichtigen Zentralbanken der Welt die Finanzmärkte großzügig mit Liquidität versorgt. Zur Wiederaufnahme des Aktienhandels senkten das Federal Reserve System in Amerika und das Eurosystem die Leitzinsen um einen halben Prozentpunkt. Andere Zentralbanken schlossen sich an. Die Ausnahmesituation verlangte außergewöhnliche Maßnahmen. Dies war ein klares Signal für die Handelnden in der Wirtschaft und auf den Finanzmärkten. Nun kehrt Europa zur geldpolitischen Normalität zurück.

Schon vor dem 11. September war die Lage in den USA und Europa von schwächerem Wachstum geprägt. Jetzt kommt noch eine spontane Zurückhaltung der Konsumenten und Unternehmen dazu. Die belastenden Wirkungen der amerikanischen Konjunktur auf die europäischen Märkte sind überdies stärker als noch im Frühjahr erwartet. Der internationale Konjunkturzusammenhang wird heute durch intensivere Kapitalverknüpfungen immer enger. Wachsende wechselseitige Direktinvestitionen machen sich im Konjunkturzyklus bemerkbar.

Nicht zuletzt deshalb hat sich das Wirtschaftswachstum im Euroraum in diesem Jahr verlangsamt. Die Wirtschaftsleistungen konnten im ersten Quartal gegenüber den drei Monaten davor nur um $\frac{1}{2}$ Prozent zulegen. Im zweiten Quartal kam das Wachstum fast zum Stillstand. Die für das dritte Quartal erwartete Beschleunigung dürfte weiter auf sich warten lassen.

In Deutschland ist für das Gesamtjahr 2001 mit weniger als einem Prozent zu rechnen. Auch bei einer Verdoppelung der Rate im kommenden Jahr bliebe das Wachstum „kraftlos“. Das deutsche Wachstum liegt außerdem unter dem in der Währungsunion, das der IWF für dieses Jahr auf 1,8 % schätzt.

Dagegen bessert sich das Preisklima. Die Verbraucherpreise im Euroraum waren im September um 2,5 Prozent [August 2,8 Prozent] höher als im Vorjahr. Damit hält der Abwärtstrend der Preissteigerungsrate seit Mai dieses Jahres an. Im kommenden Jahr dürfte sie wieder unter zwei Prozent sinken, auch wenn die Steuererhöhungen für Tabak und Versicherungen in Deutschland zu Buche schlagen werden.

In Deutschland lag die Preissteigerung im September mit 2,1 Prozent fast wieder auf Stabilitätsniveau. Damit wurde der niedrigste Wert in diesem Jahr erreicht.

In dieser Situation ist es besonders wichtig, die Lage realistisch zu beurteilen und die politischen Instrumente besonnen einzusetzen. Aktionismus und Übereifer sind ebenso verständlich wie schädlich. Das gilt auch für die Finanzpolitik. Das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren, also die Hinnahme konjunkturbedingt höherer Haushaltsdefizite, ist in der gegenwärtigen Situation angemessen. Darüber hinausgehende Konjunkturprogramme würden aber die Konsolidierung erheblich gefährden. Zudem ist weder der Zeitpunkt ihrer Wirkung auf die Konjunktur präzise bestimmbar noch der Zustand der Konjunktur zu diesem Zeitpunkt.

Handlungsbedarf besteht nach wie vor auf dem Gebiet struktureller Reformen. Strukturelle Reformen auf Güter- und Arbeitsmärkten sollten das Ziel haben, die Flexibilität und Anpassungsgeschwindigkeit zu erhöhen. Unsere Wirtschaft könnte dann nicht nur eine Krise schneller überwinden, sondern das Wachstumspotenzial würde generell erhöht. Höhere Flexibilität auf den Arbeitsmärkten senkte darüber hinaus die Beschäftigungsschwelle des Wachstums. Das heißt, die Beschäftigung würde schon bei geringerem Wirtschaftswachstum zunehmen.

III

Meine Damen und Herren,

die Einführung des Euro war die wohl wichtigste Veränderung für den Wirtschaftsstandort Deutschland in den letzten Jahren. Die gemeinsame europäische Währung sorgt für mehr Transparenz und mehr Wettbewerb, für geringere Kosten und für mehr Planungssicherheit. Der Euro fördert das wirtschaftliche Zusammenwachsen in Europa.

Lassen Sie mich exemplarisch zwei Entwicklungen herausgreifen, für die der Euro eine Katalysatorfunktion hat. Ich meine den Komplex Privatisierung/Liberalisierung und die stürmische Entwicklung der Direktinvestitionen. Beide Entwicklungen verändern den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Allein im letzten Jahrzehnt wurden weltweit staatliche Unternehmen im Wert von fast einer Billion US-Dollar privatisiert. In den Staaten der Europäischen Währungsunion hat Mitte der neunziger Jahre ein Schub eingesetzt. Die Bemühungen, die Maastricht-Kriterien zu erfüllen, spielten dabei eine wichtige Rolle. Im letzten Jahr entfiel fast die Hälfte der weltweiten Privatisierungserlöse auf die Europäische Union. Europas Wachstumsdynamik wird dadurch mittel- und langfristig erheblich gewinnen.

Weitere Privatisierungen stehen an und werden Zug um Zug abgearbeitet. Neben dem öffentlichen Bankenwesen geht es um die Ver- und Entsorgerbranchen Gas, Elektrizität, Wasser, Abwasser und Müll sowie um die Postdienste und den schienengebundenen Verkehr.

Die gemeinsame Währung Europas hat zugleich die Zunahme der Direktinvestitionsströme begünstigt. 1999 betrugen die Direktinvestitionen weltweit mit 888 Mrd. Euro das Zweieinhalbfache des Stromes noch von 1995. Weltweit entfällt auf die Direktinvestitionsströme zwischen den Mitgliedstaaten der EU mit 25 Prozent der größte Anteil aller Wirtschaftsräume.

Innerhalb der EU nahmen die Direktinvestitionen seit dem Start der Europäischen Währungsunion 1999 sehr kräftig zu. Im Jahr 2000 stiegen sie gegenüber 1999 um fast 50 Prozent.

Lassen Sie mich das Schlaglicht nun auf zwei Branchen richten, die für Deutschland zukunftsweisend sein könnten. Die eine Branche ist die der Finanz- und Unternehmensdienstleister und die andere ist die Informations- und Kommunikationstechnologie.

Die Branche der Finanz- und Unternehmensdienstleister hat schon von der Aussicht auf die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung kräftig profitiert. Eine Studie der Europäischen Kommission bestätigt das: im Zeitraum 1995 bis 1998 haben die Finanz- und Unternehmensdienstleister in den elf Gründungs ländern der Währungsunion 43 Prozent zum Wirtschaftswachstum [von durchschnittlich 2,3 Prozent pro Jahr] beigetragen. In sieben der elf Staaten kam der höchste Wachstumsbeitrag von dieser Seite. In Deutschland lag er mit 71 Prozent am höchsten.

In diesem Wirtschaftszweig ist Deutschland auch Spitzenreiter in der Produktivität. Jeder Beschäftigte erwirtschaftet im Durchschnitt 120.000 Euro [Zahlen von 1998]. Damit ist die Produktivität dieser Branche in Deutschland sogar höher als am Finanzplatz Luxemburg und liegt ein Drittel über dem Durchschnitt der Währungsunion.

Diese positive Entwicklung im Vorfeld der Währungsunion spiegelt sich in den Daten zur Beschäftigung wider. Im Zeitraum zwischen 1995 und 1998 sank die Beschäftigung in Deutschland insgesamt um zwei Prozent. Bei den Finanz- und Unternehmensdienstleistungen nahm sie hingegen um neun Prozent zu. Mittlerweile arbeitet jeder achte Beschäftigte in diesem Sektor.

Nach Beginn der Währungsunion setzte sich der schnelle Beschäftigungsaufbau bei den Finanz- und Unternehmensdienstleistungen erwartungsgemäß fort. Im Euroraum stieg die Beschäftigung in dieser Branche dreimal so schnell wie in der Gesamtwirtschaft.

Innerhalb dieses Sektors stehen in den nächsten Jahren unter anderem durch den neuen Basler Akkord für die Banken starke Veränderungen an. Der Basler Akkord ist eine internationale Übereinkunft, die regelt, wieviel Eigenkapital Kreditinstitute zur Unterlegung ihrer Kredite bereithalten müssen. Die derzeitige Regelung der Eigenkapitalunterlegung schert alle Kreditnehmer über einen Kamm. Ihre Kredite müssen vollständig mit acht Prozent Eigenkapital unterlegt werden. Kreditnehmer mit guter Bonität zahlen daher den gleichen Zinssatz wie solche mit zweifelhafter Bonität. Das kommt einer Umverteilung zu Lasten der Soliden und Tüchtigen gleich.

Mit der neuen Basler Eigenkapitalvereinbarung soll primär die Verzerrung der Kapitalallokation beseitigt werden. Für einige Kreditnehmer werden Finanzierungen günstiger, für andere teurer. In der Summe aber soll die Finanzierung nicht teurer werden. Die Bundesbank achtet darauf, dass die deutschen Unternehmen keine Nachteile erleiden.

Dabei geht es primär um zwei Aspekte:

- Erstens Das deutsche Finanzierungssystem baut stärker als andere auf langfristigen Krediten auf. Aus meiner Sicht wäre eine stärkere Langfristorientierung ein positiver Beitrag zur Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte. Die deutlich höhere Unterlegung von Langfristkrediten kann daher nicht akzeptiert werden.
- Zweitens Die deutsche Wirtschaft ist wie wenige andere mittelständisch geprägt. Basel II darf nicht zu einer Benachteiligung der kleinen und mittleren Unternehmen führen. Unsere Verhandlungspartner verstehen und akzeptieren diese Position. Die konkrete Umsetzung jedoch ist noch umstritten.

Die Wirkung des neuen Basler Akkords auf die Realwirtschaft ist vor allem die Beschleunigung des strukturellen Wandels der Wirtschaft durch eine verbesserte Kapitalallokation. Das begünstigt tüchtige Klein- und Mittelständische Unternehmen. Darin liegt die Chance gerade für die deutsche Wirtschaft.

Lassen Sie mich als zweite Branche die Informations- und Kommunikationstechnologie (IT-Technologie) am Wirtschaftsstandort Deutschland beleuchten. Die Unternehmen dieses Zweiges gelten ja als die Bannerträger des technischen Fortschritts schlechthin. In Europa entfielen nach Angaben der Europäischen Kommission gut vier Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung auf diese Branche. Am höchsten sind die Anteile der IT-Branche in Irland mit über sieben und in Finnland mit fast sechs Prozent. Zusammen mit Spanien und Italien liegt Deutschland mit knapp vier Prozent am Ende der Tabelle.

Die Informations- und Kommunikationsbranche wuchs im Euroraum zwischen 1995 und 1999 jährlich um nahezu acht Prozent, in den USA übrigens um fast 13 Prozent. Deutschland gehört mit fünf Prozent zu den Schlusslichtern.

Doch Schatten und Licht wechseln sich ab. In der Forschung und Entwicklung sieht es schon wieder besser aus. In diesem Bereich sind wir im Euroraum nämlich führend. Mit einem Anteil von 2,3 Prozent an der jährlichen Wirtschaftsleistung liegt Deutschland hinter Finnland (2,9 Prozent) an der Spitze bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Allerdings sinkt diese Quote in Deutschland seit zehn Jahren, während sie in Finnland in diesem Zeitraum deutlich angestiegen ist. Der Durchschnitt im Euroraum beträgt heute 1,8 Prozent des BIP.

Die führende Stellung Deutschlands in Forschung und Entwicklung spiegelt sich in der Zahl der Patentanträge wider. Deutsche stellten 1999 rund doppelt so viele Patentanträge pro Million Einwohner wie der europäische Durchschnitt. Nur Luxemburg und die Niederlande stellten mehr Patentanträge.

Welche Schlüsse können wir aus diesen Facetten des Wirtschaftsstandortes Deutschland ziehen?

Deutschland hat seine Stärken, ich habe den Sektor Finanz- und Unternehmensdienstleistungen genannt und die starke Position im Bereich Forschung und Entwicklung. Eine Schwäche Deutschlands liegt in der im Vergleich zu den wettbewerbsstarken Volkswirtschaften — wie Finnland — geringeren Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologie.

IV

Meine Damen und Herren,
der Übergang zu einer gemeinsamen Währung in Europa war in den letzten Jahren die einschneidendste Veränderung für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Für den langfristigen Erfolg der Europäischen Währungsunion müssen sich die Akteure in allen Politikbereichen stabilitätsgerecht verhalten. Das ist mit dem Begriff „Stabilitätskultur“ gemeint. Sie wird mittlerweile nicht nur von der deutschen Bevölkerung erwartet.

In der Tat ist die Stabilitätsorientierung gewachsen. Die Finanzpolitik hat sich mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt zu einer stabilitätsfreundlichen Haushaltsführung verpflichtet. Die Tarifparteien unterstützen den Stabilitätskurs mit (im Allgemeinen) produktivitätsgerechten Tarifvereinbarungen.

Dies ist ein Grund für den Stabilitätserfolg des Eurosystems. Es hat in seiner jungen Geschichte bereits erhebliche Belastungsproben in Form von externen Schocks gut bestanden. Das gilt für die Asienkrise 1998/99, den dritten Ölpreisschock im Frühjahr 1999, die einschneidenden Tierseuchen seit Ende 2000 und zuletzt die Terroranschläge.

Die Wirkungen dieser Schocks traten zum Teil zeitgleich auf. Dennoch gab es im Euroraum ein hohes Niveau an Geldwertstabilität, sichere Finanzsysteme und praktisch keine spürbaren Verwerfungen auf den Märkten (etwa steigende Spreads der Renditen verschiedener Staatsanleihen). Das beweist die stabilisierende Kraft der gemeinsamen Geldpolitik.

Stabiles Geld und hohes Vertrauen der Märkte in die Stabilitätsorientierung der Zentralbanken reduzieren auch in Krisen den Anstieg der Preise und der Inflationserwartungen. Der größere Währungsraum federt wie ein Netz die Wirkungen von externen Schocks auf die einzelnen Staaten ab. Die stabilisierende Kraft der gemeinsamen Währung wirkt auch nach außen. Mit dem Euro gewinnt Europa nicht nur an Bedeutung, es kommt ihm auch eine größere Verantwortung in der Welt zu.

V

Dieser größeren Verantwortung muss sich unsere Gemeinschaft stellen. Die Wertegemeinschaft der westlichen Welt gilt es nicht nur in Sonntagsreden zu betonen. Sie muss gelebt werden.

Die Anschläge vom 11. September und die seither andauernde Debatte um die mittel- und langfristigen Folgen bestätigen für mich eines sehr deutlich: Isolationismus ist für die führenden Staaten unserer Welt nicht möglich. Mehr als 5.000 Todesopfer aus über 80 Nationen belegen die globale Dimension jenes Verbrechens. Dies erfordert eine globale Antwort. Die klassische Trennung zwischen Außen- und Innenpolitik wird durch solche Ereignisse aufgehoben.

Als Volkswirt und Notenbanker rede ich dabei nicht so sehr von der militärischen Verantwortung oder Fragen der Weltinnenpolitik. Ich rede vielmehr von Fragen der weltwirtschaftlichen Ordnung, für welche Europa als größter zusammenhängender Wirtschaftsraum eine besondere Verantwortung trägt. Auch im Weltfinanzsystem kommt Europa mit der zweitwichtigsten Währung weltweit eine verantwortungsvolle Rolle zu.

Der Zusammenhang zwischen den Anschlägen und Wirtschaftsordnungsfragen muss nicht erst konstruiert werden. Zwar mag die zeitliche Koinzidenz von Anschlägen und dem Bedeutungsanstieg der sogenannten „Anti-Globalisierungs-Koalition“ zufällig sein. In der Erörterung der Konsequenzen müssen wir aber auf beides eine Antwort haben. Ich finde, dass die Debatte um Fragen der Weltwirtschaftsordnung jetzt offensiv geführt werden muss. In der Akzeptanz dieser Ordnung und in wirtschaftlichen Perspektiven für weniger entwickelte Länder liegt ein Schlüssel für das langfristige Austrocknen des Terrorismus.

Europa könnte moderierend auftreten und zu einem Interessenausgleich beitragen. Ein aktives und starkes Europa stabilisiert das Mächtegleichgewicht, in dem die einzige verbliebene Supermacht USA Bewunderung und Mißgunst zugleich hervorruft. Bei einem Interessenausgleich geht es jedoch nicht um Umverteilung, sondern um Chancengleichheit.

In vergangenen Jahrhunderten haben große Mächte in ihrem Herrschaftsbereich in der Regel keine freien Austauschverhältnisse zugelassen. Sie bestanden vielmehr auf Tribut und auf festen Tauschverhältnissen für ihre Güter. Ökonomisch gesprochen: Sie nutzten ihre militärische und politische Macht, um die Terms-of-Trade zu ihren Gunsten zu verändern.

Die attraktivste Eigenschaft unseres modernen Weltwirtschaftssystems liegt in der Effizienz und Fairness freier Preise. Freier Welthandel bewirkt nicht nur erhebliche Wohlfahrtsgewinne für alle Handelnden, er ist zugleich das faireste System in einer dynamischen Welt. Alle Teilnehmer, egal ob reich oder arm, ob industrialisiert oder wenig entwickelt, ob Rohstoffexporteur oder Technologiestandort, ob demokratisch oder diktatorisch, ob Meeresanrainer oder Bergstaat, alle unterliegen den Preisschwankungen des Weltmarktes.

Im Prinzip gibt es kein faireres System in einer sich verändernden Welt. Natürlich kann es einzelne Verlierer geben. Die deutsche Textilbranche beispielsweise ging im letzten Jahrhundert fast zugrunde an der Konkurrenz aus Fernost. Die Marktanteilsgewinne japanischer Autos, südkoreanischer Schiffe und taiwanesischer Speicherchips waren zu ihrer Zeit auch kein Zuckerschlecken für die betreffenden deutschen Branchen. Doch sollten wir deswegen die Preise fixieren und unseren Markt abschotten?

Wie würden wir auf Zölle und Kontingente gegen unsere Exportindustrie reagieren? Die Lösung liegt in weltweit freien Export- und Importmärkten. Das schafft Wettbewerb und Dynamik und der Wohlstand steigt. Die Chancen sind dann für alle gegeben.

Daher muss als Reaktion nun der internationale Handel ausgebaut werden. Die Welthandelsorganisation (WTO) spielt eine wichtige Rolle hierbei. Mitte September wurden die Verhandlungen über Chinas Beitritt zur Welthandelsorganisation zum Abschluss gebracht. Die Ministerkonferenz der WTO wird daher Anfang November in Doha (im Staat Katar) die Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation beschließen.

Das ist der Weg, auf dem die internationale Staatengemeinschaft weitergehen muss und wird. In der derzeitigen Situation wäre es falsch, mit Einschränkungen der Offenheit zu reagieren. Im Gegenteil, jetzt muss die Öffnung der Volkswirtschaften weiter vorangetrieben werden. Eine neue Welthandelsrunde darf nicht noch einmal im Ansatz scheitern.

Studien¹ belegen: Wenn der Offenheitsgrad einer Volkswirtschaft — das Handelsvolumen in Prozent des BIP — um einen Prozentpunkt steigt, dann wächst das Pro-Kopf-Einkommen um zwei Prozentpunkte. Über alle Länder hinweg würde sich dies zu einem Anstieg der weltweiten Wirtschaftsleistung um rund 900 Mrd. Dollar pro Jahr addieren. Das entspricht knapp einem Zehntel der jährlichen Wirtschaftsleistung der USA.

Entwicklungsländer profitieren überproportional stark von Handelsliberalisierungen. Eine vollständige Handelsliberalisierung brächte ihnen Gewinne in Höhe von gut drei Prozent ihrer jährlichen Wirtschaftsleistung oder — beeindruckender — das Dreifache der ihnen jährlich zufließenden Entwicklungshilfe.

Die Friedensdividende nach dem Ende des kalten Krieges wird gerade aufgezehrt. Wir sollten nicht auch noch auf die Globalisierungsdividende verzichten.

In der weltwirtschaftlichen Öffnung liegt auch eine Chance für den arabischen Raum. Machen wir uns nichts vor: Das komplexe Ursachengeflecht für militanten Islamismus enthält spezifische innerarabische Fragen und ökonomische Gründe. Die wirtschaftliche Entwicklung der islamischen Staaten beruht noch immer zu stark auf ihren Rohstoffen. Auf dem ersten Europäisch-Arabischen Bankenkongress in Frankfurt im Sommer dieses Jahres herrschte Einigkeit in dieser Frage. Größere Diversifikation der Wirtschaft des Landes und breitere Produktpalette im internationalen Handel sind Schlüsselherausforderungen für einige arabische Staaten.

Damit verbinden sich neue Einkommenschancen für große Teile der Bevölkerung. Die Integration in die Weltwirtschaft machte diese ausgeglichener und würde den Dialog zwischen westlicher und östlicher Welt fördern.

Die Chancen der Öffnung für die Weltwirtschaft wurden in den vergangenen Jahrzehnten eindrucksvoll von einigen Staaten genutzt. Nach einer Studie der WTO war zum Beispiel Südkorea vor dreißig Jahren so arm wie Ghana. Dank Industrialisierung, hoher Sparquote

¹ Frankel, Jeffrey und David Romer (1999). „Does Trade cause Growth?“ In: American Economic Review 89(3), S. 379 – 399.

und Integration in die Weltwirtschaft hat Südkorea aufgeholt und ist heute so reich wie Portugal.

Solche Aspekte müssen auch in Deutschland immer öfter betont werden. Die zum Teil eskalierten Proteste gegen die sogenannte „Globalisierung“ gehen auch von unserem Land aus. Die Protestler – individuell oder in Nichtregierungsorganisationen – erwecken den irrgen Eindruck, Globalisierung sei Ausbeutung und helfe nur den Reichen. Vielleicht müssten sie nur mal mit Unternehmern in Leipzig sprechen, die versuchen auf dem Weltmarkt Fuß zu fassen. Ich bin sicher, manch einer könnte viele Geschichten erzählen über die harte Konkurrenz gerade aus weniger entwickelten Ländern mit niedrigeren Lohnkosten.

Globalisierung ist kein Nullsummenspiel. Wohlstand wird auch in einer globalisierten Welt zunächst erarbeitet, bevor er verteilt werden kann.

Neben der Welthandelsorganisation könnte sich ein Interessenausgleich auch auf die institutionelle Einbindung beziehen. Der wachsende Anteil der Schwellenländer an der Weltwirtschaft bedingt auch wachsende Verantwortung für die Stabilität des Weltfinanzsystems. Sie müssen daher verstärkt gehört und institutionell integriert werden, damit sie auch politische Verantwortung für die Welt tragen. Die BIZ in Basel, die Zentralbank der Zentralbanken, hat seit einigen Jahren einige Schwellenländer aufgenommen. Gerade den Schwellenländern fällt für die größere Akzeptanz des Weltwirtschaftssystems eine Schlüsselrolle zu.

Dies alles sind nur wenige Facetten einer umfassend verstandenen Reaktion auf die Anschläge vom 11. September. Mittel- bis langfristig kann Terrorismus nur bekämpft werden, indem man ihm den Boden entzieht. Als überzeugter Europäer sehe ich besonders die EU in der Pflicht, hierbei moderierend und konstruktiv mitzuwirken.

VI

Die europäische Integration zu vollenden, kann auch als Teil dieser Strategie gegen den Terrorismus gedeutet werden. In Europa sind wir nämlich dabei, das wirtschaftliche und

finanzielle Netz noch enger zu knüpfen. Wir stehen am Vorabend der Osterweiterung. Der Beitritt von zwölf Ländern aus Mittel- und Osteuropa und dem Mittelmeerraum stellt eine große Herausforderung für Europa und die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion dar.

Voraussetzungen für einen Beitritt sind – neben der Erfüllung politischer Kriterien – eine funktionierende Marktwirtschaft einschließlich der Fähigkeit, den Wettbewerbs- und Marktkräften innerhalb der Gemeinschaft standzuhalten. Die Beitrittsländer müssen nachweisen, dass sie die Pflichten einer Mitgliedschaft auf sich nehmen können. Ein Beitritt darf weder die Gemeinschaft destabilisieren noch zu unannehbaren ökonomischen Verwerfungen in den Beitrittsländern selbst führen.

Von der Aufnahme in die Europäische Union ist die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu unterscheiden. Voraussetzung für einen Beitritt zur Europäischen Währungsunion ist die Erfüllung der nominalen Konvergenzkriterien. Sie bedingt zu einem guten Teil fortgeschrittene reale und strukturelle Konvergenz.

Unterschiedliche Wirtschaftsstruktur, mangelnde makroökonomische Stabilität und differierende Wirtschaftspolitiken deuten auf die Notwendigkeit weiterer Anpassungsanstrengungen in den Beitrittsländern hin.

Bei allen akuten und denkbaren Problemen der Osterweiterung müssen wir die historische Chance dieser Erweiterung immer wieder betonen. Noch nie waren wir so dicht an einem großen einheitlichen europäischen Wirtschaftsraum, der sich auf die freie und demokratische Entscheidung seiner Bürger gründete.

Durch den Beitritt einiger Ost- und Südosteuropäischen Staaten werden die Lücken zwischen Westeuropa und Finnland bzw. Griechenland geschlossen. Auch die Randlage Leipzigs in der EU wird dann Geschichte sein.

Für die neuen Bundesländer eröffnet die geplante Aufnahme ihrer direkten Nachbarn Polen und Tschechien in die EU besondere Chancen. Die wohlstandsfördernde

Verflechtung der regionalen Wirtschaft wird erheblich zunehmen. Der Aufbau Ost wird dadurch neue Schubkraft erfahren.

VII

Meine Damen und Herren,

Standortfaktoren haben entscheidenden Einfluss auf das Wachstumspotenzial einer Volkswirtschaft. Sie bestimmen mit, wie hoch der Wohlstand einer Gesellschaft ist und wie hoch er in Zukunft sein wird. Im internationalen Wettbewerb gibt es keine Garantien für einmal erreichten Besitzstand.

Die Beurteilung der verschiedenen Standortfaktoren fällt für Deutschland durchaus gemischt aus. Wir haben unsere Position in den letzten Jahren zum Beispiel durch die Einkommensteuer- und die Rentenreform verbessert. Aber auch andere Standorte arbeiten mit Erfolg an ihrer Attraktivität. In diesem Wettbewerb gilt es, die eigenen Stärken auszubauen und sich bietende Chancen zu ergreifen. Für Sie in Leipzig ist die Osterweiterung sicher eine der großen Chancen. Sie werden sie zu nützen wissen.

Zu den Stärken des Wirtschaftsstandortes Deutschland gehört die stabilitätsorientierte Geldpolitik des Eurosystems. Es hat den Ölpreisschock gut gemeistert und sich nach den Anschlägen des vergangenen Monats international als verlässlicher Partner erwiesen. Die Geldpolitik bedarf allerdings der Unterstützung durch ebenso stabilitätsorientierte Fiskal- und Lohnpolitiken. Auch Reformen, die den Wandel unserer wirtschaftlichen Strukturen erleichtern, gehören zu einer gelebten Stabilitätskultur.

Stabilität der Währung ist keine hinreichende Bedingung für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Aber ganz gewiss eine notwendige.

* * *

Sendesperrfrist:
24. Oktober 2001, 18:15 Uhr MEZ

Deutsche Bundesbank

Dieter Haferkamp
Mitglied des Direktoriums
der Deutschen Bundesbank

**Der Wandel der nationalen Zentralbanken
in der Europäischen Währungsunion**

Rede im Rahmen
der Würzburger Universitätsreden
zum Wirtschafts- und Währungsrecht
an der Universität Würzburg
am Mittwoch, 24. Oktober 2001, 18:15 Uhr

Ich bedanke mich für die ehrenvolle Einladung zu diesem Vortrag im Rahmen der traditionsreichen Veranstaltung der Würzburger Universitätsreden.

Alles wandelt sich. Wandel heißt Abschied nehmen und Hoffnung in die Zukunft zugleich. Abschied müssen wir zum Ende des Jahres davon nehmen, dass wir durch einen Blick auf den 50 D-Mark-Schein mit dem Portrait Balthasar Neumanns stets auf das Schönste an Würzburg erinnert werden. Aber der neue 50 Euro-Schein, der an die Stelle des D-Mark-Scheines treten wird, symbolisiert zugleich die Hoffnung und richtet sich auf das, wovon unser Thema handelt.

II

Mit dem Eintritt in die dritte Stufe der Europäischen Währungsunion am 1. Januar 1999 haben die teilnehmenden Mitgliedstaaten ihre geld- und währungspolitischen Befugnisse auf die Gemeinschaftsebene übertragen. Die Verantwortung für die einheitliche europäische Geldpolitik trägt seitdem das Europäische System der Zentralbanken (ESZB). Die geldpolitischen Beschlüsse werden vom Rat der Europäischen Zentralbank (EZB-Rat), dem obersten Willensbildungs- und Entscheidungsgremium des ESZB gefasst. Zinsentscheidungen fallen also nicht mehr in einem nationalen, sondern in einem europäischen Gremium.

Nach dem Beitritt Griechenlands gehören der Währungsunion inzwischen 12 Länder an. Die Hoffnungen, die europäisch gesinnte Menschen mit der Währungsunion verbinden, waren und sind groß. Die Währungsunion wird als wichtiger Schritt zur allgemeinen Wohlstandsmehrung und darüber hinaus als Katalysator für die weitere politische Integration Europas mit dem Ziel einer dauerhaften Friedensordnung für Europa angesehen. Der Euro ist mehr als eine Währung: er ist ein Symbol der europäischen Integration.

Als Hoffnungsträger für die Zukunft Europas lastet auf dem System der Europäischen Zentralbanken eine erhebliche politische Verantwortung. Von ihm wird eine erfolgreiche Stabilitätspolitik erwartet. Erfolgreich in dem Sinne, dass die Bürger Europas dauerhaftes Vertrauen in die gemeinsame europäische Währung gewinnen.

III

Für das Funktionieren des Eurosystems und seinen Erfolg ist seine institutionelle Verfasstheit von großer Bedeutung. Sie zu durchschauen ist für den außenstehenden Betrachter nicht einfach. Der Begriff „Europäisches System der Zentralbanken“ ist nicht aus sich heraus verständlich. Eine herkömmliche, einem geläufigen Erscheinungsbild entsprechende Institution wird damit nicht definiert. Einen Zusatz, der auf eine bestimmte Rechtsform verweist, gibt es nicht. Was also ist das System? Wie sind die Regeln ausgestaltet, die das System zusammenhalten und funktionsfähig machen? Welche Rolle spielen in diesem System noch die nationalen Zentralbanken, nachdem die geldpolitischen Entscheidungen von der nationalen auf die supranationale Ebene, nämlich auf den Europäischen Zentralbankrat verlagert worden sind?

1

Europa hat einen langen Vorlauf für die Währungsunion benötigt. Das gilt nicht nur für den ökonomischen, sondern auch für den rechtlichen Weg, der bis zur Gründung der Währungsunion zurückzulegen war.

Ähnlich wie das erste Notenbanksystem der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg, dem System der Bank deutscher Länder, ist das ESZB nicht aus einem zentralstaatlichen Ansatz, sondern aus einem föderalen Ansatz heraus entstanden. Als im Jahre 1988 die sogenannte Delors-Kommission mit den konzeptionellen Vorarbei-

ten für eine Währungsunion beauftragt wurde, konnte es aus geschichtlicher Perspektive nur darum gehen, die in Europa bestehenden Notenbankstrukturen zu einem föderativen europäischen Zentralbanksystem fortzuentwickeln. Jeder Versuch, die nationalen Zentralbanken sogleich zu einem rechtlich einheitlichen Zentralbanksystem zu verschmelzen, wäre zum Scheitern verurteilt gewesen. Der Vorschlag der Delors-Kommission, die Gemeinschaftsverträge zu ergänzen und ein aus den nationalen Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank bestehendes unabhängiges, föderatives europäisches Zentralbanksystem zu gründen, war also geschichtlich folgerichtig.

2

Der Vertrag von Maastricht, der auf der Konzeption des Delors-Berichtes beruht, überträgt die Währungsverantwortung mithin nicht auf eine zentrale europäische Notenbank, sondern auf ein zwischenstaatliches System - das Europäische System der Zentralbanken. Aus der nationalen, verfassungsrechtlichen Perspektive betrachtet, bleibt das hinter der Ermächtigung des Artikel 88 Grundgesetz zurück, die auch eine Übertragung von Aufgaben und Befugnissen auf eine europäische Zentralbank in einer rechtlich einheitlichen Organisationsform gestattet hätte.

Der Begriff „Europäisches System der Zentralbanken“ umschreibt also ein zweistufiges Notenbanksystem mit zwei konstituierenden Elementen, der Europäischen Zentralbank und den nationalen Zentralbanken. Nur die Europäische Zentralbank und die nationalen

Zentralbanken besitzen in diesem System Rechtspersönlichkeit. Das System selbst ist nicht rechtsfähig. Damit wird nicht mehr aber auch nicht weniger festgelegt, als dass die Europäische Zentralbank und die nationalen Zentralbanken gemeinsam die dem ESZB im EG-Vertrag übertragenen Aufgaben erfüllen. Sie tragen insbesondere gemeinsam die Verantwortung für eine europäische Geld- und Währungspolitik, für die Durchführung der Devisengeschäfte im Einklang mit Artikel 111 EG-Vertrag, für die Verwaltung der Währungsreserven der Mitgliedstaaten und für die Förderung des reibungslosen Funktionierens der Zahlungssysteme. Die Europäische Zentralbank und die nationalen Zentralbanken gemeinsam verleihen deshalb dem System Profil und prägen sein Erscheinungsbild.

3

Anfänglich ist bezweifelt worden, ob dieses zweistufige System angesichts seiner föderalen Elemente, die insbesondere in der Zusammensetzung des EZB-Rates mit derzeit 12 Gouverneuren der nationalen Zentralbanken und sechs Direktoriumsmitgliedern ihren Ausdruck finden, arbeitsfähig und insbesondere hinsichtlich der Stabilitätsverpflichtung leistungsfähig sei. Es ist behauptet worden, die Mitgliedstaaten übten über den europäischen Zentralbankrat die „Herrschaft“ über das ESZB aus. Das ESZB sei nichts weiter als ein zwischenstaatlicher Verbund der nationalen Zentralbanken, in dem die EZB als Tochterinstitut der nationalen Zentralbanken als Kapitaleigner der EZB fungiere. Zu einer einheitlichen europäischen Geldpolitik sei das ESZB nicht in der Lage.

Hinter diesen Befürchtungen stand offenbar die Annahme, der Vertrag von Maastricht werde bei den nationalen Zentralbanken keinen Wandel zu europäisch ausgerichteten und verantwortlichen Institutionen auslösen. Bestehen diese Zweifel zu Recht oder führen eine genauere Betrachtung der rechtlichen Grundlagen und der bisher gewonnenen praktischen Erfahrungen zu einem anderen Ergebnis?

Um es vorwegzunehmen, ich meine im Sinne des Letzteren eindeutig ja. Mit Beginn der Währungsunion ist die Geld- und Währungspolitik europäisch geworden. Zweifel an der Europatauglichkeit des ESZB sind unangebracht. Das Gemeinschaftsrecht legt für den EZB-Rat als oberstes Willensbildungs- und Entscheidungsorgan des ESZB das Prinzip „one man, one vote“ fest. Auf Gemeinschaftsebene verkörpert dieses Prinzip die höchste Integrationsstufe. Im Gegensatz zu einer beispielsweise an der ökonomischen Bedeutung der Mitgliedstaaten orientierten Stimmengewichtung werden nationale Bezüge durch dieses Prinzip ausgeblendet. Folgerichtig haben die Entscheidungen des EZB-Rates in den nunmehr fast drei zurückliegenden Jahren, in denen er für die Geldpolitik verantwortlich zeichnet, keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass sich dieses Gremium allein einer europäischen Geldpolitik verpflichtet sieht.

IV

Dieser Wandel hin zu einer europäischen Geld- und Währungspolitik ist im Gemeinschaftsrecht fest verankert. Zwar sind die nationalen Zentralbanken nach wie vor Institutionen des jeweiligen Mitgliedstaates der Währungsunion und unterliegen der Gesetzgebungsbefugnis der nationalen Parlamente. Artikel 109 des EG-Vertrages verpflichtet jedoch alle Mitgliedstaaten, ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften einschließlich der Satzung der jeweiligen Zentralbank mit dem EG-Vertrag und mit der Satzung des ESZB in Einklang zu bringen. Diese Verpflichtung bezieht sich nicht nur auf den Zeitpunkt des Beitritts eines Mitgliedstaates zur Währungsunion. Vielmehr normiert Artikel 109 EG-Vertrag ein fort dauerndes Konvergenzgebot, das von den nationalen Gesetzgebern auch nach einem Beitritt ihres Landes zur Währungsunion zu respektieren ist.

Lassen Sie mich im Folgenden auf die Veränderungen eingehen, die die Übertragung der geld- und währungspolitischen Verantwortung auf das ESZB und die Konvergenzverpflichtung des Artikel 109 EG-Vertrag bei den nationalen Zentralbanken ausgelöst haben. Im Mittelpunkt stehen dabei zwei Themenbereiche:

- Unabhängigkeit der nationalen Zentralbanken und ihre dadurch bedingte Lösung aus dem nationalen Kontext.
- Wirkungsmechanismen innerhalb des ESZB und ihre Auswirkungen auf die Funktionen der nationalen Zentralbanken.

Zum ersten Themenbereich: Unabhängigkeit der nationalen Zentralbanken und ihre Lösung aus dem nationalen Kontext.

Viele von Ihnen, meine Damen und Herren, werden sich noch an die öffentliche Debatte in der letzten Phase der Vorbereitung auf die Währungsunion im Frühjahr des Jahres 1998 erinnern. Sie war beherrscht von der Frage, welche Mitgliedstaaten die geld- und finanzpolitischen Konvergenzkriterien erfüllen würden, die im EG-Vertrag als Voraussetzung für die Einführung der einheitlichen Währung in dem betreffenden Mitgliedsland festgelegt sind.

Gleichzeitig ist ein rechtlicher Anpassungsprozess verlaufen, der weit weniger öffentliche Aufmerksamkeit gefunden hat, jedoch tief in die überkommenen rechtlichen Strukturen der nationalen Notenbanken eingegriffen und ihren Status sowie ihre Einbindung in das Staatsgefüge der Mitgliedstaaten nachhaltig verändert hat.

a

Bei der Überprüfung nach Artikel 109 EG-Vertrag, inwieweit die Rechtsvorschriften der einzelnen Mitgliedstaaten und die Satzungen der nationalen Zentralbanken den rechtlichen Vorgaben des Maastrichter Vertrages entsprachen, lag das Hauptaugenmerk naturgemäß auf den für die Währungsunion und deren Funktionsfähigkeit notwendigen Kernelementen. Hierzu zählt vor allen Dingen die Unabhängigkeit, die nach der Ratio des Maastrichter Vertrages als unabdingbare Voraussetzung dafür anzusehen ist, dass das ESZB

seine vorrangige Aufgabe und Ziel, Preisstabilität zu gewährleisten, erfüllen kann.

Artikel 108 EG-Vertrag definiert den Begriff der Unabhängigkeit außerordentlich umfassend. Er versteht unter Unabhängigkeit nicht nur die vollkommene Freiheit von förmlichen politischen Weisungen in Bezug auf die Geldpolitik und die übrigen dem ESZB nach dem EG-Vertrag übertragenen Aufgaben und Befugnissen. Er untersagt der Gemeinschaft und den Regierungen der Mitgliedstaaten darüber hinaus jeden Versuch, die Mitglieder der Beschlussorgane der EZB oder der nationalen Zentralbanken bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen. Regeln über die Mindestamtsdauer und die Festlegung von enggefassten Entlassungsgründen garantieren zudem eine weitgehende personelle Unabhängigkeit der Mitglieder der Beschlussorgane des ESZB. Neben der institutionellen und personellen Unabhängigkeit gewährt das Gemeinschaftsrecht den Notenbanken zudem finanzielle Unabhängigkeit von den staatlichen Haushalten. Auch hierdurch soll staatlicher Einflussnahme vorgebeugt werden. Über die Verwendung ihrer Erträge aus geldpolitischen Operationen und der Verwaltung der Währungsreserven entscheiden die Zentralbanken deshalb grundsätzlich frei, wahlgleich selbstverständlich unter Beachtung des Sparsamkeitsgebots.

Die Entlassung der Notenbanken in die Unabhängigkeit hat ihren nationalen Status grundlegend verändert. Über die Tatsache hinaus, dass sie nach dem Übergang der geld- und währungspolitischen Verantwortung den Mitgliedstaaten ohnehin nicht mehr für eine nationale Geld- und Währungspolitik zur Verfügung stehen, sind sie,

soweit es um die Erfüllung der im EG-Vertrag festgelegten Aufgaben geht, jedem nationalen Einfluss entzogen. Insbesondere können sie nicht dazu genutzt werden, um unmittelbar und direkt Einfluss auf die europäische Geldpolitik zu nehmen. Geldpolitisch sind die nationalen Zentralbanken nur noch der gemeinsamen europäischen Geldpolitik verpflichtet. Dies ist die neue europäische Dimension, in der sich die nationalen Zentralbanken aller an der Währungsunion teilnehmenden Mitgliedstaaten seit der Errichtung des ESZB befinden.

Es ist unschwer sich vorzustellen, dass die Umsetzung des Unabhängigkeitssgebotes gravierende Änderungen der Notenbankstatute in den Mitgliedsländern ausgelöst hat. Viele Notenbanken waren vor der Währungsunion mehr oder weniger staatlichem Einfluss ausgesetzt. Geldpolitik war bis dato vielfach ein Instrument staatlicher Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Aufhebung der diesbezüglichen nationalen gesetzlichen Regelwerke war ein komplizierter und politisch außerordentlich schwieriger Prozess, der in manchen Ländern das überkommene Verständnis der umfassenden Verantwortung der Regierung für die Politik tiefgreifend verändert hat. Unter der Verantwortung des Europäischen Währungsinstituts (EWI) und der Kommission ist es jedoch gelungen, in allen Mitgliedstaaten das Unabhängigkeitssgebot für die nationalen Zentralbanken rechtzeitig vor der Errichtung des ESZB am 1. Juni 1998, wie im Gemeinschaftsrecht vorgesehen, im nationalen Recht zu verankern. Dieser Prozess ist mit großer Konsequenz betrieben worden und hat manchen Teilnehmerstaat sogar in zeitliche Nöte gebracht. So sind beispielsweise in Frankreich die notwendigen gesetzlichen Änderungen

erst in der letzten April-Woche 1998 verabschiedet worden, also unmittelbar vor der Auswahlentscheidung des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs über die Teilnehmerländer an der Währungsunion am darauffolgenden Mai-Wochenende. Im Übrigen entsprach selbst das Bundesbankgesetz - das sei hier am Rande vermerkt - nicht in jeder Hinsicht den strengen Anforderungen des Artikel 108 EG-Vertrag. Regelungen über das Recht der Bundesregierung, Beschlüsse des Zentralbankrates bis zu zwei Wochen auszusetzen und über die Mindestamtszeit der Organmitglieder mussten aufgehoben bzw. an die Vorschriften des EG-Vertrages angepasst werden.

Das Unabhängigkeitsgebot des Artikel 108 EG-Vertrag hat durch die Aufhebung entgegenstehender Vorschriften in den nationalen Notenbankgesetzen vor der Errichtung des ESZB selbstverständlich keine Erledigung erfahren. Das von der Bundesregierung in diesem Jahr eingeführte Siebente Gesetz zur Änderung des Bundesbankgesetzes zeigt, dass es aktuelle Bedeutung hat. Das dort im Zusammenhang mit den Rechnungslegungsvorschriften vorgesehene Recht des Bundestages, Empfehlungen für die Verbesserung der Effizienz bei der Deutschen Bundesbank geben zu können, ist nach Auffassung der Europäischen Zentralbank und der Bundesbank mit Geist und Wortlaut von Artikel 108 EG-Vertrag nicht vereinbar. Derartigen Empfehlungen des Souveräns würden sich weder die Bank noch deren Präsident letztlich entziehen können. Obwohl sie nicht verbindlich sein sollen, würde also politisch Druck mit dem Ziel der Einflussnahme ausgeübt werden. Insbesondere die Stellung des Präsidenten der Bundesbank als Mitglied des EZB-Rates und des-

sen unabhängige Entscheidungsfindung könnten dadurch tangiert werden. Genau diese Formen der Einflussnahme lässt Artikel 108 EG-Vertrag nicht zu.

Eine wichtige aktuelle Rolle spielt das Thema der Unabhängigkeit der Zentralbanken auch im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung. Die Präsidenten der Notenbanken der Beitrittsländer werden mit dem EU-Beitritt ihres Landes in den Erweiterten Rat der EZB aufgenommen. Der Erweiterte Rat der EZB, dem der Präsident und der Vizepräsident der EZB sowie die Zentralbankpräsidenten aller EU-Mitgliedstaaten angehören, ist das dritte Beschlussorgan des ESZB. Er verfügt über keine geld- und währungspolitischen Kompetenzen. Eine seiner Hauptaufgaben besteht nach Artikel 47 ESZB-Statut darin, zu den Vorarbeiten der Einführung des Euro in den Beitrittsländern beizutragen. Damit die Zentralbanken der Beitrittskandidaten ihre Aufgaben als Mitglieder des Erweiterten EZB-Rates losgelöst vom Druck nationaler Interessen wahrnehmen können, muss nach dem EG-Vertrag ihre Unabhängigkeit mit Aufnahme ihres Landes in die EU gewährleistet sein. Bereits heute führen die EZB und die nationalen Zentralbanken des Eurosystems daher einen intensiven Dialog mit den Notenbanken der Beitrittskandidaten. Mit Blick auf die Unabhängigkeit ist das Ziel dieses Dialogs, frühzeitig auf entsprechende Änderungen in der Zentralbankgesetzgebung hinzuwirken.

b

Ein weiteres Kernprinzip der Vorschriften des EG-Vertrages über die Währungsunion, das ebenso wie die Unabhängigkeit die Loslösung der Zentralbanken der Mitgliedstaaten aus dem nationalen Kontext und ihre unbedingte Verpflichtung auf die Preisstabilität verdeutlicht, betrifft das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Notenbanken. Um zu verhindern, dass eine stabilitätsorientierte Geldpolitik durch unfreiwillige Zentralbankgeldschöpfung verhindert wird, untersagt Artikel 101 EG-Vertrag und die dazu ergangene EG-Verordnung den Notenbanken die aktive Kreditgewährung z. B. durch den direkten Ankauf von Staatsschuldtiteln sowie die passive Kreditgewährung durch Einräumung von Kreditfazilitäten jedweder Art. Ausnahmen sind nur in eng begrenztem Umfang z. B. in Form von Innertageskrediten zulässig. Auch diese Regelung macht die Entnationalisierung der nationalen Notenbanken deutlich. Nur am Rande sei erwähnt, dass die rechtliche Umsetzung des Verbotes auch eine Änderung des Bundesbankgesetzes erforderlich gemacht hat. § 20 Abs. 1 BBankG, der es der Bank früher erlaubte, Bund und Ländern sowie den Sondervermögen des Bundes kurzfristige Kassenkredite bis zu bestimmten Betragsgrenzen einzuräumen, ist dahingehend präzisiert worden, dass die Bank gegenüber diesen Stellen Kontoüberziehungen nur noch im Laufe eines Tages zulassen darf.

2

Wenn man über das Thema des Wandels der nationalen Zentralbanken in der Währungsunion spricht, ist es selbstverständlich nicht

ausreichend, nur auf die großen Leitideen und Kernelemente der Währungsunion - Preisstabilität, Unabhängigkeit, Verbot der Staatsfinanzierung - zu verweisen. Um sich das Ausmaß der Veränderungen vor Augen zu führen, die sich in den nationalen Zentralbanken vollzogen haben, ist es notwendig, auch die im Gemeinschaftsrecht vorgegebenen Wirkungsmechanismen innerhalb des ESZB und ihre Auswirkungen auf die Funktionen der nationalen Zentralbanken zu beleuchten.

Ich komme damit zum zweiten Themenbereich: Die Wirkungsmechanismen innerhalb des ESZB und ihre Auswirkungen auf die Funktionen der nationalen Zentralbanken.

a

In einem zweistufigen Notenbanksystem, wie es das ESZB darstellt, ist eine einheitliche Geldpolitik und eine einheitliche Wahrnehmung der sonstigen dem System obliegenden Aufgaben nur möglich, wenn einerseits Verantwortlichkeiten klar abgegrenzt und andererseits beide Organisationsebenen eng miteinander verzahnt sind.

Das ESZB-Statut sieht deshalb die Konstruktion der zentralen Entscheidungsfindung durch den EZB-Rat und der dezentralen Ausführungsverantwortung durch die nationalen Zentralbanken vor (Artikel 12.1 ESZB-Statut). Die nationalen Zentralbanken werden strikt durch die Erklärung in das System eingebunden, dass sie integraler Bestandteil des ESZB sind (Artikel 14.3 Satz 1 ESZB-Statut). Durch die Bestimmung, dass die Durchführung der Geschäfte, die zu den Aufgaben des ESZB gehören, soweit möglich und sachgerecht

durch die nationalen Zentralbanken (Artikel 12.1 Satz 6 ESZB-Statut) zu erfolgen hat, wird zugleich deutlich gemacht, dass sie notwendiger und unverzichtbarer Teil des Systems sind.

Es liegt auf der Hand, dass die Konstruktion der zentralen Entscheidungsfindung und dezentralen Ausführungsverantwortung besonderer Vorkehrungen bedarf, um die Einheitlichkeit der Erfüllung der Aufgaben des ESZB in allen Teilnehmerländern der Währungsunion zu gewährleisten. Aus diesem Grund ist die EZB mit dem erforderlichen Instrumentarium in Gestalt von Leitlinien und Weisungsrechten gegenüber den nationalen Zentralbanken ausgestattet worden, wobei in der Praxis die Leitlinien des EZB-Rates als alle Notenbanken des Eurosystems gleichermaßen bindenden normativen Befugnisse im Mittelpunkt stehen (Artikel 12.1, 14.3 ESZB-Statut).

Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Finanzmarktstrukturen und Rechtssysteme der Mitgliedstaaten des Euroraumes werden die Leitlinien zu den verschiedenen Aufgabenfeldern des ESZB so gefasst, dass sie den nationalen Zentralbanken die notwendigen Spielräume bei der von ihnen zu verantwortenden nationalen Umsetzung und Anwendung einräumen, ohne jedoch das Erfordernis der Einheitlichkeit der Aufgabenerfüllung aus den Augen zu verlieren. So ist beispielsweise die besonders wichtige Leitlinie zur Durchführung der Geldpolitik in Deutschland im Rahmen einer Anpassung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bundesbank also auf der Basis vertraglicher Regelungen umgesetzt worden, während dies in anderen Ländern der Währungsunion auf der Basis von Verordnungen geschehen ist.

Die Reglungsdichte, mit der die beiden Ebenen des Eurosystems inzwischen verzahnt worden sind, ist beeindruckend. Der EZB-Rat hat in den vergangenen Jahren über 120 Rechtsakte beschlossen, die von der EZB gemeinsam mit den nationalen Zentralbanken erarbeitet und anschließend im nationalen Kontext umgesetzt worden sind. Sie erstrecken sich auf alle dem ESZB übertragenen Aufgaben, also beispielsweise auf den Zahlungsverkehr und die Banknotenproduktion.

Das Gemeinschaftsrecht gibt der EZB auch das Instrumentarium an die Hand, Weisungen und Leitlinien im Ernstfall durchsetzen zu können. Artikel 14.3 ESZB-Statut verpflichtet den EZB-Rat nicht nur dazu, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Einhaltung der Leitlinien und Weisungen durch die nationalen Zentralbanken sicherzustellen. Die EZB kann darüber hinaus sogar den Europäischen Gerichtshof anrufen, wenn sie der Auffassung ist, dass eine nationale Zentralbank ihren Verpflichtungen nicht entsprechend nachkommt (Artikel 35.6 ESZB-Statut)

b

Die vorbeschriebene Ausgestaltung des Wirkungsmechanismus zwischen der EZB und den nationalen Zentralbanken hat Weber in seinem 1998 in den Wertpapiermitteilungen erschienen Beitrag „Das Europäische System der Zentralbanken“ mit Bezug auf das Weisungsrecht der EZB gegenüber nationalen Zentralbanken zu der Bemerkung veranlasst: „Erstmals in der Geschichte in der Europä-

ischen Gemeinschaft wurde einer supranationalen Institution gegenüber mitgliedschaftlichen Institutionen gar ein Weisungsrecht für den konkreten Einzelfall eingeräumt, was die eigentliche Dimension der Verlagerung der Währungshoheit auf die supranationale Ebene und damit die funktional-sachliche „Entmachtung“ der NZB'en der an der EWU teilnehmenden Mitgliedstaaten vor Augen führt“.

Richtig an dieser Bewertung ist sicherlich, dass mit der Übertragung der Verantwortung für die Geld- und Währungspolitik auf das ESZB der europäische Einigungsprozess ein neues Stadium erreicht hat. So vollständig und konsequent wie im Bereich der Geld- und Währungspolitik sind bisher auf keinem Gebiet nationale Politiken vergemeinschaftet worden.

Gleichwohl bedarf das Wort von der funktional-sachlichen „Entmachtung“ der nationalen Zentralbanken einer Relativierung. Es trägt dem Aspekt der fortbestehenden Teilhabe der nationalen Zentralbanken an der „Macht der EZB“ nicht ausreichend Rechnung. Gewiss leben die nationalen Zentralbanken heute in einer neuen, einer europäischen Dimension. Sie sind für die Geldpolitik nicht mehr allein verantwortlich. Stattdessen tragen sie jetzt jedoch Mitverantwortung für die europäische Geldpolitik. Ihre Gouverneure sind die Mitglieder des europäischen Zentralbankrates, also des wichtigsten Gremiums des Systems. Für einige Zentralbanken bedeutet dies gegenüber ihrer früheren Verantwortung sogar eher einen Zuwachs an Macht.

Überdies nehmen die nationalen Zentralbanken in vielfältiger anderer Weise an der Willensbildung innerhalb des ESZB teil. Sie sind in den 13 Ausschüssen und den rund 50 diesen zugeordneten Arbeits- und Projektgruppen vertreten, die zur Vorbereitung der Entscheidungen des EZB-Rates bei der EZB eingerichtet sind und deren Aufgabenspektrum von Fragen der Geldpolitik und ihrer Umsetzung, der internationalen Beziehungen, der umfangreichen Rechtssetzung des EZB-Rates, der Banknotenproduktion und Banknotenausgabe, des Zahlungsverkehrs bis hin zu Fragen der Informationstechnik und der Statistik reicht, um nur einen Ausschnitt zu nennen. Es ist deshalb nicht gerechtfertigt, von einer funktions-sachlichen Entmachtung im Sinne einer vollkommenen Machtlosigkeit der nationalen Notenbanken in der Währungsunion zu sprechen und sie zu reinen Organisationseinheiten mit ausschließlich exekutiven Aufgaben zu degradieren. Die nationalen Zentralbanken bleiben auch in der Währungsunion Institutionen mit wichtigen politischen Aufgaben. Dies gilt nicht zuletzt auch im Hinblick auf die fortbestehenden nationalen Aufgaben, die nicht dem Regelwerk des ESZB unterliegen.

Insoweit sei darauf verwiesen, dass die Bundesregierung in ihrem jüngst vorgelegten Entwurf für ein Gesetz über die integrierte Finanzdienstleistungsaufsicht eine wesentlich stärkere Beteiligung der Bundesbank an der Bankenaufsicht vorsieht.

c

Genauso wichtig ist mir jedoch die Feststellung - und ich hoffe, dies ist aus meinen bisherigen Ausführungen deutlich geworden - dass das Eurosystem inzwischen dank strikter Regelsetzung durch den

EZB-Rat eine hohe innere Integrationsdichte aufweist. Seit Beginn der Währungsunion unterliegt die Mehrzahl der operativen Geschäftsfelder nicht mehr nationalen Regeln. Die bisher unterschiedlichen nationalen Systeme unterliegen einem ständigen Prozess der Angleichung an gemeinsame europäische Standards. Innerhalb eines Zeitraumes von knapp drei Jahren haben sich die nationalen Zentralbanken weitgehend aus ihren nationalem Kontext gelöst und sich zu europäisch ausgerichteten und europäisch bestimmten Institutionen gewandelt. Von einer Europauntauglichkeit des Systems kann also wahrlich keine Rede mehr sein.

Der interne Integrationsprozess des Eurosystems ist freilich genauso wenig abgeschlossen wie die notwendigen Anpassungsprozesse der Strukturen der Notenbanken im Euroraum. Das wird besonders am Beispiel der Deutschen Bundesbank deutlich, über deren Neustrukturierung inzwischen seit mehr als zwei Jahren diskutiert wird.

Der Gesetzgeber hat mit dem in Jahre 1997 verabschiedeten Sechsten Bundesbankänderungsgesetz erst einen ersten Reformschritt getan. Mit diesem Gesetz sind jedoch nur die Anpassungen an das Gemeinschaftsrecht im Bundesbankgesetz vorgenommen worden, die zwingend erforderlich waren, um die rechtlichen Voraussetzungen Deutschlands für den Eintritt in die Währungsunion zu schaffen. Diese Änderungen betrafen vor allem die Befugnisse des Zentralbankrates, der seit Beginn der Währungsunion keine geld- und währungspolitischen Kompetenzen mehr besitzt. § 6 Bundesbankgesetz (BBankG), der bis dahin festlegte, dass der Zentral-

bankrat die Währungs- und Geldpolitik der Bank bestimmt, beschränkt den Zentralbankrat nunmehr darauf, die Auswirkungen der Geld- und Währungspolitik unbeschadet der Weisungsunabhängigkeit des Präsidenten in seiner Eigenschaft als Mitglied des Rates der Europäischen Zentralbank sowie der für die Europäische Zentralbank geltenden Geheimhaltungsvorschriften zu erörtern. Andere Änderungen umfassten die bereits eingangs von mir erwähnte Aufhebung des Veto-Rechts der Bundesregierung, das mit dem Unabhängigkeitsgebot nicht vereinbar war, sowie die Streichung der Regelungen in den §§ 15 und 16 BBankG zur Diskont-, Kredit-, Offenmarkt- und Mindestreservepolitik der Bank. Die Änderung beziehungsweise Aufhebung dieser ehedem zentralen Vorschriften des Bundesbankgesetzes machen bereits den Umbruch deutlich, der sich mit der Währungsunion bei der Bundesbank vollzogen hat.

Der Gesetzgeber hat sich jedoch vor der Währungsunion nicht dazu entschließen können, sogleich auch den notwendigen zweiten Schritt zu tun und die Leitungs- und Entscheidungsstrukturen an das neue europäische Umfeld anzupassen. Dies soll jetzt durch das Siebente Gesetz zur Änderung des Bundesbankgesetzes geschehen, das die Bundesregierung am 1. Juni diesen Jahres eingebracht hat und das noch im Laufe dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll.

Ziel des Gesetzes ist, wie es in der Begründung heißt, „die Struktur der Deutschen Bundesbank so zu gestalten, dass sie den derzeitigen und künftigen Erfordernissen im Europäischen System der Zentralbanken und auf nationaler Ebene besser gerecht wird“. Kon-

kret geht es um die Reform der Organ- und Organisationsverfassung der Deutschen Bundesbank. Die Leitungsebene der Deutschen Bundesbank umfasst zur Zeit elf Organe, den Zentralbankrat, das Direktorium und die neun Vorstände der Landeszentralbanken mit insgesamt bis zu 32 Organmitgliedern, von denen derzeit 26 Positionen besetzt sind. Sogenannte Vorbehaltzuständigkeiten räumen den Vorständen der Landeszentralbanken nach geltendem Recht für die in ihren Bereich fallenden Geschäfte sowie in Verwaltungs- und Personalangelegenheiten eine weitgehende Selbstständigkeit ein.

Diese Strukturen haben sich in der Vergangenheit bewährt, vor allem weil der Zentralbankrat in der Wahrnehmung seiner geldpolitischen Verantwortung trotz interner Meinungsvielfalt stets ein in sich geschlossenes Gremium war und so die Grundlage für eine erfolgreiche Stabilitätspolitik geschaffen hat. Europäuglich sind sie indessen nicht. In der Geldpolitik hat eine Ebenenverschiebung stattgefunden. Die Verantwortung für die Geldpolitik liegt beim Europäischen Zentralbankrat. Die Mitglieder des deutschen Zentralbankrates tragen insoweit keine Verantwortung mehr. Der Zentralbankrat hat seine zentrale Funktion verloren. Das findet in der erwähnten Änderung des § 6 BBankG seinen sichtbarsten Ausdruck.

Mit der Währungsunion sind zudem die lange Zeit nicht zur Kenntnis genommenen Mängel der Organisationsverfassung der Bundesbank noch deutlicher geworden. Bedingt durch die rechtlich abgegrenzten Zuständigkeiten der einzelnen Organisationseinheiten stehen in der Bundesbank praktisch zehn organisatorische Einheiten mit zehn

Hierarchien, das Direktorium und neun Landeszentralbanken, nebeneinander. Der interne Koordinierungsaufwand ist deshalb beträchtlich. Mehrfacherledigungen derselben Aufgaben sind systembedingt. Die Arbeit innerhalb der Bank ist eindeutig zu schwerfällig, die Entscheidungswege sind zu kompliziert und zu langsam. Dies ist nicht nur ein erheblicher Kostenfaktor, sondern behindert auch den internen Anpassungsprozess der Bundesbank an die Notwendigkeiten der Währungsunion.

Der Reformansatz des Regierungsentwurfes, die derzeit bestehenden elf Leitungsorgane durch einen inklusive Präsident und Vizepräsident sechsköpfigen Vorstand als zentrales Leitungs- und Entscheidungsgremium zu ersetzen, die gesetzlichen Vorbehaltstätigkeiten der Vorstände der Landeszentralbanken aufzuheben und fachliche Weisungsrechte des Vorstandes gegenüber den künftigen Landeszentralbankpräsidenten vorzusehen, ist deshalb in hohem Maße sachgerecht.

Leider gibt es über den Gesetzentwurf zwischen Bund und Ländern keinen Konsens. Der Bundesrat hat den Regierungsentwurf mit 14:2 Stimmen abgelehnt. Es besteht zwar Übereinstimmung darin, dass die Bundesbank in Zukunft von einem einheitlichen Leitungsorgan geführt werden muss. Die in dem Regierungsentwurf vorgesehene Lösung hält der Bundesrat jedoch für zu zentralistisch. Er wendet sich vor allem gegen die Herabstufung der Landeszentralbankpräsidenten als künftig weisungsgebundene Leiter der Landeszentralbanken. Der Bundesrat hält die gleichberechtigte und mitverantwortliche Beteiligung der Landeszentralbankpräsidenten im künftigen

Bundesbankvorstand für unverzichtbar. Unter Bezugnahme auf das Eckpunktepapier zur Bundesbankstrukturreform der Länder vom 6. Dezember 2001 plädiert er für einen elfköpfigen Bundesbankvorstand, der aus sechs Landeszentralkbankpräsidenten mit Sitz in der jeweiligen Landeszentralkbank und aus fünf Mitgliedern mit Sitz in der Zentrale der Bundesbank in Frankfurt bestehen soll. Ein Rotationsmodell soll zudem sichern, dass alle neun Landeszentralkbankpräsidenten regelmäßig in den Genuss der Mitgliedschaft im Vorstand kommen. Zudem übernimmt er die Forderung der Länder nach einer Beibehaltung und sogar einem Ausbau der Vorbehaltstätigkeiten.

Die Vorschläge des Bundesrates zielen auf die Beibehaltung der bisherigen Strukturen ab, die nicht mehr zeitgemäß sind. Sie werden der europäischen Dimension des Reformprojektes und des neuen europäischen Umfeldes der Bundesbank, von dem ich Ihnen ein Bild zu vermitteln versucht habe, nicht gerecht. Die europäische Aufgabenstellung der Bundesbank verlangt es, dass sie in Zukunft von einem kleinen, schlagkräftigen Organ geleitet wird, dessen Mitglieder am Sitz der Bundesbank in Frankfurt, der Schnittstelle zur EZB, ansässig sind.

In der Praxis hat sich diese Entwicklung übrigens längst vollzogen. Das Direktorium der Bundesbank und seine Stäbe füllen die der Bundesbank im ESZB zukommende Rolle bereits heute aus. Weil die Arbeitsabläufe es nicht anders zulassen, werden die vorbereitenden Arbeiten für die Sitzungen des Europäischen Zentralbankrates und die Arbeit in den Ausschüssen schon jetzt ausschließlich

von der Zentrale der Bundesbank in Frankfurt wahrgenommen. Die Landeszentralbanken sind insoweit nicht mehr eingeschaltet.

All dies macht deutlich, dass es hohe Zeit ist, die Bundesbank endlich aus dem lärmenden Reformstau zu befreien, sie muss endlich ihre Kräfte ganz auf die Aufgaben in der europäischen Währungsunion konzentrieren können. Es ist deshalb zu hoffen und zu wünschen, dass das 7. Bundesbankänderungsgesetz tatsächlich noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden kann.

V

Schlussbemerkung

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss:

Seit dem Beginn der 3. Stufe der europäischen Währungsunion am 1. Januar 1999 ist die Geldpolitik der teilnehmenden Mitgliedstaaten keine nationale, sondern eine europäische Angelegenheit. Alle Beteiligten haben diesen Integrationsschritt akzeptiert, wenngleich die damit verbundenen Kompetenzverschiebungen unterschiedlich wahrgenommen werden. Die Bundesbank hat ihre Stellung als geldpolitische Schrittmacherin Europas aufgeben müssen. Andere Zentralbanken des Euroraums haben an Einfluss hinzugewonnen. Das entspricht dem Wesen dieses historischen Integrationsschrittes. Eine neue Institution, die Europäische Zentralbank, ist entstanden, zusammengeschlossen mit den Zentralbanken in einem unabhängigen und föderativ konstruierten System, das von dem Prinzip der

gemeinsamen und zugleich geteilten Verantwortung für einheitliche europäische Geldpolitik mit dem Ziel der Preiswertstabilität in der Währungsunion gekennzeichnet ist. Für die nationalen Zentralbanken ist diese europäische Aufgabenstellung der entscheidende Bestimmungsfaktor geworden. Ihre Strukturen müssen sie in die Lage versetzen, diese Aufgaben bestmöglich zu erfüllen. Hieran hat sich insbesondere die Reform der Struktur der Bundesbank auszurichten.

Das Gemeinschaftsrecht weist der EZB und den nationalen Zentralbanken als den Akteuren des Systems ihre Aufgaben zu. Der EZB-Rat ist das zentrale Entscheidungsfindungsorgan, während die nationalen Zentralbanken entsprechend dem normativen Regelwerk des EZB-Rates die dezentrale Ausführungsverantwortung tragen.

Es handelt sich um ein ausbalanciertes, den historischen Gegebenheiten des europäischen Integrationsprozesses Rechnung tragendes System, in dem den nationalen Zentralbanken über ihre ausführenden Funktionen hinaus wichtige Aufgaben zukommen. So werden die bürger- und politiknahe Vermittlung der Geldpolitik und die Schärfung des Bewusstseins für die Notwendigkeit und den Nutzen der Geldwertstabilität für die gesellschaftliche Wohlfahrt und soziale Gerechtigkeit weiterhin zentrale Aufgaben der Zentralbanken sein.

Zugleich ist das ESZB ein atmendes System. Hinsichtlich der ihm übertragenen Aufgaben bestehen keine Vorbehaltszuständigkeiten zugunsten der nationalen Zentralbanken. Es verfügt also über eine hohe interne Anpassungsfähigkeit. Das ESZB ist also nicht nur jetzt